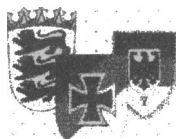


Die Südostflanke der NATO- Achillesferse Europas?

Dokumentation

8. Internationaler Sicherheits- und Verteidigungspolitischer Kongress

23. und 24 November 2001 Queens-Hotel, Karlsruhe



Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V.
Landesgruppe Baden-Württemberg



Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik
Landesbereich Baden-Württemberg

Inhaltsverzeichnis

Grußwort des Schirmherrn, Ministerpräsident Erwin Teufel, MdL	3
Programm der Tagung	4
Vorwort - Einführung in den Kongress	5
Eröffnungsrede	8
Grußwort des Schirmherrn überbracht durch Staatssekretär Rech	17
„Der Südosten Europas - eine Schlüsselregion für eine friedliche Zukunft des Kontinents?“ Oberst a.D.d.R. Schmeja	20
„Der Vordere Orient - Krisenherd vor dem Nebeneingang zu Europa“ Prof. Dr. Steinbach (Vortrag steht nicht zur Verfügung)	32
„Bündnispartner Türkei - Stabilitätsanker oder Risikofaktor für die Region?“ MdB Kossendey	33
„Die humanitäre Intervention - eine neue Kategorie politischer Aktionen?“ MdB Arnold	45
„Osterweiterung der NATO und PfP - Rezept zur Stabilisierung Südosteuropas oder Schwächung des Bündnisses?“ Generalleutnant Gliemeroth	52
„Ist das Deutsche Heer interventionsfähig?“ Generalmajor Oerding	61
Resolution	73
Der Kongress in Bildern	74
Der Kongress in der Presse	80
Die Teilnehmer	82



Grußwort des Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg

Die Sicherheitslage in der Welt hat sich seit den schrecklichen Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA dramatisch verändert. Die Bedrohung unserer Freiheit und der demokratischen Grundordnung durch fanatische Terroristen stellt die staatlichen Sicherheitsbehörden vor neue Herausforderungen. Dies trifft in ganz besonderem Maße für die Bundeswehr zu, sei es durch schwierige Auslandseinsätze oder durch zusätzliche Aufgaben innerhalb des Bundesgebietes.

Bereits in der Vergangenheit musste die Bundeswehr immer wieder Auslandseinsätze bewältigen, die den Soldaten alles abverlangten. Derzeit läuft die Operation „Bernsteinfuchs“, ein Schutzauftrag in Mazedonien, der sogar unter deutscher Leitung steht.

Gerade vor dem Hintergrund neuer Bedrohungslagen und zunehmender Aufgaben ist es wichtig, dass sich Kenner und Experten der militärischen Sicherheitslage mit diesen Themen befassen und der Politik wichtige Impulse für notwendiges Handeln liefern. Ich begrüße es deshalb, dass der Verband der Reservisten der Bundeswehr gemeinsam mit der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik die „Südostflanke der NATO“ zum Thema dieser Tagung gemacht hat.

Ich bin mir sicher, dass von Ihrer Tagung wieder wichtige Anregungen ausgehen und Eingang in die derzeitige Diskussion über die Sicherheitspolitik und die Aufgabenwahrnehmung der Bundeswehr finden werden. Eines ist dabei völlig klar: Die Bundeswehr kann den neuen Herausforderungen nur dann gerecht werden, wenn sie hierfür die notwendigen personellen und sächlichen Mittel erhält.

Lassen Sie mich noch ein persönliches Wort an Sie alle richten: Was in der öffentlichen Wahrnehmung leider häufig zu wenig Beachtung findet, ist der Umstand, dass Sie die Arbeit der Bundeswehr nicht nur durch Tagungen oder der Teilnahme an Übungen unterstützen, sondern auch durch die Teilnahme an den Einsätzen in den Krisengebieten. Gerade in diesen schwierigen Zeiten kann Ihr Engagement für die Sicherheit in Europa nicht hoch genug bewertet werden. Dafür sage ich Ihnen meinen herzlichen Dank.

Lothar Jäger

Programm

Freitag, 23. November 2001

- 17.00 Uhr Pressegespräch
- 18.00 Uhr Eröffnung
Begrüßung durch den Landesvorsitzenden des Reservistenverbandes Oberst der Reserve Peter Eitze
- Grußwort des Schirmherrn
Ministerpräsident Erwin Teufel überbracht durch Staatssekretär Heribert Rech
- 18.45 Uhr **Einführung**
Der Südosten Europas - eine Schlüsselregion für eine friedliche Zukunft des Kontinents? Oberst a.D.d.R. Nikolaus Schmeja
Landesvorsitzender der GfW
- 19.15 Uhr **Der Vordere Orient - Krisenherd vor dem Nebeneingang zu Europa** Professor Dr. Udo Steinbach
Deutsches Orient Institut
- anschließend **Abendessen / Grußadressen**

Samstag, 24. November 2001

- 08.45 Uhr Aktuelles; Tagungsangelegenheiten
- 09.00 Uhr **Bündnispartner Türkei - Stabilitätsanker oder Risikofaktor für die Region?** Thomas Kossendey, MdB CDU
- 10.00 Uhr **Die humanitäre Intervention - eine neue Kategorie politischer Aktionen?** Rainer Arnold, MdB SPD
- 11.00 Uhr Pause
- 11.30 Uhr **Osterweiterung der NATO und PfP - Rezept zur Stabilisierung Südosteuropas oder Schwächung des Bündnisses?** Generalleutnant Götz F.E. Gliemeroth,
Befehlshaber JRC Heidelberg
- 12.30 Uhr Mittagessen
- 14.15 Uhr **Ist das Deutsche Heer interventionsfähig?** Generalmajor Jan Oerding
Kommandeur 10. Panzerdivision
- 15.15 Uhr Zusammenfassung und Verabschiedung

Vorwort zum 8. Internationalen Sicherheitspolitischen Kongress

Landesvorsitzender VdRBw e.V.
Oberst d.R. Peter Eitze

Landesvorsitzender GfW e.V.
Oberst a.D.d.R. Nikolaus Schmeja



Oberst a.D.d.R. Schmeja und Oberst d.R. Eitze

Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V. Landesgruppe Baden - Württemberg

Gesellschaft für Wehr - und Sicherheitspolitik e.V. Landesbereich Baden - Württemberg

Vorwort

Der 11. September 2001 hat in der ganzen Welt ein Echo gefunden, das überwiegend durch Bestürzung, Trauer und Anteilnahme mit den Opfern gekennzeichnet war. Gleichzeitig begann, nachdem der erste Schock, die Fassungslosigkeit überwunden war, das Fragen nach Hintergründen und Ursachen, die Diskussion über Zusammenhänge und Täter, die Entwicklung einer Gegenstrategie und eines Operationsplanes.

Bereits im Frühjahr hatten sich die Veranstalter auf ein Thema für den 8. Internationalen Kongreß geeinigt und den Südosten Europas zum Mittelpunkt der diesjährigen Betrachtungen gemacht. Die Nähe des Themas mit den Ereignissen des September war offensichtlich, folglich auch das Interesse riesig. Fast 300 Teilnehmer aus dem Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr (VdRBw), der Gesellschaft für Wehr - und Sicherheitspolitik (GfW) und von zahlreichen Vertretern des öffentlichen Bereichs, aus Politik, Wirtschaft, Bundeswehr und den Verbänden erlebten in Karlsruhe breit gefächerte Fragestellungen und Analysen zu dem Komplex der neuesten sicherheitspolitischen Entwicklungen mit besonderem Akzent auf die Bedeutung Südosteuropas für die Sicherheit und Stabilität Gesamteuropas. Das Thema des Kongresses lautete:

Die Südostflanke der NATO - Achillesferse Europas ?

Nach der *Einführung durch Oberst a.D. Nikolaus Schmeja*, der die Einbettung des Themas in die Gesamtzusammenhänge aus politischer und strategischer Sicht verdeutlichte und die Fragestellungen umriss, legte *Professor Dr. Udo Steinbach, Direktor des Deutschen Orient-Instituts*, in einem fulminantem Vortrag die Faktoren und Entwicklungen dar, die von Zentralasien bis in den Balkan die heutige Situation bestimmt und herbeigeführt hatten. Sein Vortrag; „*Der Vordere Orient - Krisenherd vordem Nebeneingang zu Europa?*“, markierte Hintergründe und Ursachen der Lage und die Handlungsmöglichkeiten für die Zukunft.

Eine zentrale Rolle für den Südosten wird die Türkei und ihr Weg in eine noch offene Zukunft spielen. Der stellvertretende Vorsitzende des Verteidigungsausschusses und der Deutsch - Türkischen Parlamentariergruppe, *Bundestagsabgeordneter Thomas Kossendey (CDU)*, referierte zu dem Thema „*Bündnispartner Türkei - Stabilitätsanker oder Risikofaktor?*“ mit Kenntnis und deutlichem Engagement, wobei er der Türkei eine bessere Note ausstellte als ein Teil der Medien und bestimmte politische Gruppierungen bereit sind, zu artikulieren. Geopolitisch und strategisch werden die Rolle, aber auch die Fähigkeiten der Türkei oft unterschätzt, auf der anderen Seite bedarf sie der wohlwollenden Unterstützung und Anteilnahme, um ihren Weg nach Europa fortzusetzen und erfolgreich zu Ende zu führen.

Zwei verschiedene, nicht unumstrittene Ansätze mit bestimmten Krisen fertig zu werden und Sicherheit auch in den neuen Staaten Europas zu festigen, wurden danach vorgestellt und kritisch geprüft. *Der Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold (SPD)* setzte sich mit dem Thema „*Die humanitäre Intervention - eine neue Kategorie politischer Aktionen?*“ auseinander. Aus dem Konflikt zwischen Souveränität der Nationalstaaten und der Einhaltung grundsätzlicher Forderungen aus dem Bereich der Menschen- und Minderheitenrechte hat sich über die Jahre ein zunehmend aktiveres Eingreifen in innere Angelegenheiten von Staaten zum Schutz von verfolgten, gemordeten oder vertriebenen ethnischen oder religiösen Bevölkerungsgruppen entwickelt, daß einer rechtlichen Fixierung bedarf. Auf diesem schwierigen Gebiet wurden vom Referenten Grundsätze, Beschränkungen aber auch praktische Regeln zur Durchführung im Rahmen internationaler Interventionen herausgearbeitet und diskutiert.

Generalleutnant Götz Gliemeroth, Befehlshaber Joint Command Centre, betrachtete die Möglichkeiten der Nordatlantischen Gemeinschaft, sicherheitspolitisch und militärisch an der Stabilisierung Südosteuropas mitzuwirken. Zum Thema „*Osterweiterung der NATO und Partnership for Peace - Rezept zur Stabilisierung Südosteuropas oder Schwächung des Bündnisses ?*“ analysierte er Erfolge, Chancen und Probleme der NATO - Ansätze zur Erweiterung der Zone der Sicherheit und der Projektion von Stabilität. In der gewohnt geschliffenen Sprache und in einer tiefgründigen Analyse wurde deutlich, daß die Zukunft Europas wesentlich von einem erfolgreichen Wirken der NATO abhängig war und auch in Zukunft sein wird.


Den Abschluß der Vortragsreihe bildete das Thema „*Ist das Deutsche Heer interventionsfähig?*“, vorgetragen durch den Kommandeur der 10. Panzerdivision, *Generalmajor Jan Oerding*. Mit einer insgesamt positiven Bilanz schloß der Divisionskommandeur eines im Krisenmanagement erprobten Großverbandes die Beurteilung der Leistungsfähigkeit des Deutschen Heeres ab, obwohl er nicht verhehlte, daß bestimmte Schwächen unbedingt beseitigt werden müssten und die Unterfinanzierung der Streitkräfte nicht wesentlich länger getragen werden könnte.

Eine Resolution, mit der die Verbundenheit der Teilnehmer und der durch sie repräsentierten Verbände mit dem amerikanischen Verbündeten deutlich wurde, wurde nach kurzer Diskussion und entsprechender Präzisierung des Textes einstimmig angenommen.

Abschließend bleibt festzustellen, daß auch der 8. Internationale Sicherheitspolitische Kongreß, ausgerichtet unter der bewährten Zusammenarbeit von VdRBw und GfW in Baden - Württemberg ein voller Erfolg war.

Um die Inhalte der Tagung über den Kreis der Teilnehmer hinaus bekannt zu machen, legen wir diese Dokumentation vor. Die Bereichsgeschäftsstelle V im VdRBw hat die Vorträge zusammengestellt. Hierfür und für die gelungene Organisation des Kongresses gebührt ihr unser herzlichster Dank.

Peter Eitze
Oberst d.R.
Landesvorsitzender VdRBw


Nikolaus Schmeja
Oberst a.D. und d.R.
Landesvorsitzender GfW

Eröffnungsrede

Vorsitzender der Landesgruppe
Baden-Württemberg
Oberst d.R. Peter Eitze



**8. Sicherheits- und Verteidigungspolitischer Kongress
des
Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V.
Landesgruppe Baden-Württemberg
und der
Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik
Sektion Baden-Württemberg
in Karlsruhe vom 23. bis 24. November 2001**

Herr Staatssekretär, meine Herren Abgeordnete, meine Herren Bürgermeister, meine Herren Generale, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kameradinnen und Kameraden !

Im Namen der Landesgruppe Baden-Württemberg im Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr und der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik, Landesbereich Baden-Württemberg, eröffne ich den

**8. Internationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitischen
Kongress im Queens Hotel in Karlsruhe**

Er ist dem Thema

Die Südostflanke der NATO - Achillesferse Europas ?

gewidmet.

Nachdem die beiden letzten Kongresse in Kornthal-Münchingen der Bundeswehr, ihren neuen Aufgaben, Ihrer Wehrform, der neuen Struktur und damit der Zukunft der Bundeswehr gewidmet waren, kamen die Organisatoren überein, den diesjährigen Kongress wiederum einem Thema zu widmen, welches sich mit der Sicherheit des Bündnisses und Europas beschäftigt. Damit folgen wir auch den Vorgaben unserer Verbandsführung für das Jahr 2001.

Die noch nicht gelösten Probleme auf dem Balkan, die noch nicht beigelegten Meinungsverschiedenheiten zwischen der Türkei und Griechenland, die täglichen Zusammenstöße in Palästina, das ungelöste Kurdenproblem, der ungezügelte Fundamentalismus im Islam waren für uns Grund genug, die Südostflanke des NATO-Bündnisses einer näheren Betrachtung zu unterziehen. Die Vorbereitungen für diesen Kongress begannen Anfang 2001 und wir ahnten nicht, dass islamische Terroristen und ihre Gehilfen einen Anschlag auf die zivilisierte Welt verüben würden, der alles bisher Geschehene in den Schatten stellen würde. Der Anschlag vom 11. September 2001 hat zwar alles verändert. Wir waren jedoch übereinstimmend der Ansicht, dass das Thema unseres Kongresses nicht umgeschrieben werden musste und dass es seine Aktualität keineswegs eingebüßt hat. Wir gehen vielmehr davon aus, dass die Geschehnisse der letzten Wochen und die Konsequenzen auch Gegenstand der Vorträge und der anschließenden Aussprachen sein werden.

Meine Damen und Herren,

die Welt und die sicherheitspolitische Lage haben sich in den letzten zehn Jahren dramatisch verändert, zum Guten wie zum Schlechten. Der Wegfall der Ost-West-Konfrontation, der Zusammenbruch der Sowjetunion, die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes, der Zerfall des von den Serben dominierten Kunststaates Jugoslawien haben völlig neue Perspektiven einer friedlichen Entwicklung in Europa und gerade für unser Land eröffnet. Wir dürfen erleben, wie Europa unumkehrbar zusammenwächst. Die Annäherung an Russland eröffnet völlig neue Perspektiven. Die Vereinten Nationen und die NATO haben im Kosovo erstmals in die, während des Kalten Krieges als unantastbar geltenden, sogenannten „Inneren Angelegenheiten eines Staates“ mit militärischen Mitteln eingegriffen, um massive Menschenrechtsverletzungen erfolgreich zu bekämpfen und zu beenden. Die Beseitigung des brutalen, menschenverachtenden Regimes der Taliban wird hoffentlich zu demselben Ergebnis führen, auch wenn dies nur ein mittelbarer Effekt des Anschlages vom 11. September 2001 zu sein scheint. Dies sind Fortschritte, an die zuvor nur wenige Experten geglaubt haben. Sie sollten deshalb dringend zur Weiterentwicklung des Völkerrechts genutzt werden.

Auf der anderen Seite haben Fundamentalismus, organisierte Kriminalität und die Verfügbarkeit von Massenvernichtungswaffen in Händen von Diktaturen und Terroristen zu neuen Gefahren für den Weltfrieden geführt. Der 11. September 2001 stellt vorerst den Höhepunkt dar und hat auch Auswirkungen auf Deutschland und

seine Streitkräfte. Es muss deshalb darüber nachgedacht werden, ob die Reform der Bundeswehr alle Facetten dieser neuen Lage erfasst. Das Bundesministerium der Verteidigung hat, um nur ein Beispiel zu nennen, die Verabschiedung der neuen Reservistenkonzeption aufgrund der Ereignisse des 11. September 2001 zurückgestellt, um sie möglicherweise in essentiellen Teilen neu zu formulieren. Ich halte es nicht für ausgeschlossen, dass der Beschluss des Deutschen Bundestages für einen Einsatz der Bundeswehr im Afghanistan-Konflikt und damit letztlich für weltweite Einsätze weitere Entscheidungen nach sich ziehen wird. Ich denke an die Diskussion um den Einsatz der Bundeswehr im Innern zur Stärkung unserer Sicherheit gegen terroristische Angriffe. Dies würde aber bedeuten, dass die Strukturreform der Bundeswehr in Teilen bereits wieder überholt ist und neu durchdacht werden muss.

Wir wollen diese Themen während dieses Kongresses ansprechen und diskutieren. Die Veranstalter haben gehofft, Ihr geschätztes hohes Interesse an diesen Sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen wie in den vergangenen Jahren zu gewinnen. Sie haben mit 300 Teilnehmern unsere Erwartungen in einem noch nie da gewesenen Maße übertroffen. Wir danken Ihnen hierfür ganz besonders, weil Sie unser Anliegen, zur öffentlichen sicherheitspolitischen Diskussion beizutragen, durch Ihr Interesse nachhaltig unterstützen. Wir hoffen, dass Sie zwei abwechslungsreiche und interessante Tage in Karlsruhe verbringen werden.

Meine Damen und Herren,

wir freuen uns sehr, dass Sie unserer Einladung nicht nur in so großer Zahl gefolgt sind, sondern auch darüber, dass so viele prominente Besucher unter uns weilen. Erlauben Sie, dass wir unserer Freude über Ihr Kommen dadurch Ausdruck verleihen, dass einige Persönlichkeiten unter Ihnen namentlich erwähnt werden :

Ich heiße herzlich willkommen

Heribert Rech, MdL

Staatssekretär im Innenministerium Baden-Württemberg,

Herr Staatssekretär, ich freue mich außerordentlich über Ihre erstmalige Anwesenheit bei diesem Kongress und danke Ihnen herzlich, dass Sie die Grußworte unseres langjährigen Schirmherrn, des Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg, überbringen.

Sie werden zugleich ein Grußwort für die CDU-Fraktion des Landtages Baden-Württemberg sprechen

Ich begrüße sehr herzlich aus dem Deutschen Bundestag:

Rainer Arnold MdB

Mitglied im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages und Mitglied der SPD-Fraktion

sowie

Thomas Kossendey MdB

Stv. Vorsitzender des Verteidigungsausschusses im Deutschen Bundestag und Mitglied der CDU-Fraktion
Vizepräsident der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik

Ich danke Ihnen beiden sehr herzlich für die Bereitschaft morgen zu referieren. Herr Abgeordneter Arnold, Sie waren bereits Gast bei unserem 6. Kongress 1999 in Kornal-Münchingen und überbrachten das Grußwort der SPD-Bundestagsfraktion.

Ich freue mich, dass Sie beide Ihre Bereitschaft erklärt haben, einen Vortrag im Rahmen dieses Kongresses zu übernehmen. Beide Vorträge sind aufgrund der Ereignisse in Afghanistan von höchster Aktualität.

Ich begrüße ebenso sehr herzlich unseren Reservistenkameraden

Oberstleutnant d.R. Gerd Teßmer MdL

Er überbringt das Grußwort der SPD-Fraktion im Landtag Baden-Württemberg. Gerd Teßmer gehört, trotz der hohen zeitlichen Belastung seines Mandates, zu unseren ganz aktiven Kameraden.

Stellvertretend für die Vertreter der Gebietskörperschaften und der umliegenden Städte und Gemeinden begrüße ich sehr herzlich:

Herrn **1. Bürgermeister Siegfried König**, Karlsruhe

Herrn **Bürgermeister Rudi Knodel**, Karlsbad und

Herrn **Bürgermeister und Oberst d.R. Bruno Gärtner**, Dielheim

Herr Bürgermeister König, es ist nicht das erste Mal, dass wir diesen Kongress und auch unsere Frühjahrstagung in Karlsruhe ausrichten. Wir haben Karlsruhe in guter Erinnerung und freuen uns deshalb wieder in dieser schönen Stadt zu sein. Ich danke Ihnen, dass Sie ein Grußwort für die Stadt Karlsruhe überbringen.

Ich begrüße besonders herzlich den Referenten des heutigen Abends:

Ü^ä^FGÄÖ[\^ { ^} œä } Á ÉŠ[} * !^••

Professor Dr. Udo Steinbach

Direktor des Deutschen Orient-Institutes in Hamburg

Herr Professor Steinbach, ich danke Ihnen für die spontane Bereitschaft erstmals vor diesem Kreis zu referieren. Wir erwarten Ihren Vortrag mit großer Spannung. Die Ereignisse des 11.09.2001 haben uns deutlich vor Augen geführt, dass vor dem Nebeneingang Europas nicht nur die Problemzonen Palästina, Kurdistan und der Persische Golf liegen, sondern auch Afghanistan. Ihr Vortrag ist deshalb ebenfalls von höchster Aktualität.

Stellvertretend für alle Angehörigen der Bundeswehr heiÙe ich willkommen:

Generalleutnant Götz F.E. Gliemerth

Befehlshaber Joint Command Centre in Heidelberg

Herr General, ich freue mich über Ihren Besuch ganz besonders, da Sie aus zwingenden Gründen die letzten Kongresse nicht besuchen konnten. Ich freue mich um so mehr, dass Sie morgen zu uns sprechen werden. Es ist nicht das erste Mal, denn Sie haben mit Ihren Ausführungen bereits unseren 3. Kongress 1996 in Leonberg bereichert.

Generalmajor Jan Oerding

Kommandeur 10. Panzerdivision, derzeit die größte Felddivision des Deutschen Heeres.

Herr General ich freue mich, dass auch Sie sich bereit erklärt haben zu einem durchaus brisanten Thema vorzutragen.

Ich begrüÙe ebenso herzlich:

Generalleutnant a.D. Wolfgang Odendahl

zuletzt Amtschef Heeresamt

Generalmajor a.D. Dr. Gottfried Greiner

zuletzt Befehlshaber Territorialkommando Süd

Generalmajor a.D. Frank Schild

zuletzt Befehlshaber im Wehrbereich V und einer unserer Referenten des 2. Kongresses 1995.

Brigadegeneral Jürgen Knoppe

Stv. Befehlshaber im Wehrbereich IV.

Ich freue mich Herr General, dass Sie das Grußwort unseres Befehlshabers im

Wehrbereich IV, Generalmajor Kersten Lahl, überbringen und heiße Sie im „Ländle“ herzlich willkommen.

Oberst i.G. Günther Schaulinski

in Vertretung des Kommandierenden Generals des II. GE/US Korps in Ulm
Generalmajor Karl-Heinz Lather. General Lather hat in der Vergangenheit nicht nur als Befehlshaber im Wehrbereich V und Kommandeur 10. Panzerdivision, sondern auch als Referent wesentlich zum Gelingen unserer Kongresse beigetragen. Er hat mich gebeten, Ihnen herzliche Gre zu übermitteln.

Oberst Rudolf Gundlach,

Kommandeur im Verteidigungsbezirk 52 in Karlsruhe

Oberst Eckart Klink,

Stv. Kommandeur der D/F Brigade

Oberst i.G. Manfred Hofmeyer

Chef des Stabes 10. Panzerdivision

und

Vizepräsident Klaus Niemeyer

Wehrbereichsverwaltung V (demnächst IV) in Stuttgart

Meine Herren, Ihr Kommen betrachte ich als Beweis für die gute und jahrelange vertrauensvolle und kameradschaftliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Freiwilligen Reservistenarbeit innerhalb und außerhalb des Wehrbereichs und der Verteidigungsbezirke.

Stellvertretend für die anwesenden Angehörigen der mit uns verbündeten und befreundeten Streitkräfte und Verbände begrüße ich ganz herzlich:

Aus Frankreich:

Colonel Robert Schweickart,

Vizepräsident der UNOR, Section Bas-Rhin, Straßbourg

Aus Österreich:

Oberst Otto Kunczner

in Vertretung des Militärkommandanten Vorarlberg in Bregenz

Oberstleutnant Erwin Ritter von Fitz

Mitbegründer unserer so erfolgreichen Bodensee-Reunion

Aus der Schweiz:

Oberst i.G. Heinz Loppacher

Ü^æ^Áí ÁÖ[\^ { ^} æä } Á ÉS[] * !^••

Senior Liaison Officer Swiss PLT Partnership Coordination Cell in Mons

Oberst i.G. Heinz Büttler

Stabschef Territorialdivision 4

Oberst i.G. Dr. Charles Ott

Gründungsmitglied und Past President der Gäminger Initiative
und

früherer Chefredakteur der Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift

An dieser Stelle hätte ich sehr gerne aus Slowenien

Oberst Bojan Potocnik begrüßt. Er ist der Präsident der Offiziersgesellschaft Sloweniens und Verteidigungsattache in Budapest. Leider musste er wegen einer plötzlichen Erkrankung gestern absagen.

Aus der Slowakei:

Oberleutnant d.R. Dipl.-Ing. Dr. Dusan Racko

Präsidiumsmitglied des Verbandes der Reservisten der Slowakischen Republik

Aus der Türkei:

Ersin Ugursal

Ehrevorsitzender Liberale Deutsch-Türkische Vereinigung Baden-Württemberg

Aus den USA: **Colonel Dr. Stephen Cochrane**

Liaison Offizier US-EUCOM

Meine Herren, liebe Kameraden, mit Ihrer Anwesenheit unterstreichen Sie die guten Beziehungen unserer Landesgruppe auch im internationalen Bereich. Ich freue mich deshalb ganz besonders, dass Sie die teilweise langen Anreisewege auf sich genommen haben.

Die Behörden des Landes und die mit uns befreundeten Verbände sind ebenfalls zahlreich vertreten. Stellvertretend für alle begrüße ich sehr herzlich:

Oberfinanzpräsident und Oberst d.R. Dr. Manfred Walz

Norbert Schelleis,

Landesvorsitzender des Volksbundes Kriegsgräberfürsorge und Präsident a.D. der Wehrbereichsverwaltung V

Oberstleutnant Raimund Steinbeck

Bezirksvorsitzender des Deutschen Bundeswehrverbandes

Oberstleutnant d.R. Karl Mohr

Landesgeschäftsführer des Verbandes Deutscher Soldaten

Ü^æ^Áí ÄÖ[\ ^ } æä } Á ÉS[] * !^••

sowie

Hiltrud Thaysen-Schmeja

Präsidentin der Deutsch-Amerikanischen Gesellschaft in Tübingen

Ich begrüße die hier anwesenden Sektionsleiter der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik sehr herzlich, die an der Spitze durch den früheren Kommandeur des ehemaligen Verteidigungsbezirks 54

Oberst a.D. d. R. Nikolaus Schmeja

den Vorsitzenden des Landesbereiches Baden-Württemberg, vertreten sind. Ich möchte diese Gelegenheit einmal mehr nutzen, mich bei unserem Kameraden Nikolaus Schmeja sehr herzlich für die außerordentlich fruchtbare Zusammenarbeit zu bedanken. Sie funktioniert auf allen Ebenen in Baden-Württemberg bestens und heiße stellvertretend für alle Sektionsleiter und Mitglieder der GfW willkommen:

Oberst d.R. Rolf Benedikt

Oberst d.R. Prof. Dr. Torsten Stein

Ich begrüße die **Vertreter der Medien** und freue mich auf eine ausgewogene und interessante Berichterstattung.

Nicht zuletzt begrüße ich von ganzem Herzen meine Reservistenkameraden, die von außerhalb und aus ganz Baden-Württemberg unserer Einladung gefolgt sind. Stellvertretend heiße ich den Ehrenlandesvorsitzenden der Landesgruppe Niedersachsen und früheren Vizepräsidenten des Verbandes unseren Kameraden **Oberstleutnant d.R. Horst Hagemann**, den Landesvorsitzenden der Landesgruppe Berlin, **Oberstleutnant d.R. Hans-Jürgen Malirs**, den 1. Stv. Vorsitzenden der Landesgruppe Schleswig-Holstein, **Oberstleutnant d.R. Rolf Hellriegel**, und **Oberstleutnant d.R. Anton Resch**, Stadtrat in Augsburg und Bezirksvorsitzender Schwaben des Reservistenverbandes, Landesgruppe Bayern herzlich willkommen.

Rolf Hellriegel und Anton Resch vertreten die Landesvorsitzenden Schleswig-Holstein und Bayern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich bin mir sicher, dass die namhaften und höchst sachkundigen Referenten, die wir für diesen Kongress wiederum gewinnen konnten, unser Thema aus allen Blickwinkeln beleuchten werden.

Übersicht über die Vorträge und Diskussionen

Wir werden, wie in den letzten drei Jahren, auch dieses Mal eine Dokumentation erstellen, die alle Vorträge enthält. Sie wird allen Fraktionen im Deutschen Bundestag, den Parteien, den Ministerien, der Bundeswehr, den Verbänden, Ihnen und allen interessierten Bürgern zugehen.

Wir haben eine Resolution vorbereitet, die auf die aktuelle Diskussion um den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan und der Bundeswehr im Innern eingeht und Stellung bezieht. Wir wollen diese Resolution morgen Nachmittag verabschieden. Sie finden den Entwurf in Ihrer Tagungsmappe.

Wir freuen uns auf interessante Vorträge, neue Erkenntnisse, konstruktive Diskussionen, interessante Gespräche und kameradschaftliche Begegnungen.

Wir danken dem Herrn Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg, Erwin Teufel, der bereits zum sechsten Male die Schirmherrschaft über diesen Kongress übernommen hat. Dies ist für uns eine große Ehre und Verpflichtung. Wir sehen es aber auch als Bestätigung unserer Verbandsarbeit und unseres Bemühens, einen Beitrag zur Diskussion um unsere Sicherheit zu leisten.

Das Grußwort des Herrn Ministerpräsidenten Erwin Teufel überbringt nun Staatssekretär Heribert Rech MdL.

Ich danke Ihnen für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

Grußwort des Schirmherrn Ministerpräsident Erwin Teufel, MdL

überbracht durch
Staatssekretär Heribert Rech
Innenministerium Baden-Württemberg



Grußwort

von Herrn Staatssekretär Rech am 23.11.01 in Karlsruhe
beim 8. Sicherheitspolitischen Kongress des Verbandes
der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V.

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Vertreter des in Baden-Württemberg für die Verbindung zur Bundeswehr zuständigen Innenministers, Herrn Dr. Thomas Schäuble, übermittle ich dessen herzliche Grüße. Herr Ministerpräsident Teufel, der aus terminlichen Gründen leider nicht kommen konnte, hat als Schirmherr Ihres Kongresses gebeten, Sie von ihm ebenfalls ganz herzlich zu grüßen.

Ich freue mich, an Ihrer Veranstaltung teilnehmen zu können, weil die Beziehungen des Landes Baden-Württemberg zur Bundeswehr und auch zu Ihrem Verband traditionell gut sind. Dabei erinnere ich auch an die mehrfache Teilnahme von Herrn Innenminister Dr. Schäuble bei Ihren früheren Kongressen.

Die Landesregierung steht voll und ganz hinter den Maßnahmen der amerikanischen Regierung und deren Antwort auf die Terroranschläge am 11.09.2001. Sie unterstützt die amerikanischen Streitkräfte und deren hier lebende Angehörige sowie alle anderen amerikanischen Staatsbürger in Baden-Württemberg im Rahmen ihrer Möglichkeiten. Wir Deutschen haben jetzt die Gelegenheit, die Solidarität zu erwidern, die wir 50 Jahre lang von unseren amerikanischen Freunden erfahren haben. Diese Solidarität hat in besonderem Maße die deutsche Wiedervereinigung möglich gemacht.

Nach den Terroranschlägen am 11.09.2001 in den USA und mit Blick auf die seitherige Lageentwicklung sind Streitkräfte und zivile Seiten gefordert, noch intensiver zusammen zu arbeiten und sich gegenseitig zu unterstützen als in der Vergangenheit. Dies gilt seit dem Beginn der Angriffe auf Afghanistan am 07.10.2001 in besonderem Maße. Die neuen Herausforderungen werden alle Beteiligten zudem auf längere Dauer, möglicherweise über mehrere Jahre beanspruchen.

Bei der Bundesregierung und den sie tragenden Fraktionen von SPD und Bündnis 90/GRÜNE muss sich nach den Terroranschlägen in den USA die Erkenntnis durchsetzen, dass der Raubbau bei der Bundeswehr nicht nur gestoppt, sondern auch haushaltspolitisch die Akzente völlig neu gesetzt werden müssen.

Eine Neustrukturierung der Bundeswehr war und ist angesichts veränderter sicherheitspolitischer Rahmenbedingungen und eines erweiterten Aufgabenspektrums notwendig. Dies ist auch für die Landesregierung keine Frage.

Fraglich ist allerdings, ob die Bundeswehr ihren Auftrag mit der Anfang dieses Jahres von der Bundesregierung beschlossenen Struktur überhaupt erfüllen kann. Aus Sicht der Landesregierung ist jedenfalls evident, dass die Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen im Deutschen Bundestag bislang die finanziellen Voraussetzungen dafür nicht geschaffen haben, dass die Bundeswehr ihren Auftrag auch in Zukunft erfüllen kann. Insoweit gilt:

Übersicht über die Aufgaben der Bundeswehr

Wer neue Anforderungen an die Soldaten stellt, muss auch die für die Aufgabenerfüllung erforderlichen Mittel bereit stellen. Die unzureichende finanzielle Ausstattung der Truppe gefährdet nicht nur deren Einsatzbereitschaft, sondern letztlich die Glaubwürdigkeit deutscher Außenpolitik und damit auch die Bündnisfähigkeit Deutschlands.

Die Landesregierung ist der Auffassung, dass die Wehrpflicht unverzichtbar ist. Ein mit der jüngst beschlossenen erneuten Verkürzung des Grundwehrdienstes beabsichtigter Einstieg in die Abschaffung der Wehrpflicht wäre jedenfalls abzulehnen.

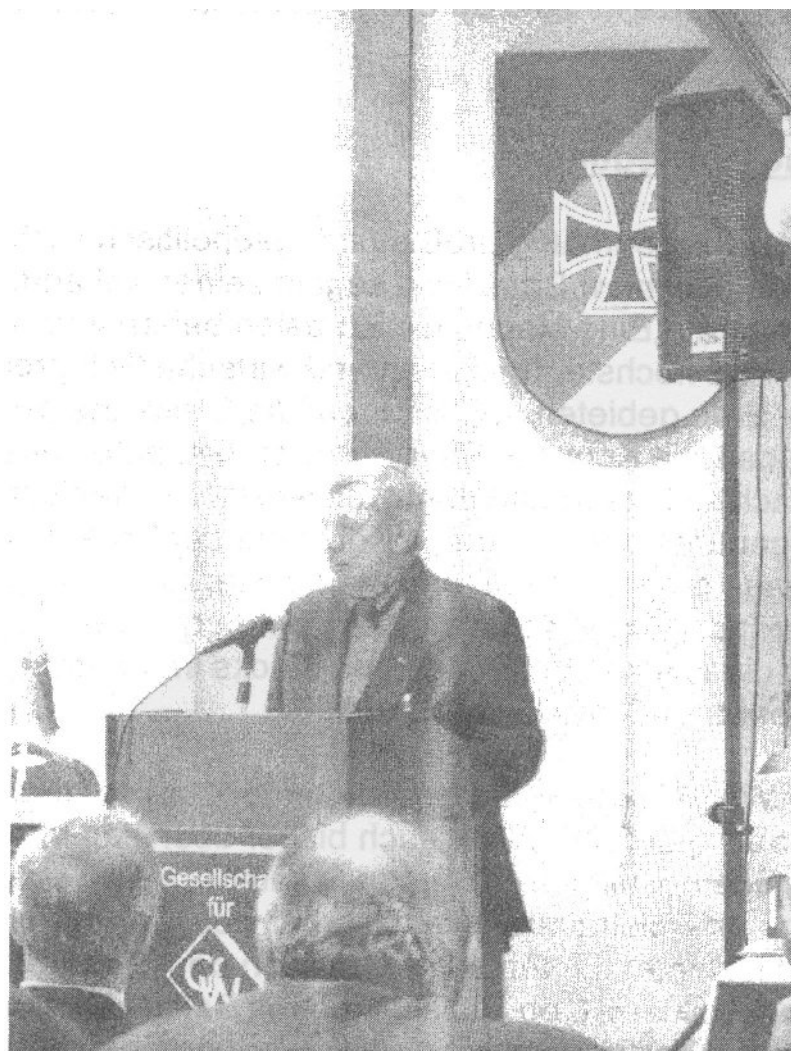
Darüber hinaus ist es notwendig, die Bundeswehr auch im Rahmen des geltenden Rechts noch mehr als bisher für Objektschutzaufgaben einzusetzen. Die Polizei ist beim Schutz militärischer Einrichtungen unserer amerikanischen Freunde sowie deren Angehörigen bereits jetzt in einem Maße gefordert, das auf Dauer und vor allem bei einer Verschärfung der Sicherheitslage so nicht durchzuhalten ist.

Es muss auch darüber nachgedacht werden, ob die derzeitigen Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit noch so eingehalten werden sollten, wie das in den letzten 45 Jahren der Fall war. So nimmt die Bundeswehr bereits heute im Kosovo polizeiliche Aufgaben wahr. Man wird sich angesichts neuer Bedrohungsformen der Frage stellen müssen, ob bzw. welche Änderungen des geltenden Rechts erforderlich sind, um die zur Herstellung der Sicherheit vorhandenen Ressourcen effizient einzusetzen.

Mit diesen Überlegungen möchte ich abschließen und wünsche Ihrer Veranstaltung einen guten Verlauf.

Der Südosten Europas - eine Schlüsselregion für eine friedliche Zukunft des Kontinents?

Oberst a.D.d.R. Nikolaus Schmeja
Landesvorsitzender GfW



Der Südosten Europas - eine Schlüsselregion für eine friedliche Zukunft des Kontinents ?

1. Einleitung: Geopolitische Überlegungen
2. Prägende historische Entwicklungen
3. Umbrüche in der Welt im 20. Jahrhundert
4. Europa am Scheideweg
5. Sicherheit und ihre Dimensionen im 21. Jahrhundert
6. Konkrete Risiken und problematische Entwicklungen
7. Der europäische Südosten
8. Konzeptionelle Ansätze für eine Europäische Sicherheitsarchitektur

1. Geopolitische Überlegungen

Eurasien ist der flächenmäßig größte und geopolitisch wichtigste Erdteil der Welt. Zbigniew Brzezinski sagt in seiner Abhandlung „Die einzige Weltmacht“: „Eine Macht, die Eurasien beherrscht, würde über zwei der drei höchstentwickelten und wirtschaftlich produktivsten Regionen der Erde gebieten. Ein Blick auf die Landkarte genügt, um zu erkennen, daß die Kontrolle über Eurasien fast automatisch die über Afrika nach sich zöge und damit die westliche Hemisphäre und Ozeanien gegenüber dem zentralen Kontinent der Erde geopolitisch in eine Randlage brächte...“¹ Stimmt man dieser Auffassung zu, so haben die Veränderungen seit den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts die innere Stabilität dieses Blocks im Zentrum aufgelöst und eine krisenhafte Entwicklung bewirkt.

Während der Westen sich wirtschaftlich immer stärker zusammen - schließt und auch politisch, wenn auch bisher überwiegend in Anlehnung an die hegemonialen Vereinigten Staaten - teilweise unter ihrem Schirm - an Spielräumen gewinnt, hat sich die Sowjetunion aufgelöst und ist hinter die territoriale Position des Zarenreiches zurückgefallen. Unklar ist, ob Russland damit Ballast abgeworfen hat, vielleicht weitere Territorien zu seiner Gesundung freigeben sollte oder in einem unaufhaltsamen Zerfallsprozeß in Klein - und Mittel - Staaten zu zerbrechen und abzubröckeln droht, die keine eigene Großmachtrolle mehr beanspruchen können. Schwäche und Unfähig

¹ Brzezinski, Zbigniew; „Die einzige Weltmacht“; Frankfurt a.M. 1999; S. 58

- keit Russlands haben Ungleichgewichte entstehen lassen, neue Kräfte machen ihren Einfluss geltend und die Suche nach potenten Partnern, die Kapital, Know - how und politischen Einfluss einbringen und Sicherheit und Stabilität garantieren können, ist bei allen ehemaligen Satelliten der früheren Sowjetunion und vielen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetrepubliken in vollem Gange. Das Problem ist wesentlich mit in der Forderung Russlands nach Weltmachtgeltung und direktem Einfluss auf das „nahe Ausland“ begründet, obwohl die momentan fragwürdige Leistungsfähigkeit, die vielen umgelösten Probleme und die geringen Fortschritte bei der Mängelbeseitigung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft eigentlich andere Schwerpunkte erwarten ließen.

Die zwischen Berliner Kongress und den Verträgen nach dem Ende des Ersten Weltkrieges entstandenen Staaten Mitteleuropas nutzten ihre nach fast 50 Jahren der sowjetischen Zwangsherrschaft überraschend wiedergewonnene Freiheit, um möglichst rasch den Anschluss an den prosperierenden und Sicherheit vor russischer Bevormundung verheißenden Westen zu suchen. Die Gefahr, dass in der abrupten Abkehr vom früheren Zwingherrn neue Gräben oder Mauern entstehen können, ist nicht zu übersehen. Andererseits hat dieses Drängen in die westliche Gesellschaft den Reformeifer beflügelt und manches zwischenstaatliche Problem leichter lösen helfen als erwartet. Trotzdem bringen diese Aspiranten auf NATO - und EU - Mitgliedschaft noch genügend unaufgearbeitete Fragen und Rückständigkeiten mit und sind mit ihren ökonomischen und ökologischen Schwächen und ihren Gesellschaften im Umbruch eine Herausforderung an Politik und Wirtschaft des Westens.

Die im Rahmen des Ost - West - Konflikts immer wieder eingegrenz - ten Spannungen in Nah - und Mittelost setzten sich nach 1991 in die neu entstandenen Staaten im Kaukasus und Zentralasien fort und gewannen an Raum, auch wenn der Golfkrieg zunächst bei Kooperation der Super - und Großmächte eine neue Friedensordnung für die Welt und die Region zu verheißen schien. Der Islamismus als politisch - religiöse Kraft seit dem Umsturz im Iran virulent gewann an Raum und Einfluß und erweist sich als ein wesentlicher Faktor bei den Umwälzungen in der Region und bei den Ansätzen zur Befriedung des Krisenraums. Von Indonesien und den südlichen Philippinen über Pakistan, Zentralasien, Mittelost und Nahost bis hin zum Maghreb zieht sich dieser Prozeß, der so eng mit den Einflüssen eines wieder - erstarkten radikalen und antiwestlichen Islam verbunden ist, der manche Anregungen für Gedanken über einen Kampf der Kulturen gegeben hat.

Nur kurze Zeit bringen Kreuzzüge eine Entlastung gegen den Druck von Osten, dann führt der Siegeszug der Osmanen zu einer jahrhundertlangen Herrschaft über den Südosten mit einer weiteren prägenden Kultur und den Kämpfen der verschiedenen Volksgruppen um Unabhängigkeit mit Einmischung der europäischen Großmächte.

Der Erste Weltkrieg und die Auflösung der drei großen multi-ethnischen und multikulturellen Reiche, des Kaiserreichs Österreich-Ungarn, des Osmanischen Reiches und des Zarenreichs Russland verändern die europäische politische Ordnung völlig. Der Versuch Frankreichs und Großbritanniens eine europäische Ordnung nach ihren Interessen zu schaffen, bringt keine stabile Struktur hervor.

Der Zweite Weltkrieg, in dem weite Teile Südosteuropas sich mit dem Großdeutschen Reich aus eigenen Interessen oder unter Druck verbünden, trägt Krieg, Völkermord und Vertreibung in die Region und endet mit der Herrschaft der Sowjetunion und ihrer Ideologie fast über den gesamten Balkan und führt in die bipolare Welt mit ihrer ideologisch bestimmten Teilung in die zwei Herrschaftsgebiete der demokratisch-marktwirtschaftlich und der kommunistisch bestimmten Staaten. Während Westeuropa unter dem Schutz der Weltmacht USA immer mehr zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet mit sich verstärkender politischer Kooperation zusammenwächst, zerfällt der Osten nach dem Rückzug der Sowjetmacht aus Mitteleuropa in rückständige Einzelstaaten mit den ungelösten Problemen einer langen Geschichte.

3. Die Entwicklung in der Welt bis zum Ende des 20. Jahrhunderts

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges endet die Herrschaft der Europäer über weite Teile der Erde. Die USA, die den Sieg der Alliierten dank ihrer Technik, ihrer Produktivität und überragenden wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit weitgehend finanziert und in Asien und Westeuropa wesentlich auch militärisch getragen haben, werden Weltmacht Nummer Eins ohne eine klare Vorstellung entwickelt zu haben, wie die Zukunft zu gestalten ist. Die UdSSR, die riesige Opfer bringen mußte, plötzlich in Mitteleuropa steht und auch im Osten nach der Niederlage Japans und dem Sieg der kommunistischen Truppen Mao Tse Tungs keine strategische Eingrenzung durch starke Gegenmächte mehr sieht, beginnt systematisch ihren Herrschaftsbereich auszudehnen und zu konsolidieren.

So entstehen neuerdings Vasallenstaaten und Protektorate, während gleichzeitig in Asien, Afrika und im pazifischen Bereich die ehe-

maligen Kolonien um ihre Selbständigkeit kämpfen und Schritt für Schritt sich von ihren Herren lösen. Noch zögerlich und häufig mit Modellen der Wirtschaft experimentierend, die wenig erfolgreich sind, entsteht hier eine Dritte Welt, die neben den eigenen Problemen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in feste und moderne Strukturen zu führen, häufig zum Schauplatz von Stellvertreterkriegen im Ost - West - Konflikt wird.

Die UNO, eine Gründung zur Wahrung des Friedens in der Welt, der Förderung der Zusammenarbeit der Staaten und der Festigung der Menschenrechte und Grundfreiheiten ist eine große Hilfe in dem Prozeß der Entkolonialisierung kann aber durch ihre strukturellen und organisatorischen Mängel den anderen Aufgaben nur sehr unzureichend gerecht werden. Die starke Bindung an den Gedanken der Souveränität der Staaten als dem obersten Prinzip der internationalen Ordnung erweist sich als das größte Hemmnis für eine universale Friedensordnung. Es entstehen weitere regionale und weltweite Zusammenschlüsse, um die angesprochenen Defizite zumindest teilweise auszugleichen.

Das Ende des Kalten Krieges bedeutet einerseits das Ende der existentiellen Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen und den Wegfall der Notwendigkeit, enorme konventionelle Streitkräfte bereitzuhalten, andererseits fällt der Zwang weg, wegen des hohen Risikos einer Eskalation nur behutsam und möglichst abgestimmt - zumindest unter Kalkulation der Interessen der Gegenseite - neue Wege zu gehen und Schritte auf neues Terrain zu wagen. Die strategische Stabilität, die allerdings geringe Flexibilität und Bewegungsfreiheit aufwies, wird abgelöst durch neue Handlungsmöglichkeiten und eine Freiheit, die von Instabilitäten begleitet wird. Alte politische Gebilde zerfallen, es bilden sich unter dem Anspruch auf Selbstbestimmung neue Staaten. Die Suche nach Identitäten auf Basis kultureller, religiöser und nationaler Rückbesinnung oder der Neuorientierung führt zu Konflikten. Aus der bipolar bestimmten Welt mit zwei Supermächten und mehreren regionalen Kraftzentren entsteht eine Welt, die vom „neuen Rom“, der einzigen verbliebenen Supermacht, den USA, wesentlich geprägt wird. Daneben suchen Großmächte und regionale Zusammenschlüsse Einfluß zu nehmen, Partnerschaften aufzubauen und ein unilaterales Vorgehen Amerikas zu verhindern oder doch zumindest zu begrenzen.

Die Globalisierung gewinnt nach Wegfall der Barrieren der bipolaren Welt an Dynamik. Die Erfolge kommen aber nur einem Teil der Welt in vollem Umfang zugute. (OECD - Staaten und einige asiatische

Staaten, die konsequent den Weg in die Zukunft beschreiten). Die Interdependenz, aber auch die Verwundbarkeit der hochentwickelten Staaten in einer offenen Welt wächst. Diese Interdependenz macht zwar große Kriege zwischen diesen Staaten, die zunehmend einer ökonomischen Logik folgen, immer unwahrscheinlicher, verhindert aber nicht den Ausbruch einer zunehmenden Zahl unkonventioneller Kriege zwischen denen, die bei solchen Unternehmen noch auf Gewinn hoffen. Da diese gewalttätigen und zerstörerischen Aktionen auf Gebiete übergreifen können, die von Bedeutung für die entwickelte Welt als Rohstofflieferanten oder die als Anrainer von wichtigen Handelswegen oder Märkten Bedeutung haben, sind die entwickelten Staaten in die Pflicht genommen, in immer weitergehenden Krisenmanagementprogrammen für Konfliktbeendigung und Stabilität Sorge zu tragen. Die Macht der traditionellen Nationalstaaten nimmt ab, Souveränität verliert an praktischer Bedeutung, während die Zahl und Qualität der nicht - staatlichen Mitwirkenden zunimmt.

Wissenschaft und Technik machen rasante Fortschritte, die nur von einigen Staaten entsprechend adaptiert werden können. In der Medizin, den Fähigkeiten zu Transport und im Verkehr, bei Kommunikation und Informationsverarbeitung sowie im Bereich der Automatisierung werden umwälzende Fortschritte erzielt. Doch sind die Möglichkeiten der einzelnen Staaten, in diesem Wettbewerb mitzuhalten oder doch wenigstens die wichtigsten neuen Techniken für ihre Wirtschaft und Gesellschaft nutzbar zu machen sehr unterschiedlich ausgeprägt. Die Spannweite der Entwicklung auf wirtschaftlichem, technischem, gesellschaftlichem und politischem Gebiet in verschiedenen Staaten und Regionen führt zum Zusammenstoß von ungleichzeitigen Kulturen und Gesellschaften. Konflikte und konfliktträchtiges Verhalten nimmt zu. Formen der Konfliktaustragung nehmen immer ungewöhnlichere Formen an.

Immer mehr Akteure, staatliche wie nicht - staatliche, arbeiten in unzureichenden internationalen Strukturen und Ordnungen an gleichen Aufgaben und in denselben Gebieten unkoordiniert, häufig gegeneinander oder sich behindernd trotz gleicher Zielsetzung. Einerseits nimmt die Verflechtung ständig zu und schafft ein komplexes Feld der Tätigkeiten sowie neue Chancen, andererseits verlieren die Nationalstaaten an Kompetenz und Handlungsfähigkeit.

Das Informationszeitalter schafft eine neue (teil -) informierte Öffentlichkeiten und die Möglichkeit, Entscheidungen auf der Basis von umfangreichen, problembezogenen Daten zu fällen.

4. Europa am Scheideweg

Nach zwei Weltkriegen, die in erster Linie europäische Kriege waren, ist die europazentrierte Weltordnung untergegangen, eine universale Ordnung, die den veränderten Bedingungen gerecht würde, ist nicht entstanden. Die bestehenden Ansätze basieren noch auf den Bedingungen der Welt der souveränen Nationalstaaten oder der regionalen Kooperation im Zeitalter des Kalten Krieges. Die großen europäischen Ideologien haben an Bedeutung verloren und werden durch eine ökonomisch und technisch orientierte Struktur ersetzt, die voller Widersprüche und ungelöster Fragen ist.

Schon während des Zweiten Weltkrieges, aber noch gebunden durch die Sowjetunion als Gegenmacht, schält sich die Führungsposition der Vereinigten Staaten von Amerika heraus, die dem Begriff der Freiheit eine neue Deutung im Rahmen von staatlicher Ordnung geben und ihn auf das engste und dynamisch mit wissenschaftlicher, technischer und ökonomischer Leistungsfähigkeit zu verbinden wissen. Ihre Führungsrolle in der westlichen Welt wird stetig stärker vor allem durch ihr ständig wachsendes Potential und die auf militärischer Kraft beruhende Schutzfunktion für die übrigen nach westlichen Grundvorstellungen ausgerichteten Staaten. Mit dem Zerfall der Sowjetunion bleibt nur eine Weltmacht bestehen, die als Messlatte nur die eigenen Ziele und Ansprüche zu akzeptieren braucht und daher auch oft in Versuchung ist, die Welt unilateral gestalten zu wollen.

Unter dem Schutz, aber auch dem politischen und kulturellen Einfluß der Vereinigten Staaten hat sich Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer Kooperation zusammengefunden, die heute erste Züge einer Konföderation erkennen läßt. Nach Größe, Bevölkerung und Wirtschaftskraft könnte diese „Europäische Union“ eine der zukünftigen Weltmächte sein, wenn es ihr gelänge, ihre politische und militärische Kraft zu bündeln und mit einer Stimme zu sprechen. Der wirtschaftlich gelungenen Integration der Kapazitäten und Märkte steht im politischen Bereich der gemeinsamen Vertretung verwandter oder sogar gleicher Interessen keine adäquate Bündelung der Kräfte gegenüber. Die Gewohnheit, sich global auf den Schutz und das Durchsetzungsvermögen der USA zu verlassen und regional kleinlich eigene begrenzte Vorteile als wichtiger anzusehen als die langfristigen Vorteile einer gemeinsamen Strategie und konsequenter Zusammenarbeit hat die Bedeutung Europas im Weltgeschehen erheblich geschmälert.

Werteordnung und die politischen und wirtschaftlichen Systeme in Nordamerika und Westeuropa weisen eine starke Kongruenz auf, trotzdem sind die Akzente oft deutlich anders. Auf den Märkten steht man in Konkurrenz aber nach Spielregeln, die beide Seiten stärker gemacht haben und finanziell wie durch Beteiligungen an Unternehmen zu engen Verflechtungen geführt haben. Der größte Unterschied liegt in der strategischen Fähigkeit zur Einflußnahme auch mit militärischen Mitteln, wodurch die Amerikaner ihre politischen Vorstellungen und Interessen, die durchaus nicht immer mit den europäischen identisch sind, in ganz anderer Masse durchsetzen können als die Europäer. Die Frage stellt sich immer häufiger, wie weit Europa eigenständig zu handeln in der Lage sein sollte und welche Maßnahmen dazu eingeleitet werden müssen.

Der Zerfall des Sowjetreiches hat eine Vielzahl von Staaten sehr unterschiedlicher Größe, Leistungsfähigkeit und Entwicklungsstand freigesetzt, die von der alten Herrschaft der Russen weg - und so weit in Europa beheimatet - nach Westen streben. Die Abgrenzungen untereinander, die Neuorientierung im Innern wie nach außen, wie aber auch die Einmischung anderer Mächte haben zu Machtkämpfen zwischen den Eliten aber auch ganzer Bevölkerungsgruppen geführt. Der Wille und die Fähigkeit zu Reformen und Einordnung in stabile Strukturen wird das Schicksal dieser Staaten entscheiden und auf die Zukunft Europas erheblichen Einfluß haben.

5. Sicherheit und ihre Dimension im 21. Jahrhundert

Mit dem Wegfall der existentiellen Bedrohung verändern sich die Dimensionen und Kategorien der Sicherheit. Das militärische Element der Abschreckung tritt deutlich zurück, wirtschaftliche, innerstaatliche und selbst soziale und kulturelle Aspekte gewinnen an Bedeutung. So wird Instabilität das größte Risiko, stabile Verhältnisse der größte Garant für Sicherheit.

Sicherheit wird damit definiert als Fähigkeit, Risiken zu beherrschen. Sie verlangt nach einer umfassenden und langfristig angelegten Strategie, die nicht nur die militärischen Potentiale und Möglichkeiten berücksichtigt.

Sicherheitspolitisch wird ein multidimensionaler Ansatz gefordert, der nachhaltige Stabilität zum Ziel hat, Prävention als Ausgangspunkt sieht und zu Konfliktverhütung und Krisenbewältigung befähigt. Die Erscheinungsformen von Kriegen und Konflikten ändern sich. Sie umfassen alle Arten vom High - Tech - Krieg bis zum archaischen Gewaltausbruch mit dem Ethos und der Wildheit des „Steinzeitalters“.

Die grundsätzliche Natur von Streitkräften und Militärorganisationen ändert sich nicht. Es ändert sich ihre politische Instrumentierung und ihr Einsatzspektrum.

6. Konkrete Risiken und problematische Entwicklungen

Der instabile Zustand mancher Staaten, ja ganzer Regionen kann sehr unterschiedliche Ursachen haben. Wirtschaftliche Schwäche und unfähige Eliten, die eine Umkehr nicht durchsetzen können, soziale Spannungen, Überbevölkerung und ein Bevölkerungswachstum, das Leistungszuwächse nicht zulässt, Unterdrückung von Gruppen und Minderheiten aus politischen, ethnischen und religiösen Motiven sind besonders häufig dafür verantwortlich.

Aus Instabilität erwachsen Bürgerkriege und regionale Konflikte. Ihr direkter Anlass können eine undeutliche Staatsidentität, Herrschaftsansprüche einer Gruppe, widersprüchliche Interessen von Nachbarn, unerträgliches Wohlstandsgefälle oder Rechtsverweigerungen sein. Regionale Konflikte gehen um Herrschaft, Gebiete oder Ressourcen. Sie einzudämmen, zu entschärfen, zu schlichten und eine dauerhafte Ordnung zu etablieren, ist Aufgabe eines Krisenmanagement/Häufig mischen organisierte Kriminalität mit, die sich wirtschaftliche Vorteile und Teilhabe an der politischen Macht verspricht.

Als Kampfform des Schwächeren ist Terrorismus in verschiedenen Ausprägungen Teil des Risikospektrums. Genährt von ethnisch-nationalen, sozial-revolutionären oder religiösen Utopien kämpfen Gruppen und Bewegungen, teils staatlich von außen gestützt, teils autonom mit allen Mitteln der Einschüchterung durch rechtlich und sachlich nicht begrenzte Gewalt.

Das Spektrum militärischer Einsätze umfasst damit heute so unterschiedliche Einsätze wie Katastrophenhilfe und humanitäre Hilfe, Beobachtung, Überwachung und Kontrolle, Embargos, Entwaffnung bewaffneter Organisationen, Freihalten von Räumen und Verkehrswegen, Schutz von Objekten und Räumen, Bekämpfung von Piraten, Terroristen und Banden, Krisenmanagement bis zu massiven Interventionen, um Frieden zu erzwingen, aber auch den Wiederaufbau von Staaten von der Infrastruktur bis zu Verwaltung und den politischen Strukturen. Der „High Intensity Conflict“ - nuklear oder konventionell, mit oder ohne Einsatz von B- und C-Waffen sei hier, obwohl weniger wahrscheinlich, auch noch genannt. Die Anforderungen an die Leistungsfähigkeit und Verfügbarkeit von Streitkräften hat seit Ende des Kalten Krieges deutlich zugenommen die Überschneidungen zu Polizeiaufgaben und den humanitären und techni-

sehen Hilfsorganisationen lassen sich auf dem Balkan oder in anderen Krisengebieten studieren.

7. Der europäische Südosten

Europas Südosten ist keine geographisch eindeutig umrissene Region. Unterscheiden könnte man drei Subregionen: den Balkan, die griechisch - türkische Region, die durch lange Zugehörigkeit zur NATO, sowie die Zugehörigkeit bzw. angestrebte Mitgliedschaft zur Europäischen Union ein trotz langer gemeinsamer Geschichte und Verbundenheit mit dem Balkan, anderes Profil zeigt und die südkrainisch - südrussische Region am Schwarzen Meer.

Kernfragen innerhalb der Region sind das friedliche Zusammenleben der ehemaligen Völker Jugoslawiens und seiner Nachbarn, die Einbindung und die Rolle der Türkei und Griechenlands sowie ihr Verhältnis untereinander. Daneben ist völlig offen, wie die Ukraine und Russland ihre Rolle definieren werden und sich als kooperative oder eher konkurrierende und damit entwicklungshemmende Faktoren einbringen. Wirtschaftlich ist der Südosten das Armenhaus Europas. Ethnisch und kulturell gibt es wenige Regionen, die so starke Vielfalt häufig eher als Gegensätze zutage tretende Strukturen aufweisen.

Seine geopolitische Bedeutung ist heute geringer als zur Zeit vor dem Ersten und Zweiten Weltkrieg, aber nach wie vor ist der Südosten der Nebeneingang zu Europa von Asien her. Direkt benachbart sind die Krisenherde Nordafrika, Kaukasus, Nahost und Mittelost. Daher ist ein stabiler Südosten ein Schutz für Gesamteuropa; ein schwacher Südosten dagegen ist ständig in Gefahr „angesteckt“ zu werden und die Probleme weiter nach Mittel - und Westeuropa hineinzutragen. Verstärkt wird diese Tendenz durch die große Zahl der Migranten, die eine Zuflucht und bessere Lebensbedingungen im stabilen und prosperierenden Bereich der Europäischen Union suchen.

Eine besondere Rolle könnte durch ihre Lage, Geschichte und Kultur der Türkei zukommen. Sie kann der Stabilitätsanker in einer wenig von westlichen Idealen berührten Umwelt werden oder aber infiziert von fundamentalistischem Gedankengut und Großmachtansprüchen zu einem ernstlichen Problem werden. Der Drang ihrer politischen, intellektuellen und wirtschaftlichen Elite nach Europa wird nicht von allen Türken geteilt. Die USA schätzen die Einwirkung der Türkei nach Mittel - und Nahost wie nach Zentralasien hinein. In der Bevölkerung hat der Islamismus mit seinen orientalischen Zügen an Anhängerschaft und Einfluß gewonnen.

8. Konzeptionelle Ansätze für eine Europäische Sicherheitsarchitektur

Ein stabiles und gesundes Europa ist ohne die Lösung der Probleme des Südostens nicht denkbar. Eine Befriedung der Region ist Voraussetzung für eine Perspektive, die langfristig Stabilität und zumindest bescheidenen Wohlstand verspricht. Der einzige Weg dahin scheint die Unterstützung durch das übrige Europa und letztlich die Anbindung mit dem Ziel der Einbindung an West- und Mitteleuropa zu sein.

Stabilität im Südosten ist nur durch einen breiten Ansatz zu erreichen. Dazu gehört ebenso eine wirtschaftliche Gesundung wie die Entwicklung politischer Strukturen für eine verbesserte Zusammenarbeit. Der Stabilitätspakt für den Balkan trägt generell den Notwendigkeiten Rechnung, doch ist das Interesse der Mitglieder der Europäischen Union nach Beruhigung der Situation im ehemaligen Jugoslawien offenbar nicht mehr sehr groß, die nötigen Mittel und Hilfen bereitzustellen. Kompetenzstreitigkeiten und bürokratische Verfahrensweisen innerhalb der EU erschweren zusätzlich eine zügige Umsetzung der Planungen.

Zur Verhinderung von neuen Gewaltausbrüchen werden einerseits Truppen in den zentralen Krisengebieten noch länger stationiert bleiben müssen, andererseits ist langfristig die schrittweise Einbindung in die europäischen Sicherheitsstrukturen erforderlich. Die entscheidende Rolle wird dabei auf die NATO als eine Art Stabilitätsanker zukommen. Möglichkeiten sind die Aufnahme in die NATO oder die Einbindung in zunächst über das Partnership for Peace - Programm. Ersteres beinhaltet die stärkere Bindung mit der Gefahr durch einen Problemkandidaten insgesamt und in der Region an Effizienz und damit auch an Wirkung zu verlieren, letzteres übt Kooperation und Anpassung ein mit dem Ziel der Einübung von Verhaltensweisen und einer Annäherung auch im Denken. Die Frage, ob nicht zunächst mentale und emotionale Vorbehalte abgebaut und politische und rechtliche Normen geschaffen und organisatorisch stabil verankert werden müssen, bevor man erfolgreich eine nachhaltige, dem Frieden verpflichtete Ordnung durchsetzen kann und über Einbindung zu reden ist, wird durch die realen Erfahrungen eher zu einer pragmatischen Antwort führen.

Deutlich wird aber auch, daß ein Erfolg im Südosten eine gleichzeitige Anstrengung verlangt, die Krisenherde vor der Haustür zu befrieden.

Das bedeutet, daß eine stärkere Verlagerung der Aktivitäten der NATO und der EU in die Mittelmeerregion erforderlich werden wird. Der begonnene Dialog zeigt Ansätze auf, verdient aber eine Konzentration zunächst auf Kernfragen und eine schrittweise institutionelle Verankerung. Das Hauptthemennis hier sind die abweichenden Interessen einzelner NATO - bzw. EU - Mitglieder, die eigene Interessen und auch jeweils unterschiedliche Strategien verfolgen. In der Nahostfrage sind die USA und die EU auf sehr unterschiedliche Weise und mit abweichenden Lösungsvorstellungen tätig. Für Nordafrika und den Kaukasus gilt gleiches. Die Überlagerung der angesprochenen Fragen durch den aktuellen Kampf gegen den Terror schafft zwar zunächst eine gemeinsame Basis für Aktionen, birgt aber zugleich die Gefahr einer einseitigen Ausrichtung der Bemühungen auf nur einen Aspekt des Problems. Klar ist aber auch, daß allein Reden und Ratschläge nicht ausreichen. Europäische Interessen werden nur zum Tragen kommen, Ziele erfolgreich erreicht werden, wenn man glaubwürdig und bereit ist, die angestrebten Strukturen auch zu schaffen und Störenfriede notfalls auch mit Zwang ausschalten zu können.

West - und Mitteleuropa werden sich den Problemen des Südostens, ihrer unmittelbaren Nachbarschaft, stärker zuwenden, die notwendigen Schritte gemeinsam in Angriff nehmen und die Hauptlast selber tragen müssen, um auch in Zukunft eine positive Perspektive für die Entwicklung des eigenen Kontinents zu haben. Die Fähigkeit sich durchzusetzen hängt dabei wesentlich auch von den entsprechenden militärischen Kapazitäten Europas ab. Voraussetzung in demokratisch organisierten Staaten ist, daß die Bevölkerung die Probleme erkennt, die Lösungsmöglichkeiten versteht und damit die notwendigen Prioritäten und die erforderlichen Mittel und Instrumente politisch billigt. Hier Aufklärung zu treiben und Einsicht zu wecken ist ein Teil des Friedensprozesses für den Südosten,

Niko Schmeja

Der Vordere Orient - Krisenherd vor dem Nebeneingang zu Europa

Prof. Dr. Udo Steinbach
Deutsches Orient Institut Hamburg

Der Vortrag steht leider nicht zur Verfügung, da
das Tonbandprotokoll nicht freigegeben wurde.

Bündnispartner Türkei - Stabilitätsanker oder Risikofaktor für die Region?

Thomas Kossendey
MdB, CDU



Abschrift nach Bandaufzeichnung - es gilt das gesprochene Wort

Meine Damen und Herren,

zunächst einmal einen schönen guten Morgen. Ich freue mich, dass so früh schon wieder so viele bei uns auf der Versammlung sind. Vielleicht sollte ich zu Beginn, wie das für einen guten Deutschen sich gehört, ein Zitat bringen. Und wenn man wirklich ein gehobenes Zitat bringen will, bleibt einem nichts anderes übrig als bei Goethe nachzuschauen. Und bei Goethe nachzuschauen heißt eigentlich „Faust“ wissen und die meisten von Ihnen sind ja in einem Alter in dem sie das in der Schule noch gelernt haben. Bei dem sogenannten Osterspaziergang trifft ein Bürger den anderen und sie unterhalten sich über die Weltgeschehnisse und da sagt der eine: „Nichts besseres weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei. Wenn hinten weit in der Türkei die Völker auf einander schlagen, man steht am Fenster, trinkt sein Gläschen aus, und sieht den Fluss hinab die bunten Schiffe gleiten, dann kehrt man abends froh nach Haus und segnet Fried' und Friedenszeiten. Sagt der andere: Herr Nachbar ja, soll das nicht auch gescheh'n, sie mögen sich die Köpfe streiten, mag alles durcheinander geh'n, doch nur zu Hause bleibt's beim Alten.“ Ich glaube hier irrt Goethe.

Das mag vielleicht vor 200 Jahren noch möglich gewesen sein, dass man sich so aus der internationalen Entwicklung abkoppeln konnte. Im Zeitalter der Globalisierung wird das nicht mehr so leicht möglich sein und das was in der Türkei passiert ist nicht weit hinten ferne der Türkei, sondern ist aus unterschiedlichen Erwägungen für uns ganz aktuell. Und je nachdem mit welchem Maßstab bzw. mit welchem Vorurteil man an die Türkei herangeht, kommt man zu gänzlich unterschiedlichen Ergebnissen. Da sagen die einen, Mensch in der Türkei da gibt es doch eine Arbeiterpartei, die ist verboten worden. Die Kurden werden unterdrückt. Der Öztalan, dieser Arbeiterführer, der wird mit der Todesstrafe bedroht. Mit den Menschenrechten ist es wohl auch nicht ganz so wie man sich das wünschen sollte. Und wie ist das eigentlich mit der Rolle des Militärs, was hat das noch mit den europäischen Standards von Demokratisierung zu tun. Und war da nicht auch mal so ein islamistischer Ministerpräsident Erbakan? Ist das eigentlich ein demokratisch stabiles Land wie wir uns das wünschten? Und Islamisierung, das was wir jetzt mit Bin Laden erfahren hat das nicht Wurzeln auch z. B. im Verhalten mancher die in der Türkei politisch aktiv sind und Bedenken werden geäußert. Und dann kommt der andere dazu, fast wie bei Goethe, und sagt, eigentlich, Herr Schmeja hat das eben vorgetragen, eigentlich ist das ja kein Problem mit der Türkei. Die sind länger als Deutschland in der NATO, waren immer ein verlässlicher Partner. Haben in allen Gremien, in denen sie mitgewirkt haben, konstruktiv mitgewirkt und ich kann nichts dabei finden, dass wir mit der Türkei gut Freund sind. Da kommt der Mann aus der Wirtschaft und sagt, die Türkei war doch in den letzten 20, 30 Jahren ein verlässlicher Wirtschaftspartner. Wir konnten uns auf all das was von dort nach Deutschland kam gut verlassen. Sie waren hilfsbereit, haben ordentliche Qualitätsprodukte geliefert. Dann kommt der Tourist und sagt, ich bin doch da gewesen in Antalya. Ich habe überhaupt nichts gesehen von Kurdenunterdrückung und Menschenrechtsverletzungen. Im Gegenteil, die waren alle besonders freundlich zu uns Deutschen und deutsch sprachen sie auch.

Besser als mancher bei uns im Ruhrgebiet. Im Manuskript steht eigentlich Baden-Württemberg. Ich höre es immer im Fernsehen, wir können alles außer Hochdeutsch. Das wollte ich mir aber verkneifen.

Dann kommt der Oberstudienrat und sagt, wenn man an die Türkei denkt, das ist doch die Wiege der europäischen Kultur. Ephesus! Und was auch immer man damit verbinden mag, das haben wir im Lateinunterricht, im Griechischunterricht gelernt, die müssen doch wohl zu Europa gehören, denn von da kommen doch die Wurzeln Europas.

Sie sehen also, es ist unmöglich, der Türkei gerecht zu werden, wenn man nur einen einzelnen Aspekt herausgreift, wenn man sich darauf dann fest beißt um die Lage in der Türkei zu diskutieren. Wir müssen, wenn wir die Türkei gerecht beurteilen wollen, verschiedene Aspekte berücksichtigen. Ein ganz wichtiger Aspekt, der gerade auch in Deutschland häufig etwas

unter den Tisch fällt. Wir müssen uns mit der Geschichte eines solchen Partners beschäftigen. Wer die Geschichte eines Landes ausblendet, wird manchmal die aktuellen Tagesgeschehnisse schlecht oder gar nicht verstehen. Nun brauchen Sie keine Angst zu haben, ich will nicht zurückkehren nach Konstantinopel 1453 als die Osmanen in der Mitte des Jahres 1453 diese Stadt erobert haben und dort dann den Mittelpunkt ihres osmanischen Reiches eingerichtet haben.

Ich will allerdings zurückgehen nach 1761. Dort hat Friedrich der Große den ersten Vertrag mit dem osmanischen Reich geschlossen und da ging es wie bei all solchen Verträgen damals um Freundschaft, Schifffahrt und Handel und Friedrich der Große hatte natürlich nicht nur diese Dinge im Hinterkopf, sondern erhoffte sich natürlich auch in Richtung Habsburg einiges an Unterstützung vom osmanischen Reich. Und 1763 ist dann schon der erste osmanische Botschafter in Berlin angekommen. Es gibt wunderbare Kupferstiche von seinem Einzug. Heutzutage würde sich mancher Militärattache freuen, wenn er in den Ländern wo er Arbeit tun darf, so empfangen würde. Kilometer lange Festumzüge zum Einzug dieses Botschafters wurden in Berlin inszeniert. Der dritte türkische Botschafter ist schon in Berlin beerdigt. Wer Berlin etwas kennt weiß, in der Nähe von Tempelhof gibt es den sogenannten türkischen Friedhof wie er heute noch heißt. Dort liegt er begraben und ist sozusagen manifest die erste konkrete Beziehung zwischen Deutschland und der Türkei.

Ich will Ihnen jetzt einfach mal mit einer Folie zeigen, wie groß das osmanische Reich damals gewesen ist, damit man sich mal einen Eindruck vermittelt, von dem was damals von Konstantinopel von Byzanz aus regiert wurde. Und infolge der diplomatischen Kontakte zwischen dem osmanischen Reich und Preußen wurde ein wesentlicher Schwerpunkt auf die Militärkontakte gelegt. 1835 hatte Sultan Magnu der Dritte an Friedrich Wilhelm den Dritten einen Brief geschrieben und da hat er gesagt: Lieber Friedrich Wilhelm du musst uns helfen, wir müssen unsere Armee vollkommen umorganisieren und das können am besten deine preußischen Instruktoroffiziere. Friedrich Wilhelm hat dann einen Mann hingeschickt, den wir heute noch kennen und auch in Karlsruhe ist eine Straße nach ihm benannt; das war der Helmut von Moltke. Der übrigens sehr interessante Tagebücher in der Zeit geschrieben hat, in denen Sie so manches Problem, das heute aktuell die Türkei beschäftigt, schon sehr präzise nachlesen können von den Kurden bis zur Frage des Einflusses der Religion und Auswirkungen auf das tägliche Leben. Das ging dann weiter über Otto von Bismarck, der auch gute Kontakte zum osmanischen Reich pflegte, auch nicht so sehr der Türken willen, sondern auch seines politischen Einflusses willen, in dessen Zeit das Projekt der Bagdadbahn diskutiert wurde. Auch das nicht aus Nächstenliebe der Türkei gegenüber sondern auch um Europa, um den Westmächten mehr Möglichkeiten zu geben direkter in die Regionen vorzukommen, die man auch als politisches Ziel sah.

In diese Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen dem osmanischen Reich und Deutschland kam dann der Erste Weltkrieg. Wir alle wissen wie der Erste Weltkrieg geendet hat. Er hat für die Türkei und für Deutschland als Niederlage geendet. Allerdings muss man sagen, diese Niederlage war für beide Länder von höchst unterschiedlicher Bedeutung. In diesem Weltkrieg sind die Türken und die Deutschen als Waffenbrüder zusammen gewesen und wenn Sie heute in der Türkei einen Vortrag halten über das deutsch-türkische Verhältnis, dann dauert es nicht lange bis irgendeiner der Mitdiskutanten diese Waffenbrüderschaft beschwört und es kommt einem manchmal recht gruselig hoch, wenn man hört, dass die Freundschaft zwischen Deutschland und der Türkei häufig nur auf diesen Punkt reduziert wird. Das ist ein wichtiger Punkt. Wer zusammen im Schützengraben gelegen hat, wird viele Verbindungen zu dem Land aus dem der Nachbar kam, gut finden. Aber ich glaube wir würden einen Fehler machen, wenn wir die Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei auf diese Waffenbrüderschaft verdichten wollten.

In diesem Ersten Weltkrieg war eine ganz wichtige Frage: wie ist es mit dem Zugang vom Schwarzen Meer über den Bosphorus durch die Dardanellen ins Mittelmeer? Weil das für Russland ein wichtiger Aspekt war, weil das aber auch für die Gegner der deutsch-türkischen Kooperation ein wichtiges Ziel war. Damals in Gallipoli ist eine Schlacht geschlagen worden, vor jetzt fast 87 Jahren, in der deutsche Offiziere, deutsche Generäle, gemeinsam mit einem

türkischen General Mustafa Kemal, der später als Atatürk bekannt wurde, gekämpft haben. Das war übrigens der einzige Sieg in diesem Krieg, der, ich nannte es, mit einer Niederlage für beide Länder endete. Nach Ende dieses Krieges sollte dieser General Mustafa Kemal für die Türkei eine besondere Bedeutung bekommen. Er war es nämlich, ich mag es gar nicht Friedensvertrag nennen, der den Vertrag von Mudros in dem das osmanische Reich als Beute der Sieger aufgeteilt wurde, er war es, der den Vertrag als so ehrenrührig empfunden hat, dass er gesagt hat, das können wir nicht hinnehmen. Wenn wir uns daran erinnern, dass das was auf der Karte in „braun“ eingezeichnet ist, dass dies das osmanische Reich in seiner größten Ausdehnung war, dann reduziert werden sollte auf den Kernbestand dessen was wir heute als Türkei sehen, dann kann man sich leicht vorstellen, dass das für die politisch und militärisch Verantwortlichen dieses Landes geradezu eine traumatische Erfahrung war. Dieses Land wurde nicht nur als Beute der Sieger beschnitten um große Flächen, sondern es wurde dann im Kernbestand der heutigen Türkei auch noch aufgeteilt in Einflussphären.

Sie sehen, dass im Westen der Türkei eine griechische Verwaltung um Izmir aufgebaut werden sollte, Smyrna, damals. Sie sehen, dass der europäische Teil westlich von Konstantinopel oder Istanbul zu Griechenland geschlagen werden sollte. Sie sehen, dass englische, italienische und französische Zonen eingerichtet werden sollten, in denen praktisch die türkische Verwaltung nichts mehr zu sagen haben sollte. Das war nach einer Geschichte, die, ich erinnere an die vorige Folie, eigentlich eine historische Ausdehnung der Türkei gesehen hatte, geradezu ein Desaster.

Und nun passierte folgendes: Mustafa Kemal sammelte die Reste der Armee und hat dann versucht, diesen Plan, den die Siegermächte nach dem Ersten Weltkrieg für die Türkei hatten, no absolute zu machen. Er ist dann am 19. Mai 1919 vom Schwarzen Meer aus kommend in Samson, das ist so auf der Mitte der Küste unter dem Wort Schwarzes Meer, mit einer kleinen Truppe gelandet, auf Ankara marschiert und hat, ich will das nicht im einzelnen erzählen, auf jeden Fall es erreicht, dass 1923 die türkische Republik gegründet wurde, am 29. Oktober und dass er zum Präsidenten dieser Republik ausgerufen wurde. Die Besatzungszonen oder Einflusszonen, wie das so optimistisch hieß, wurden aus der Landkarte gestrichen, dies ging nicht immer unblutig.

Wenn Sie heute mit Griechen darüber sprechen, wie sie damals aus Smyrna wieder zurück in die Heimat komplimentiert wurden. Dies war eine Geschichte, die durchaus mutig war und für manchen Griechen, der in dieser Ecke wohnte, auch heute noch zu traumatischen Erinnerungen führt.

Wie auch immer, damals 1923 am 29. Oktober wurde die türkische Republik gegründet. Präsident wurde Atatürk. Er hat die Reformen angepackt von denen Herr Schmeja eingangs sprach. Er hat einen absoluten Bruch mit den Traditionen und mit den Rechtssystemen des osmanischen Reiches geschaffen. Er hat zunächst einmal wesentliche Prinzipien für seine Staatsführung aufgestellt, von denen ich einige nennen möchte.

Das erste war: Strikte Trennung von Kirche und Staat. Wir hatten gestern bei Herrn Steinbach vom Kalifat gehört, dass das 1924 abgeschafft wurde, ein Ergebnis der kemalistischen Reformen. Er hat Vorschriften gemacht für die Bevölkerung, die uns heute fast ein bißchen kleinkrämerisch Vorkommen, aber die damals für die Psychologie des Neuanfangs in einer Republik ungeheuer wichtig waren. Er hat das Kopftuch per Dekret verboten. Er hat was den Fes angeht, den Männern diese wunderschöne romantische Kopfbedeckung verboten. Er hat eine andere Revolution angepackt, die im nach hinein betrachtet fast unbezahlbar ist, er hat die arabische Schrift getilgt und die lateinische Schrift eingeführt. Heute ein wesentlicher Faktor der Verbindung zur Türkei. Stellen Sie sich nur vor Sie würden dort hin in Urlaub fahren und alles würde in arabischer Schrift geschrieben sein, man würde sich geradezu fremd Vorkommen. Das war damals ein ganz wichtiger Aspekt, sein Ziel, die Türkei an Europa anzuschließen. Er hat in einer Verfassung, sein Militär, so möchte ich es mal ausdrücken, sein Militär zum Hüter dieser Prinzipien ernannt und er hat nicht nur diese Prinzipien dem Militär ans Herz gelegt, sondern er hat auch in dieser Verfassung die Einheit dieses, ich sage es jetzt mal abwertend, dieses Restbestandes Türkei, die Einheit dieses Restbestandes dem Militär anvertraut und die Verfassung gibt ausdrücklich dem Militär das Recht ich sag, mein

Ausdruck, wenn dieser Restbestand der Türkei gefährdet ist, zum Eingreifen. Das ist ein Punkt den darf man heute nicht vergessen, wenn wir darüber reden, welchen Einfluss das Militär auf Politik in der Türkei hat. Das Militär ist nach der türkischen Verfassung Hüter der kemalistischen Prinzipien, Hüter der Demokratie und auch Hüter der Einheit dieses Landes.

Er hat im Rechtssystem eine Änderung vorgenommen, in dem er all das was an nicht geschriebenen Recht vorhanden war, beiseite gewischt hat. Er hat die aus dem Koran herkommenden Rechtsbestimmungen beiseite gewischt und er hat eigentlich nichts anderes getan als in Europa vorhandene Rechtsmaterien auf die Türkei übernommen. Er hat aus Italien das Strafgesetzbuch übernommen, aus der Schweiz das Handelsgesetzbuch und hat von daher auch eine Möglichkeit der Verbindung zu Westeuropa geschaffen, denn wenn sie mit Ländern Handel treiben müssen, die nach gänzlich anderen Rechtsprinzipien ihre privatwirtschaftlichen Dinge regeln, wird das sehr schwer werden. Haben sie allerdings einen Partner auf der anderen Seite, der nach europäischen Rechtsprinzipien arbeitet, so der Gedanke von Atatürk, wird es sehr viel leichter sein und das hatte ja auch Erfolg. Er hat mit diesen Prinzipien versucht, die Türkei an Westeuropa anzubinden, weil er der festen Überzeugung war, nur eine Anbindung an Westeuropa würde die Türkei aus der Rückständigkeit mit der er das osmanische Reich verbunden hat, befreien können und dieses Ziel nach Europa zu kommen ist eigentlich seit 1923 das wesentliche Ziel der türkischen Politik. Auch das darf man nicht verkennen, wenn wir über die Möglichkeit der Türkei als Mitglied in der Europäischen Union reden.

Dann kam der Zweite Weltkrieg. Dieser Zweite Weltkrieg begann für die Türken mit einem Beistandsvertrag. Die Engländer, die Franzosen und die Türken haben sich gegenseitig Beistand versprochen, haben allerdings keinen Gebrauch davon gemacht um es höflich zu sagen. Die Türkei hat dann 1944 die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abgebrochen, hat uns sogar noch, Gott sei's geklagt, am 23. Februar 1945 den Krieg erklärt, aus Gründen, die jeder der diesen Krieg etwas näher durchleuchtet schnell nachvollziehen kann; war 1945 Gründungsmitglied der Vereinten Nationen und war 1952 vor Deutschland Mitglied im Bündnis der nordatlantischen Allianz. Ein Aspekt, den wir, wenn wir über den Zweiten Weltkrieg in der Türkei sprechen auch nicht außer Acht lassen sollen. In letzter Zeit haben viele derer, die in Deutschland aus religiösen oder rassistischen oder sonstigen Motiven keine Heimat mehr gefunden haben, Aufnahme gefunden. In der Türkei war z. B. Ernst Reutter, der spätere Bürgermeister von Berlin als Asylant, um dieses Wort zu gebrauchen, waren viele Wissenschaftler, Paul Hindemith als Künstler in Ankara z. B. tätig weil sie zu Hause keine Möglichkeit der Betätigung durch das Naziregime mehr gefunden haben. Manches von dem was im türkischen Hochschulsystem heute noch vorhanden ist, ist auf die Reformen zurück zu führen die von deutschen Hochschullehrern in der Zeit in der Türkei vorgenommen worden sind. Ich will die ganz Geschichte bis heute jetzt nicht im Detail dartun. Ich wollte Ihnen das einfach nur als Einstieg sagen, denn vieles von dem was heute in der Türkei passiert, kann man nur verstehen, wenn man diese Geschichte sieht.

Ich will eingehen in ein paar Stichworten auf das, was wir als die sogenannte geostrategische Lage der Türkei bezeichnen und da bitte ich, eben diese letzte Folie aufzulegen. Wenn Sie sich anschauen in welchem Umfeld die Türkei heute liegt, dann werden Sie mir recht geben, wenn ich sage, Außenpolitik für die Türkei ist praktisch ein Alptraum von 360°. Wer solche Nachbarn hat, braucht zum großen Teil keine Feinde mehr. Georgien instabil, Armenien ein ständiger Krisenherd, Iran, Irak, Syrien. Das Schwarze Meer ist vielleicht nicht ganz so besonders problematisch, aber die Ukraine auf der anderen Seite ist auch nicht das Land was man sich wünscht wenn man demokratisch stabil werden will. Ich will Bulgarien, Griechenland und Rumänien mit unterschiedlichen Akzenten ausnehmen von dieser Schilderung. Aber Sie sehen, dass die Türkei in einem Umfeld liegt, das ein dramatisches Umfeld ist und in dem sich die Konflikte in Europa, in Südosteuropa im wesentlichen abspielen und wo sie auch ihre Ursachen haben. Trotzdem sagen wir, dass die Türkei gerade als eine der wenigen verlässlichen demokratischen Republiken in dieser Gegend, wenn ich Israel noch dazu zähle, sind es zwei, eine wesentliche Funktion auch für uns in Europa hat. Stellen Sie sich

U^ã Áî ÄÖ[\^ { ^} œā } Á ÉŠ[] * !^••

doch bitte noch mal für einen Augenblick vor, die Türkei wäre in ihrer inneren Stabilität ähnlich wie eines der Länder, die östlich von ihr liegen. Wie viel schwerer wäre es in Europa Politik zu machen. Wie viel problematischer wäre es Sicherheit für Europa zu garantieren ohne diesen Faktor Türkei. Wenn ich sage Brückenfunktion, will ich ehrlich einräumen, dass mir dieses Wort Brücke deswegen etwas schwer über die Lippen kommt. Eine Brücke wird benutzt und wenn man sie benutzt hat, lässt man sie hinter sich liegen und geht dann weiter. Ich glaube nicht, dass wir dem Wert der Türkei in dieser Region damit gerecht werden. Das Wort Mittlerfunktion scheint mir viel besser zu sein. Ich glaube auch, dass es den Türken etwas gerechter würde.

Wenn Sie sich anschauen - wir haben von Herrn Steinbach dazu einiges gehört - welche Handelswege, welche Möglichkeiten der Energieleitungen aus den Energiequellenländern im Mittelmeer bestehen könnten, wird Ihnen auch schnell klar, dass die Türkei da letztendlich unverzichtbar ist. Und wenn wir uns 10 Jahre zurückdenken in die Zeiten des Irakkrieges, dann war die Türkei gerade in dieser Zeit ein wichtiger und verlässlicher Partner des Bündnisses an der Südostflanke, das hat der Türkei nicht nur neue Freunde nicht gebracht, sondern das hat ja auch einen immensen Schaden gebracht. Denn im Anschluss an den Krieg wurde ja ein Embargo gegen den Irak verhängt. Viele der Güter die aus dem Irak Richtung Westen transportiert wurden, kamen durch die Türkei und türkische Wirtschaftswissenschaftler beziffern diesen Schaden durch die letzten 10 Jahre auf 60 - 80 Milliarden Dollar, die der Türkei an Einnahmen entgangen sind, aus dieser verlässlichen Rolle als Partner, der dieses Handelsembargo natürlich offiziell zumindestens halten wollte.

Wenn ich daran denke wie unsere Soldaten als sie während dieser Zeit in der Türkei Dienst tun sollten, um die Türkei vor einem Überfall Sadam Husseins ihrerseits zu schützen, doch sehr verwundert waren, dass das eine Aufgabe im Rahmen der NATO war. Ich komme aus Oldenburg, da lagen die Alphas die in Erharth stationiert waren, da habe ich noch ein Jahr später mit den Soldaten diskutiert warum denn der Bundestag nicht endlich das Grundgesetz geändert hat, damit sie doch nun zu Recht in Erharth der Türkei geholfen haben. Da musste man denen erst mal klar machen, die Türkei ist länger als wir in der NATO und wir haben die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, wenn ein Angriff droht, dort Schutz zu bieten. Das war etwas was hier von unseren Soldaten in Zeiten des Kalten Krieges gänzlich abhanden gekommen war, dass sie nicht nur uniformierte Verteidigungsbeamte waren, sondern im Zweifelsfall auch ernsthaft dahin mussten wo Gefahr drohte. Ich sage das deswegen, weil bis dahin die Türkei geradezu an den Rand gedrängt worden ist in unserer sicherheitspolitischen Diskussion und auch auf Grund dessen einiges an Revolution in den Köpfen auch bei unseren Militärs vorgehen musste.

Diese Brückenfunktion, wir nehmen diesen Ausdruck noch einmal, besteht natürlich insbesondere in Richtung der ehemaligen Turkrepubliken wo von der Sprache, von der Ethnie her Verwandte der Türkei zu finden waren. Die Türkei hat im Rahmen ihrer Möglichkeiten eine Menge an Einfluss auf diese Gebiete ausgeübt. Das fängt an vom Fernsehsystem, das an das türkische oder an das europäische angepasst wurde. Man hätte sich auch andere Lösungen vorstellen können. Ging hin bis zur Gleichberechtigung der lateinischen Schrift in vielen dieser Länder bis weiter dahin, dass die Türkei auch heute noch jedes Jahr Tausende von Studenten aus diesen Ländern östlich der Türkei auf Staatskosten in der Türkei ausbilden lässt um dann Partner zu haben, wenn es daran geht in diesen Ländern wirtschaftlich tätig zu sein. Damals in dieser Zeit des Golfkrieges war der türkische Ministerpräsident und spätere Staatspräsident Özal sehr euphorisch. Er hat zu Zeiten dieses Krieges ständig verkündet, die Türkei wird nach diesem Kriege stärker und wichtiger in der Region sein als sie dies heute ist. Meines Erachtens hat er das sehr undiplomatisch und ziemlich laut verkündet. Aber in der Tat ist es so, dass die Türkei seit dieser Zeit einen Rollenwechsel durchgemacht hat. War sie bis dato verlässlicher Partner im Rahmen unseres NATO-Bündnisses an der Südost Wettrecke dieses Bündnisses gegen die Sowjetunion, die damals ja praktisch als ein Block im Nordosten an die Türkei grenzte, war sie nun auf einmal der Mittler in diesen neu aufstrebenden Länder.

Ich glaube, diese Rolle wird auch wichtig sein, wenn es darum geht, in Afghanistan langfristig Frieden herzustellen. Die Türkei hat lange und gute Beziehungen zum alten Afghanistan gehabt. Viele der heute türkisch politischen Verantwortlichen kennen die in Afghanistan Handelnden, nicht nur Stammesführer, sondern auch die Verwaltungen sehr gut. Von daher ist es eigentlich eine natürliche Aufgabe der Türkei in Afghanistan nach Beendigung der kriegesischen Handlungen beim Aufbau ziviler Strukturen mitzuhelfen.

Es ist ja auch interessant, dass eine Situation wie wir sie in Deutschland hatten, sich ähnlich auch im türkischen Parlament abgespielt hat, als es darum ging, schicken wir nun Soldaten dahin oder schicken wir sie nicht dahin. Und es ging anders als in Deutschland nicht um 3.900 sondern um eine zweistellige Zahl um 90 Spezialkräfte. Da wurde im Parlament abgestimmt und die Regierungskoalition die aus den Sozialdemokraten von Ecevit sich zusammensetzt mit der Anapartei, der Mutterlandspartei unter dem Vorsitz von Gilmaz und der MEAP, das ist die etwas konservative rechte Partei, die kriegte ihre Mehrheit nur zustande weil sie 41 Stimmen aus der Opposition dazu bekommen hat, um 90 Soldaten nach Afghanistan zu schicken. Auch da eine leichte Verwandtschaft zu dem was wir in Deutschland erleben. Und es gab natürlich im Parlament eine lange Debatte. Sollen wir uns in Afghanistan engagieren oder nicht. Und viele derer die kritisch gegenüber einem türkischen Engagement in Afghanistan waren, haben so argumentiert. Wir sind muslimische Nachbarn, wenn wir uns in diese amerikanische Aktion, wie es bezeichnet wurde, hinein manövrieren, können wir diesen vertrauten Status als muslimische Nachbarn zu vielen Ländern östlich von uns nicht mehr aufrecht erhalten. Die anderen haben gesagt, wenn wir uns hier verweigern, können wir unsere Rolle als Mittler oder als politischer Akteur in Mittelasien auf Dauer verlieren. Und die Abstimmung ist dann so ausgefallen, wie ich es Ihnen gesagt habe. Interessant ist, dass die Mehrheit im Parlament nicht in der Bevölkerung vorhanden ist. Die jüngsten Umfragen aus der Türkei zeigen deutlich, dass 20 % der Türken bei Umfragen sagen, jawohl es ist richtig, dass da 90 Leute von uns sind. Aber 80 % der Meinung sind, dass dies eine Sache ist, die eigentlich nicht so gut ist.

Es hat sich, auch das darf man nicht vergessen, durch die Aktionen nach dem 11. September für die Türkei eine dramatische Änderung der außenpolitischen Situation ergeben, die bei uns häufig unter den Tisch fällt. Während früher, bis zum 11. September, die Türkei eigentlich der einzig verlässliche demokratische Partner gewesen ist, mit denen das NATO-Bündnis, mit denen die Amerikaner in dieser Region rechnen konnten, hat sich durch die intensivere Zusammenarbeit der Amerikaner mit Russland und übrigens auch Iran - Herr Steinbach hat gestern darüber gesprochen - eine Situation ergeben, dass durch diese strategische Allianz zwischen den Amerikanern, den Russen und möglicherweise auch denen im Iran, die Türkei in ihrer Bedeutung gemindert wird. Das ist eine Sache, die empfinden türkische Politiker sehr bedrohlich, weil ihre Solitärsituation in dieser Region auf einmal aufgebrochen wird. Sie haben ein bisschen Angst, dass sie von den Amerikanern aber auch von den Europäern vernachlässigt werden könnten, weil auf einmal natürlich der große Partner Russland und Moskau wichtiger ist und natürlich die neu aufflammende möglicherweise sogar vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Iran für die Amerikaner wichtiger sein könnte, als die alten bestehenden Bande. Sie fürchten, dass sie marginalisiert werden, wenn sie nach Osten schauen. Dazu kommt, das ist ein Thema, das wird uns auch gleich beschäftigen, dass sie in Europa weiter als echter Partner in der Europäischen Union nicht akzeptiert werden. Das heißt, nach Osten marginalisiert, nach Westen noch nicht akzeptiert. Dazwischen sehen viele türkische Politiker außenpolitisch eine dramatische Situation.

Lassen Sie uns deswegen einige Worte zum Thema Europa und die Türkei sagen. Das ist nun in der Tat eine unendliche Geschichte, möchte man sagen. Seit Atatürk sehnt sich jeder gebildete Türke nach Europa. Kein anderes Streben hat der Kemalismus und die kemalistisch geprägten Politiker heute auch. 1963 ist zwischen der damaligen europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Türkei ein Assoziationsabkommen abgeschlossen worden mit dem Ziel, die Türkei möglichst schnell zum Mitglied der Europäischen Union werden zu lassen. Walter Hallstein, der damals zuständig war, hat damals flammende Reden gehalten meint, und wer diese Reden heute nachliest meint, er sei in einem vollkommen fremden

Film. Die Türkei als natürlicher Partner Europas. Die Türkei als Sieger Europas. Die Türkei als der größte Freund Europas in Asien, die gehören einfach zu Europa dazu ist damals gesagt worden und seitdem gab es, das muss man deutlich sagen aus der Sicht der Türken, eine Menge Verträge, eine Menge Versprechen und vor allen Dingen aber auch eine Menge Enttäuschungen was die Einhaltung dieser Versprechen anging.

Es gab dann 1972 ein Zusatzabkommen zu dem Assoziationsvertrag. Es gab dann 1987 einen Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union, der allerdings dann abgelehnt wurde. Es gab dann 1995 die Zollunion, die am 1.1.1996 in Kraft getreten ist. Viele in Europa haben gedacht, damit müssten die Türken doch eigentlich zufrieden sein. Wobei sie verkannt haben, dass diese Zollunion keine milde Gabe Europas an die Türkei war, sondern umgekehrt eher für die Türken ein „Wernauer Geschenk“ war. Denn Zollunion heißt, dass jeder Staat, der über Grenzen Handel abwickelt, auf die bei ihm anfallenden Einnahmen aus den Zollgebühren verzichtet. Für die Türken hat das ab 1996 jedes Jahr 2-3 Milliarden Dollar weniger Einnahmen an Zoll gebracht wobei die Europäer ungehindert in die Türkei importieren konnten. Wir hatten dann den Gipfel in Luxemburg der Europäischen Gemeinschaft und damals ist gesagt worden, die Türken sollten doch einen Sonderstatus im Bezug zu Europa bekommen. Als wir dann in der Bundesrepublik einen Regierungswechsel bekamen, ist zugleich schon Wochen vorher deutlich geworden, dass die neue Regierung in Europa sich bemühen würde, die Türken langfristig als Mitglied zu akzeptieren. Interessanterweise hat Frau Schröder-Köpf damals, zwei Monate vor der Bundestagswahl in einem Interview mit einer türkischen Zeitung gesagt, sie halte die Türkeiipolitik von Kohl für absolut schlecht und ihr Mann würde, für den Fall dass er gewählt würde, alles besser machen. Ich glaube, das war für viele Türken auch ein ganz wichtiger Aspekt bei der Abgabe ihrer Stimme bei der Bundestagswahl.

Es hat sich allerdings in dieser Zeit in den 90er-Jahren auf europäischer Ebene auch ergeben, dass man sich Gedanken gemacht hat, wie kann eigentlich die Europäische Union erweitert werden, wen können wir gebrauchen, wen können wir nicht gebrauchen und man hat dann zwar versucht, in den sogenannten Kopenhagen-Kriterien klarzustellen wie das eigentlich funktionieren kann. Auch das muss man unseren türkischen Freunden immer wieder ins Gedächtnis rufen, was dort in den Kopenhagen-Kriterien vereinbart worden ist. In den Kopenhagen-Kriterien haben sich die europäischen Länder, die damals in der Europäischen Union versammelt waren, gesagt, wir können neue Mitglieder nur dann aufnehmen und ich will das jetzt mal zitieren „wenn sie eine stabile demokratische und rechtsstaatliche Ordnung haben, die die Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheit gewährleistet. 2. Punkt: Wir können nur Länder aufnehmen, die eine funktionsfähige Marktwirtschaft haben. 3. Punkt: Wir können nur Länder aufnehmen, die die Gewährleistung bieten, dass sie alle aus einer Mitgliedschaft erwachsenen Verpflichtungen auch wirklich übernehmen können. 4. Punkt: Es muss die Fähigkeit der Europäischen Union ihrerseits bestehen, diese neuen Mitgliedschaften wirklich verkraften zu können, ohne dass die Stoßkraft der Europäischen Union darunter leidet.“ Seit 1993 stehen diese Kriterien und werden nun ständig für alle Beitrittsaspiranten überprüft.

Die Diskussion in Deutschland, ob die Türkei Mitglied der europäischen Partei werden soll oder nicht, hat ja manchmal geradezu Kreuzzugcharakter angenommen. Am 4.03.1997 hat der ehemalige belgische Ministerpräsident nach einer Konferenz der konservativen Parteiführer Europas gesagt, die Türkei kann nie und nimmer Mitglied der Europäischen Union werden, das ist ja ein muslimisches Land und Europa ist doch von christlichen Werten geprägt, da können wir doch keine anders Gläubigen gebrauchen. Das hat viele Türken vor den Kopf gestoßen weil sie gesagt haben: was sollte dann 1963 der Assoziationsvertrag? Was wollen wir eigentlich in einem Wertebündnis wie der NATO wo doch auch viele christliche Länder zusammen sind und wir können eigentlich, wenn das das Kriterium sein soll, praktisch nichts machen, was uns zum Mitglied der Europäischen Union qualifiziert weil wir nun mal Muslime sind.

Das erinnert mich ein bisschen an eine Schrift von William Penn, Sie kennen William Penn als Namensgeber von Pennsylvanien, ein Philosoph und ein Staatsphilosoph, der hat 1693, die Türken waren gerade 10 Jahre von Wien verschwunden, ein Buch geschrieben, ein Büchlein muss man sagen, „An essey towards the present and future peace in Europa“. In

diesem Buch hat er wunderbar beschrieben wie eine mögliche Friedensordnung in Europa aussehen könnte, 1693! Er hat geschrieben welches Königreich, welches Herzogtum, welches Kaiserreich mit welchen Delegierten zu einer Versammlung kommen sollten und schrieb dann am Schluss zu dieser Betrachtung: Selbstverständlich müssten auch die Türken in dieser Völkerversammlung vertreten sein, wenn sie sich denn vorher taufen lassen. So dass also aus türkischer Sicht sich kaum etwas geändert hat seit 300/400 Jahren an der Diskussion, ob sie zu Europa gehören oder nicht. Und ich glaube, alle diese Kriterien, die auf Glaubensbasis beruhen, werden uns nicht weiter helfen. Wir müssen uns dazu durchringen, so schwer das manchem Deutschen fällt, der Politik häufig mit Romantik verwechselt, dass Außenpolitik eiskalte Interessenpolitik ist. Ich muss überlegen, wenn ich über die Situation der Türkei Betrachtungen anstelle, was ist im europäischen und was ist im deutschen Interesse?

Da sind die Amerikaner einen wesentlichen Schritt weiter, die das ziemlich deutlich praktizieren. Ich erinnere mich an ein Gespräch, ohne Geheimnisse zu verraten, als Madeleine Albright zum ersten Mal in Deutschland ihren „Antrittsbesuch“ bei Helmut Kohl gemacht hat, haben sie über Gott und die Welt gesprochen und am Schluss sagte Frau Albright fast im Aufstehen: „Ach und im übrigen, Herr Bundeskanzler, ist es Wunsch unserer Regierung, dass die Türkei möglichst bald Mitglied in der Europäischen Union wird“. Helmut Kohl hat dann in der ihm eigenen freundlichen Art gesagt: „Selbstverständlich gnädige Frau, das machen wir in dem Augenblick, wo sie den Zaun nach Mexiko niederreißen“. Da wird sehr deutlich, wie Interessenlagen betrachtet werden und wie man sie evtl. durchsetzt.

Ich will deutlich machen: für mich persönlich ist es ganz wichtig und es muss eigentlich für deutsche und europäische Politik wichtig sein, dass wir in der Türkei einen außenpolitisch handlungsfähigen Partner bekommen und einen innenpolitisch stabilen Partner bekommen. Denn für uns ist es extrem wichtig, dass die Türkei mithelfen kann, an der Bewältigung der Probleme, die sich aus ihrer geostrategischen Lage ergeben und das können sie eigentlich nur, wenn sie fest in Europa eingebunden ist, und deswegen müssen wir alles tun um die Türkei in einen Zustand zu setzen, dass sie das auch mit Unterstützung Europa gut kann. Ich glaube nicht, dass wir das Problem schnell lösen könnten indem wir sagen ihr werdet Mitglied in der Europäischen Union. Das glaube ich würde uns und die Türken übrigens auch, überfordern.

Aber, wir müssen eine deutliche - Herr Steinbach nannte das gestern Agenda - aufstellen, wie wir das denn weiter mit der Türkei handhaben wollen. Dieses ständige Hin und Her, dieser Wechsel zwischen Euphorie und Enttäuschung, der darf eigentlich so nicht weiter gehen. Wir brauchen den Weg, eine ganz spezielle Handlungsstrategie an Europa für die Türkei. Und lassen Sie mich das auch ziemlich offen sagen: die alte Regierung hat aus meiner Sicht zu wenig Phantasie entwickelt, während die neue Regierung viel zu eifrig ist und zu sehr vom Willen zum Erfolg beeinflusst ist. Dann passieren eben so Dinge wie nach dem Motto, ihr werdet in Helsinki zum Beitrittskandidaten ernannt; und ein halbes Jahr später: aber Panzer wollen wir euch bitte nicht liefern, dazu seid ihr uns nicht zuverlässig genug. Das muss natürlich die Türken in ein Wechselbad der Gefühle stürzen und hilft uns auch nicht weiter. Ich glaube, ganz wichtig ist bei dieser Diskussion auch, dass wir die Menschen in Deutschland und in Europa und übrigens auch in der Türkei auf diesem Wege mitnehmen. Ich finde man muss da schon mal fragen ob die Menschen in unserem Lande und in Europa sich eine Europäische Union vorstellen können die auf einmal Außengrenzen mit dem Iran, Irak und mit Syrien hat. Man muss dann vielleicht auch mal fragen, ob es klug ist, ein Land mit dem zwar etwas gesunkenen aber immer noch stärksten Bevölkerungswachstum in Europa, aufzunehmen. Man muss dann natürlich auch fragen, wie ist das mit der Freizügigkeit, die ja eng verbunden ist mit der Frage einer EU-Mitgliedschaft. Dies ist eine Situation, die ist für Deutschland anders als für andere europäische Länder zu beurteilen. Bei uns leben ungefähr 2,1 Mio Türken. Die Zahl geht etwas zurück. Weil viele derer, die bei den 2,1 Mio waren, mittlerweile einen deutschen Pass haben, deshalb hat man das Gefühl die türkischstämmigen würden weniger. Aber das stimmt nicht, aber die haben natürlich eine gewisse Sogwirkung für Verwandte, Bekannte nach Deutschland zu kommen, das müssen wir wissen. Wenn wir diese Diskussion führen, dürfen wir dieses Problem nicht wegdrücken, son-

dem müssen es offen ansprechen. Ich glaube wir sind schlecht beraten, wenn wir die aktuelle Diskussion auf eine Vollmitgliedschaft der Türkei verengen wollten, auf eine schnelle Mitgliedschaft verengen wollten. Wir müssen auch mit unseren türkischen Freunden sprechen, ob ihnen, die ja mit einem ziemlich starken Nationalbewusstsein ausgestattet sind, ob ihnen eigentlich wirklich klar ist, wieviel staatliche Souveränität sie in Brüssel, in Straßburg oder Luxemburg auf einmal abzugeben hätten. Ob ihnen eigentlich wirklich klar ist, dass der Treckersitz des Bauern in Anatolien in Zukunft Brüssel-genormt wird und nicht irgendwo in der Türkei. Ich glaube, wir müssen uns, wenn wir über Europa sprechen, ohnehin unabhängig von der Türkei mehr Gedanken machen als bisher, was eigentlich Europa zu bedeuten hat und dann zu überlegen: wer gehört dazu oder nicht?

Als am 11./12.12.1999 in Helsinki die Staatschefs zusammen gesessen haben und gesagt haben, wir wollen von 15 auf 27 plus 1 die Türkei uns erweitern, ist das m. E. ohne eine orientierte Debatte über Europa passiert. Man hat Abschied genommen von dem Versuch, eine europäische Identität zu schaffen, zumindest den Rahmen dieser Identität zu skizzieren. Ich bin aber fest davon überzeugt, dass politische Systeme, wenn sie denn handlungsfähig und stabil bleiben wollen, einen Konsens brauchen. Sie brauchen einen Konsens über den Zweck, über die Richtung und über die Ausgestaltung dieses Bündnisses. Sie müssen wissen, dass Europa, wenn es denn kommt 15 Richtung 27 + 1 Türkei ein gänzlich neues Gesicht haben wird und wir wären politisch höchst unklug, wenn wir uns nicht vorher darüber Gedanken machen wollten, wie dieses Gesicht aussehen sollte.

Natürlich war es aus Sicht der Türken gut, dass diese Heuchelei seit 1963 Assoziationsvertrag, ob die Türken dazugehören oder nicht, nun endlich zumindest einen Schritt weit eliminiert war. Bis dahin hieß es ja sie sind nicht christlich, da gibt es demokratische Probleme, da gibt's Menschenrechtsprobleme, da gibt's Probleme mit dem Militär, da gibt's Probleme mit dem Arbeitsmarkt in Europa immer wieder wurde wie beim Hund das Stöckchen ein bisschen höher gehalten, wenn er gerade das erste geschafft hatte. Das war unwürdig für die Türkei.

Aber ob und wie die Türkei Mitglied der Europäischen Union werden kann das finde ich, sollten wir von verschiedenen Seiten diskutieren. Dieser Beschluss in Helsinki war aus meiner Sicht nicht besonders klug. Er ist von anderen Aspekten beeinflusst worden als von dem Aspekt, wie wird Europa langfristig aussehen. Er kam natürlich auf Druck der Vereinigten Staaten zustande, die die Türkei in Europa nicht nur in der NATO sondern auch in der Europäischen Union integriert sehen wollte. Er kam natürlich auch zustande, weil man die Situation auf dem Balkan vor Augen hatte. Dort konnte man Westeuropa auf der einen Seite und im Südosten die Türkei als zwei Stabilitätsblöcke zu einer Einrahmung der Krisenzone Balkan sehen und auch das sollten wir nicht wegdiskutieren. Er kam sicher auch zustande, weil die Griechen etwas weniger auf ihrem Veto, was sie sonst in solchen Fällen auszuüben pflegten, bestanden haben, weil eine emotionale Situation durch das gerade in der Türkei stattgefundene Erdbeben da war, die es geradezu verbot, den Türken in dieser innenpolitisch so schwierigen Situation außenpolitisch noch eine aufs Haupt zu geben.

Aber alle diese Überlegungen haben mit dem Ergebnis einer Rezession über die Zukunft Europas nichts zu tun. Das ist aus meiner Sicht der entscheidende Fehler, der in Helsinki gemacht wurde und das ist aus meiner Sicht auch der Fehler, der jetzt bei der Diskussion über die europäischen Gremien gemacht wird und deshalb sage ich, das müssen wir nachholen, weil wir sonst an der Bevölkerung vorbei an den Interessen Deutschlands und Europas vorbei die Erweiterungsdiskussion führen.

Wir haben gerade jetzt vor einer Woche den neuen Bericht bekommen. Die Europäische Union überprüft ja jedes Jahr die Beitrittskandidatenländer über die Situation in dem Land, ob sie den Kriterien der Europäischen Union in verschiedenen Bereichen entsprechen. Der Bericht über die Türkei ist gekommen, er sagt, einiges ist passiert, jawohl zu wenig, auch zugestanden. Aber er sieht die Türkei auf einem richtigen Wege nach Europa, was die politische Diskussion angeht und vor allen Dingen was für Europa auch nicht unwichtig ist, was die wirtschaftliche Situation angeht. Es gibt allerdings einige verschiedene Kritikpunkte und einige verschiedene Sorgenpunkte, die wir mit der Türkei im Augenblick noch haben. Und wenn die Türkei Stabilitätsanker werden soll und kein Risikofaktor, dann müssen wir uns

diese Berichte über die Fortschritte sehr präzise anschauen und wir müssen überlegen wie wir reagieren wollen. Ich sage eines ganz deutlich: ob die Türkei Stabilitätsanker wird oder Risikofaktor das hängt nicht nur von der Türkei ab. Das hängt auch von der Art und Weise ab, wie wir mit der Türkei umgehen. Das hängt auch von der Art und Weise ab, wie wir die Probleme der Türkei sehen, ob wir uns bemühen sie zu verstehen oder ob wir uns in eifertigen, voreiligen Vorurteilen erschöpfen wollen.

Ich habe das eben schon in einem Nebensatz gesagt, Deutschland hat häufig, so auch im Außenpolitischen die Tendenz, romantische Aspekte in die Politik einzuführen und die fetten Fragen dagegen zurückzustellen. Ich warne davor, wir müssen natürlich an den Dingen in der Türkei, die nicht dem Europastandard entsprechen, konstruktive Kritik üben. Aber wenn wir uns in der Rolle des Oberlehrers, wie Deutsche das häufig ja so gerne machen, nur alleine gefallen, werden wir deutschen Interessen nicht gerecht.

Wenn wir die Problemlagen betrachten, die mit der Türkei und in der Türkei im Augenblick bestehen, dann will ich einige herausgreifen, weil sie sicher aus militärischen Gesichtspunkten nicht unwichtig sind.

- Nun begrüßen wir Rainer Arnold aus dem Bundestag. -

Ich will jetzt ein Thema ansprechen, das wir gestern mit Herrn Steinbach schon angesprochen haben, zu der Frage kam es: wie ist das eigentlich mit dem türkisch griechischen Verhältnis? Für mich ist faszinierend, dass der heutige türkische Ministerpräsident Ecevit in seiner Zeit, bevor er in Spitzenämtern in der Politik aufgestiegen ist, Lyriker war. Das ist eine Situation die vielen bei uns unbekannt ist. Er hat wunderbare Gedichte geschrieben auch über türkisch-griechische Zusammenarbeit und über den Frieden in der Ägäis. Einige nicken, die kennen diese Gedichte, man könnte sie fast stundenlang zitieren, so dass eigentlich auf beiden Seiten der Ägäis den Menschen klar ist, auch das kommt in diesen Gedichten immer zum Ausdruck: eigentlich gehören wir zusammen, wir sind nur durch das Schicksal der Geschichte geteilte Brüder.

Was gibt es nun in dieser Ägäis, was gibt es zwischen den Türken und den Griechen an Problemen? Im Prinzip sind es vier Streitfragen, die für die Türken und Griechen sehr wichtig sind. Da geht es zum einen um die Festlegung des Festlandsockels, zum anderen die Frage der Ausdehnung der Territorialgewässer. Dann die Grenze und Kontrolle des Luftraums in ziviler und militärischer Hinsicht und dann als viertes die Frage der Militarisierung der ost-ägäischen Inseln. Griechenland möchte die Frage des Festlandsockels zumindest beim internationalen Gericht klären lassen, die Türken wollen diese Dinge alle mit den Griechen auf politischer Basis regeln.

Ich glaube, jetzt habe ich keine Karte von der Ägäis dabei. Wenn wir uns die Ägäis vor Augen führen, dann wird klar, wenn die Griechen ihre, um die Griechischen Inseln liegenden Hoheitsgewässer von 6 auf 12 Seemeilen ausdehnen wollen, käme kein Schiff mehr, ohne durch griechisches Hoheitsgewässer zu fahren, nach Istanbul. Das kann aus türkischer Sicht praktisch nicht so sein. Wenn aus griechischer Sicht die Lufthoheit um diese Festlandsockel auf 12 Seemeilen aufgestockt wird, könnte kein Flugzeug mehr den Luftraum passieren ohne in griechisches Hoheitsgebiet zu kommen. Bei dem Luftraum hat Griechenland schon 10 Seemeilen festgelegt 1931, in Hoheitsgewässern ist das bei 16 Meilen im Augenblick noch. Die Militarisierung der vier Inseln um die es geht, Lesbos, Keos, Samos und Vicaria, die eigentlich entmilitarisiert sein sollten, sind von den Griechen entgegen den internationalen Verträgen militarisiert worden mit Hinweis auf die türkische, nicht der NATO unterstellte Ägäis-Armee und da gab es in den letzten Jahren, in den letzten Jahrzehnten zunehmend Probleme. Wobei ich sehr deutlich sagen muss, diese Probleme gingen selten von den Militärs aus. Diese Probleme gingen häufig genug von Politikerinnen und Politikern aus und von Journalisten und Leuten, die Interesse am Streit zwischen Griechenland und der Türkei hatten.

Ich möchte feststellen: im Gegenteil, eher die Militärs haben, weil sie als einzige wahrscheinlich wissen was Krieg wirklich bedeutet, eine beruhigende Funktion in diesen Bereichen gehabt. Der türkische Generalstabschef ist vor drei Jahren zum ersten mal beim griechischen

Ü^ä Á | ÄÖ [\ ^ } caä } Ä ES [] * ! ^ • •

Nationalfeiertag aufgetreten hat dort eine Rede gehalten, hat den Leuten dort gesagt, es macht keinen Sinn, dass wir uns wegen dieser Sachen hier in eine Situation begeben, die u. U. militärisch enden könnte. Der türkische Marineoberbefehlshaber hat nun auch sehr deutlich mit seinem griechischen Kollegen ausgemacht, wie man eigentlich im ständigen Kontakt mit dem Kollegen auf der jeweils anderen Seite Problemfälle vermeiden kann.

Ich glaube, der neue, 1999 inthronisierte griechische Außenminister Papandreu und der türkische Außenminister Jen sind mittlerweile soweit, dass sie eine Basis gefunden haben, nicht auf der man die Probleme lösen kann, das will ich jetzt nicht an die Wand malen, zumindest auf der man über diese Probleme sprechen kann. Der griechische Außenminister hat das so ausgedrückt: wir haben die Tür zum Dialog aufgemacht aber die Probleme sind noch nicht geöffnet. Aber genau dieser Dialog ist sehr wichtig.

Dabei darf man nicht vergessen, dass diese Probleme häufig genug auch emotionaler und politischer Art sind. Ich bin oft genug gewesen in Ankara und in Athen und habe im Verteidigungsministerium oder mit den Kollegen aus dem jeweiligen Verteidigungsausschuss gesprochen.

In Ankara wird das Thema Griechenland praktisch überhaupt nicht erwähnt. Aber wenn sie in Athen landen, wird einem schon auf dem Weg zum Ministerium erklärt, man befürchte eigentlich übermorgen eine türkische Invasion. Von den politischen Kollegen, nicht von den militärischen Kollegen. Diese Bedrohungssituation, die bei den Politikern in Griechenland vorhanden ist, ist aus meiner Sicht atemberaubend und ist überhaupt nicht durch das gedeckt was in der Türkei militärisch passiert.

Allerdings muss man sich aber auch eines vor Augen führen: direkt an der Grenze zu Griechenland liegt die Stadt Istanbul und Istanbul wächst jedes Jahr um 500. 000 Einwohner und ist jetzt schon gut über 10 Mio.. Ganz Griechenland hat nur 10 Mio. Einwohner. Dass da natürlich bei einigen die Zeit auf einmal sich im Kopf zurückdreht ans osmanische Reich und dass man von daher u. U. Sorgen haben könnte, wie wird das eigentlich, das glaube ich, kann man fast verstehen.

Wir sollten uns bemühen diesen Prozess im Rahmen der NATO zu unterstützen, dass die Gespräche zustande kommen und dass man versucht in eine Situation zu kommen in der man dieses alles vernünftig regelt.

Ich will jetzt mit meinem Beitrag Schluss machen; nicht ohne Sie zu ermuntern einiges nachzufragen. Ich habe viele Dinge gar nicht angesprochen weil das in dieser Zeit nicht möglich war. Aber wir wollen ja im Zeitrahmen bleiben, Herr Vorsitzender und deswegen mache ich jetzt Schluss und bedanke mich, dass Sie so aufmerksam zugehört haben.

Die humanitäre Intervention - eine neue Kategorie politischer Aktionen?

Rainer Arnold
MdB, SPD



Abschrift nach Bandaufzeichnung - es gilt das gesprochene Wort

Sehr verehrte Damen und Herren!

Sicherheitspolitik hat ja gerade Konjunktur. Um so mehr freue ich mich heute bei Ihnen sein zu können, bei einer Tagung, die nicht weil es Mode ist stattfindet, sondern die sich bereits zum achten mal mit langfristigen Strategien, langfristigen Konzepten der Außen- und Sicherheitspolitik beschäftigt. In sofern ist es schon eine Ehre für mich heute bei Ihnen Gast sein zu können und ehe ein Sozialdemokrat über die Frage humanitärer Intervention redet, muss er natürlich daran erinnern, dass vor der Intervention in unserer Partei und unserer Politik etwas anderes steht. So sind wir stolz darauf, dass wir in den letzten Jahren zunächst einmal ein Gesamtkonzept entwickelt haben zur Prävention. Ich nenne hier nur ein paar Stichworte dafür, damit dies nicht unter den Tisch fällt. Es gibt inzwischen einen Beauftragten der Bundesregierung, der im Auswärtigen Amt zusammen mit dem Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit präventive Maßnahmen koordiniert und steuert. Wir haben die Mittel zur Forschung, auch für die Friedensforschung und für die Prävention auf knapp 30 Mio. erhöht und das Allerwichtigste, im Auswärtigen Amt werden derzeit zwischen 500 und 600 ziviles Friedenspersonal ausgebildet, die also im Vorfeld mitten in Krisen in Länder gehen können, mit einer hohen Qualifikation dort auch vermittelnde Tätigkeiten aus allen Berufssparten ausüben können. Es waren auch die Deutschen, die in diesem gemeinsamen Prozess der Außen- und Sicherheitspolitik darauf gedrängt haben, dass wir nicht nur das Kontingent der europäischen Soldaten bereit halten, sondern dass es genau so wichtig ist, 5.000 Polizisten auf europäischer Ebene zu organisieren. Ich möchte es mit diesen Beispielen bewenden lassen, halte es aber für wichtig, dass dies immer zuerst steht, bevor man über Interventionen redet.

Im Hinblick auf die Vereinten Nationen möchte ich das Thema Interventionen beginnen. Die UN Charta knüpft ja an den Vertrag über die Ächtung des Krieges aus dem Jahr 1928 an und dort wurde ein offener Verzicht auf Krieg als Mittel der nationalen Politik deutlich ausgesprochen. Davon gibt es eigentlich nur zwei Ausnahmen. Jeder Staat hatte natürlich das Recht zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung gegen einen bewaffneten Angriff nach Artikel 51 der Charta oder der Sicherheitsrat hat das Recht militärische Mittel zur Wiederherstellung des Weltfriedens einzusetzen nach Artikel 42. Dazu muss der Sicherheitsrat vorher eine Bedrohung oder einen Bruch des Friedens feststellen. Der Sicherheitsrat kann auch, das haben wir erlebt in den letzten Jahren, regionale Organisationen zur Durchsetzung und Wiederherstellung des Weltfriedens einsetzen. Dies gilt z. B. für die USZE aber auch die NATO wird regionale Organisationen einsetzen.

Nun hört sich das alles ja gut an wir hätten eigentlich auch das völkerrechtliche Instrumentarium, humanitäre militärische Interventionen durchführen zu können. Aber die Wahrheit ist natürlich eine andere. Das Recht und die politischen und militärischen Möglichkeiten der Vereinten Nationen klaffen natürlich weit auseinander.

Realistisch ist, zur Durchsetzung bedarf es nationalstaatlicher Armeen und wenn man genau schaut, wissen wir natürlich, dass die Durchsetzung in der jetzigen Konstellation letztendlich nur zusammen mit den Vereinigten Staaten und mit NATO Partnern in der Welt erfolgen kann. Dies bedeutet letztendlich dass Zwangsmaßnahmen nur möglich sind, wenn die Mitglieder des Sicherheitsrates und der Vereinten Nationen selbst wollen und bereit sind ihre eigenen Fähigkeiten zur Verfügung zu stellen. Das heißt dann auch, dass der Sicherheitsrat in seiner jetzigen Zusammensetzung natürlich hier auch machtpolitisches Instrument ist.

So ist es ja auch in der Nachkriegsära entwickelt und gewachsen. Und wenn wir genau hinschauen was passiert ist in den letzten 50 Jahren, war es natürlich immer so, dass der Sicherheitsrat bei der Frage wird interveniert in erster Linie ideologische Fragen mit berücksichtigt hat. Dass machtpolitische Blockaden viele notwendige Einsätze letztendlich verhindert haben.

Ich erinnere eigentlich mit Schrecken an die Situation in Kambodscha, in Ruanda, wo es eben nicht möglich war durch das Vetorecht zu intervenieren. Wo die Völkergemeinschaft zugeschaut hat, wie hunderttausendfacher Völkermord passiert ist. Ich denke dies kann nicht der Weg der Zukunft sein und deshalb diskutieren ja die Experten seit Jahren für ein anderes Instrumentarium, nämlich das Recht auf Nothilfe. Es ist ja für uns innerhalb der Staaten ein völlig anerkanntes auch rechtliches Prinzip dass eine rechtswidrige Tat im Sinne einer Güterabwägung auch begegnet werden kann und das Recht darf dann auch mal gebrochen werden um anderes Morden zu stoppen. Auf die Völkergemeinschaft übertragen bedeutet diese Notsituation, dass eine kollektive Nothilfe möglich sein muss und

auch völkerrechtlich möglich ist bei schwerem Verstoß gegen die Menschenrechte, also bei Völkermord. Und es geht schon darum, dass dieses überragende Rechtsgut geschützt werden kann, geschützt werden muss, notfalls auch ohne Mandat des VN-Sicherheitsrates.

Ich werde in Diskussionen ja auch in meiner Partei in den letzten Jahren immer wieder gefragt, der Kosovo war also eigentlich völkerrechtswidrig. Viele sagen ja sogar das war ein Angriffskrieg. Unser Grundgesetz, das wissen wir hier alle, wird ein Angriffskrieg natürlich nach Artikel 26 hart und deutlich verbieten. Die Antwort ist eine klare, Angriffskrieg setzt eigentlich imperiale Ziele voraus. Angriffskrieg würde das friedliche Zusammenleben der Völker ja letztendlich zerstören und genau das Gegenteil war beim Kosovo auch der Fall. Es ging ja darum Frieden und Menschenrechten wieder Geltung zu verschaffen und insofern war der Kosovokrieg auch in diesem Sinne des weiter entwickelten Völkerrechtes ein Einsatz der auch mit Nothilfe völkerrechtlich legitimiert werden kann. Wir haben also das Recht auf humanitäre Interventionen.

Dürfen aber den Blick vor den kritischen Fragen dabei nicht verschließen. Es wäre schlimm und schwierig wenn jeder einzelne Staat zum beliebigen Zeitpunkt definieren könnte, wann man humanitär interveniert. Deshalb ist es wichtig, dass so was nur akzeptiert wird, wenn demokratische Staaten gemeinsam zu solchen Entscheidungen und zu solchen Durchsetzungen kommen. Natürlich setzt militärische Intervention das Souveränitätsprinzip einzelner Staaten aus und in sofern hat dieses Prinzip der Nothilfe schon eine neue Ebene, neue Qualität des Völkergewohnheitsrechtes geschaffen und ich kann sehr gut verstehen, dass vor allem die Länder in der Dritten Welt diese Diskussion sehr, sehr kritisch verfolgen, weil sie natürlich wissen, dass es immer die Starken sein werden, die das möglicherweise gegen ihre Interessen, gegen ihre innenpolitischen Schwierigkeiten durchsetzen und sie wissen natürlich wie strukturell ungleich die Welt in diesen Bereichen ist und eigentlich ist für viele Länder in der Dritten Welt angesichts der Tatsache dass sie bei der Frage der Globalisierung eher auf der Verliererseite stehen.

Eigentliche staatliche Souveränität das letzte, ein sehr, sehr hohes Gut auf das sie natürlich ganz genau achten. Ich denke wir müssen alle sehr sensibel mit dieser Frage umgehen und diese humanitäre Intervention ist deshalb auch zweifach asymmetrisch. Es ist dieses Machtgefälle. Die finden uns gelegentlich als diesen Big Brother und es ist eben nicht so dass so ein Krieg zwei Staaten betrifft wie ein herkömmlicher Krieg sondern die Intervention betrifft in erster Linie den Zielstaat. Die anderen Konfliktpartner haben allenfalls Kosten und komplizierte innenpolitische Diskussionen. Aber das Leid und die Tragik ist bei den Zielstaaten.

Eigentlich müsste man natürlich deshalb in den Vereinten Nationen nach der Beendigung des Kalten Krieges neu nachdenken, weg kommen von der alten Idee des Sicherheitsrats, die darin bestand, die Großen brauchen das Vetorecht damit eigentlich gerade Vormacht und Übermacht einzelner Staaten verhindert werden kann. Dies passt nicht mehr in unser heutiges Gefüge. Die Gründung der UNO das war eine Antwort auf die Weltkriege vor allen Dingen in Europa auf die Kriege zwischen Nationalstaaten. Die neuen Herausforderungen einer globalen Innenpolitik konnten damals nicht gesehen werden. Die neuen Herausforderungen einer globalen Geltung für Menschenrechte, die auch die Souveränität der Nationalstaaten bei schwerwiegenden Verletzungen in Frage stellen kann.

Die Vereinten Nationen haben 1977 damit begonnen über diesen Prozess zumindest nachzudenken. Haben auch ein paar praktische Schritte gemacht, ich nenne als Beispiel den Kampf gegen die Apartheid in Südafrika wo die UNO zumindest mal ein deutliches Waffenembargo ausgesprochen hat. Die heutige Realität ist, dass diese alten Szenarien der Konflikte zwischen Staaten eher unwahrscheinlich sind, aber dass die Sorgen ethnischer Minderheiten, Unterdrückung, Vertreibung, eher zunehmen auf der Welt.

Die Vereinten Nationen können also militärische Zwangsmaßnahmen nach Kapitel 7 einleiten und doch Interventionen bejahen, wenn nicht mal die Mindeststandards der Menschenrechte eingehalten werden. Die Mindeststandards sind eine sehr hohe Schwelle, es geht letztlich um schwerwiegende Menschheitsverbrechen bis hin zum Genozid. Das ist dann ohne Mandat der VN geschehen.

Wir haben beim Kosovo keinen gehabt. Ich hab schon begründet, ich bin der Meinung es war dort auch völkerrechtlich legitim. Die Weltgemeinschaft, die Vereinigten Staaten, die Engländer sind aber auch beim Irak eingeschritten. Die Vereinten Nationen haben den Weltfrieden gefährdet gesehen. Also sie haben niemandem ein Mandat dafür erteilt. Ich bin der Auffassung es war Nothilfe. Wenn z. B. im Irak für die erbärmlich verfolgten Kurden eine Schutzzone auch militärisch durchgesetzt wurde. Es war auch in Afrika schon so eine Situation da, als z. B. in Liberia die regionale Organisation der westafrikanischen Staaten interveniert

hat und die Vereinten Nationen erst im nach hinein entsprechende Beschlüsse gefasst hat. Mit Zustimmung des Sicherheitsrates lief es in Bosnien, lief es in Somalia, dort militärisch wohl eher halbherzig. Diese Beispiele zeigen. Wir sind eigentlich schon bei dieser Diskussion in einem Zielkonflikt.

Das Gewaltmonopol der Völker würde eigentlich zunächst einmal voraussetzen, dass alle Staaten die Völkerrechtsordnung respektieren und Völkermord verhindern und ggf. bereit sind gemeinsam zu intervenieren. Weil dieser Zielkonflikt besteht, halte ich es für sehr wichtig, dass wir gemeinsam darüber nachdenken, welche Kriterien müssen eigentlich für diese Nothilfe zukünftig für die Völkergemeinschaft entwickelt und formuliert werden. Das erste ist, es kann nur dann passieren wenn schwerwiegende Verletzungen wie Völkermord andauernd andauern oder unmittelbar bevorstehen. Das zweite ist: selbstverständlich müssen alle anderen Lösungsmöglichkeiten, vor allen Dingen die diplomatischen, erschöpft sein. Sie müssen auch versucht worden sein. Wenn wir das Kosovo noch mal ins Gedächtnis rufen, wissen wir, was hier monatelang auf diplomatischem Weg zunächst mal angegangen wurde bis hin zu den Außenministern, die wenige Stunden vor dem Krieg noch versucht hatten Krieg zu vermeiden. Die dritte Einschränkung müsste sein, die Völkergemeinschaft darf nur dann eingreifen, wenn die Vereinten Nationen oder eine regionale Organisation dies nicht leisten kann. Die vierte: Intervention darf ausschließlich zur Erfüllung humanitärer Ziele dienen. Das heißt sie braucht eine minimale Dauer und es darf auch nur minimale Gewalt angewendet werden. Selbstverständlich gehört dazu, dass der Sicherheitsrat ständig einbezogen und informiert wird. Das fünfte ist, wir wünschen uns sehr, dass die Verbrecher, die Kriegsverbrecher, die dieses Völkermorden verantworten vor einem internationalen Gerichtshof gestellt werden. Ich hoffe schon auch, dass die Vereinigten Staaten sich möglicherweise in dieser Frage noch ein Stück weit bewegen werden. Das sechste ist, Intervention wird oft falsch verstanden. So nach dem Motto, Politik hat versagt, nun muss man militärisch eingreifen. Dies wäre der falsche Ansatz. Militärische Interventionen sind nur dann legitim wenn sie gleichzeitig auch ein Modul einer politischen Lösung sind. Das heißt, dieser nachpolitische Prozess in den Regionen ist natürlich parallel schon zu organisieren und er bietet erst die Basis und das Recht zur militärischen Intervention.

Wir wissen auch, bei diesen sechs Punkten sind parallel immer auch ethische Fragen zu diskutieren. Am allerwichtigsten selbstverständlich die Frage nach der Verhältnismäßigkeit der Mittel. Es darf nicht sein, dass der durch die Intervention bewirkte Schaden für die Menschen und für das Land letztlich so groß ist, dass es das eigentlich gute Ziel zum Schluss übersteigt. Es darf nicht sein, dass gleiches oder größeres Leid und Unrecht durch die militärische Intervention verursacht wird.

Zunächst bleibt eine kritische Frage auch in der aktuellen Diskussion: Können Staaten wirklich humanitär intervenieren, wenn sie selbst diejenigen jahrelang unterstützt haben, die jetzt die Massaker auslösen. Denke, darüber müssen manche in der augenblicklichen Außen- und Sicherheitspolitik auch mit nachdenken. Es ist auch die Frage, wann wird interveniert. Es gibt in jedem Jahr auf der Erde ca. 1 Million Tote in ethnischen bürgerkriegsähnlichen Konflikten. Ich werde gelegentlich gefragt, gibt es bei Euch Tote erster und Tote zweiter Klasse. Warum schaut Ihr bei dieser Million einfach zu und wenn in den Vereinigten Staaten oder bei euch im Westen irgendwo ein tragisches Leid passiert, dann seid ihr der Meinung, erst dann, muss man intervenieren. Ich denke, diese Frage wird uns zu schwierigeren Antworten zukünftig zwingen. Es kann nicht darum gehen, dass es Tote erster und zweiter Klasse gibt. Wenn wir das ernst nehmen, was wir heute diskutieren, dürfen wir bei Ruanda und in ähnlichen Situationen nie mehr zuschauen mit allen Konsequenzen die dies auch für die Streitkräfte in Europa haben kann und haben wird.

Wann soll interveniert werden, es ist meine letzte Frage die ich zu stellen haben werden. Es gibt ja unterschiedliche Szenarien die im Bürgerkrieg durchbrochen werden kann und schnellen Sieg einer Seite, möglicherweise auch durch Unterstützung der einen Seite. Das kann der einfachere und bessere Weg sein unter Umständen militärisch. Der zweite Weg wäre aber, der Sturz durch die Intervention. Der dritte Weg ist das Ausbluten eines Bürgerkrieges. Langes Zuschauen führt möglicherweise auch zu einem Ende. Ich denke die Erfahrung in den letzten 10 Jahren hat folgendes gezeigt. Wenn zu lange gewartet wird, steigt der Hass in den Gesellschaften und der Riss durch die Gesellschaften der sich so tief eingefressen hat, ist so groß, dass es Generationen dauern wird, um diesen Hass zu überwinden. Das heißt auch die Frage, wann ist der richtige und korrekte Zeitpunkt um humanitär militärisch zu intervenieren muss natürlich zunächst mit Bedacht und mitdiskutiert werden.

Gestatten Sie mir zum Schluss noch einige Gedanken zur aktuellen Situation. Viele sagen ja, dieser 11. September hat die Welt verändert. Und natürlich hat er die Welt verändert, weil wir alle gemerkt haben, wie dünn das Eis unserer hoch industrialisierten Gesellschaft eigentlich ist, wie dünn das Eis ist auf dem wir gehen. Ich füge aber hinzu, ich hoffe auch, dass dieser 11. September die Welt verändert hat. Und es hat was mit unserem heutigen Thema zu tun, ich hoffe nämlich schon, dass Konsequenzen in der Außen- und

Sicherheitspolitik gezogen werden, dazu würde z. B. gehören, dass die Vereinten Nationen wirklich gestärkt werden. Dazu würde gehören, dass die Vereinigten Staaten darüber nachdenken, welche Rolle die Völkergemeinschaft hat, dass sie auch ihre Schulden zahlen. Dazu gehört aber auch vor allen Dingen, dass konsequentere Schritte im Bereich der Abrüstung und Nichtverbreitung von Waffensystemen gegeben wird. Wir werden bei aller Solidarität mit den Vereinten Nationen die richtig und wichtig ist, hier auch kritische Diskussionen zu führen haben wenn es um Kleinwaffen, wenn es um Antipersonenminen, vor allen Dingen wenn es um Verifikationsregelungen im Bereich der Biologiewaffenkonvention geht. Alles Diskussionen die nach dem 11. September eine neue Dynamik erhalten müssen.

Ebenso natürlich das schwierige Feld im Nahen Osten, das schwere Feld der Prävention der Friedensdienste und ich glaube auch es hat sich hoffentlich verändert, dass wir ernsthaft eine geistige, eine kulturelle Auseinandersetzung mit dem Islam suchen. Im Dialog, nicht von oben herab. Aber die Auseinandersetzung muss auch geführt werden. Es macht auch keinen Sinn, wenn wir die Augen verschließen vor Intoleranz, wenn wir die Augen verschließen, dass unter dem Deckmantel der Religion rechtsfreie Räume, auch in unseren Gesellschaften geschaffen werden. Dies alles sind Veränderungen in denen auch Chancen liegen aus meiner Sicht, nach dem 11. September. Wohl wissend, dass diese Prozesse den Terror nicht verhindern werden. Sie können aber die Basis schmälern, und die Basis ein Stück weit entziehen.

Dann können wir sehr ehrlich und offen über das reden was ich im politischen Berlin in der letzten Woche erlebt habe. Ich bin ja neu in dem Verteidigungsausschuss und ich hatte mir nie vorgestellt vor drei Jahren, dass ich dort fünf eigentlich sehr existenzielle Entscheidungen für unsere Gesellschaft in der Frage Auslandseinsätze mit treffen würde. Viele in unserer alten Republik sind ja relativ gut gefahren indem sie sich nie angesprochen gefühlt haben, wenn über militärische Mittel in Europa zur Prävention und zur Friedenssicherung und zur Friedensschaffung diskutiert wurde. Ich denke, wir haben ein Stück weit auch in meiner Partei, ich rede nicht von den „Grünen“, die müssen heute ihre eigenen Probleme selbst regeln, es ist deren Frage. Wir haben ein Stück weit in meiner Partei die Erfahrung gemacht, die uns Schumacher schon in den fünfziger Jahren gesagt hat: „Nichts ist lehrreicher als die Wirklichkeit“. Und wir leben ja zum Glück in einer sehr friedliebenden Gesellschaft und ich denke wir haben in den letzten Wochen sehr konsequent und hart ausgetragen, ausdiskutiert, welche Verantwortung hat Deutschland in Zukunft in diesem Europa zu tragen. Eine Verantwortung die unserem Bedürfnis nach Mitsprache entsprechen muss. Wir wollen mitreden am Tisch der Außenpolitiker, die aber auch unserem wirtschaftlichen ökonomischen Gewicht in Europa entsprechen muss. Und ich bin sehr froh, dass der Bundesparteitag Sozialdemokratie mit der 90%igen Mehrheit diese Fragen wie ich meine sauber und korrekt für die Zukunft entschieden hat. Damit ist klar, es wird nicht mehr gehen, dass wir auf der Tribüne sitzen bleiben, zuschauen und andere die schwierige Arbeit tun. Es wird im übrigen auch nicht akzeptiert von unseren Partnern, die sagen uns ganz deutlich, so seht ihr aus, dass ihr für die humanitären Einsätze für das Gute in der Welt zuständig seid, und die kritischen Fragen, die sich natürlich stellen, auch schwer vermittelbar in den eigenen Gesellschaften sind, wir werden also zukünftig nicht mehr bei jedem Thema humanitärer Interventionen Diskussionen in unserem Land führen können, welche die Parteien und die Gesellschaften verreit, zerreißt, sondern wir müssen den Grundsatz bestimmen und dann jede Einzelfrage sorgsam abwägen. Das ist natürlich keine Frage und Sie wissen, dass dies was wir im Parlament beschlossen haben, dem Prinzip von Gerhard Schröder entspricht. Wir sind in dieser Solidarität zu den Vereinigten Staaten bereit, Risiken einzugehen, sind aber nicht bereit Abenteuer einzugehen. Und die fünf Komponenten die beschlossen worden sind, spiegeln dies wieder. Sie sind ja nicht zufällig entstanden oder sind einfach von den Vereinigten Staaten abgefordert worden, sondern die sind natürlich in einem Prozess entwickelt worden, orientiert an den Möglichkeiten, die die Bundeswehr derzeit hat, aber auch orientiert an der Frage was können wir unseren Gesellschaften tatsächlich vermitteln und durchsetzen.

Deshalb war es aus meiner Sicht richtig, dass der Bundeskanzler dies mit der Vertrauensfrage verbunden hat. Es war deshalb richtig, weil es notwendig ist, dass er am Tisch der europäischen Partner und den Partnern der Welt, als Vertreter der Mehrheit in dem Land auch reden kann. Dass klar ist, er hat seine eigene Partei, seine Koalition hinter sich. Das 2. Ist allerdings auch, wir wollen nicht erpressbar sein. Wir wollen das Gesetz des Handelns in der Koalition selbst in der Tasche haben, nicht abhängig davon welche Anfragen möglicherweise von der Opposition gestellt werden. Und ich sage als letztes dazu, ich habe gespürt, dass es dem Bundeskanzler mit der Frage wirklich nicht um Macht ging. Er hat deutlich gemacht, dass er im Zweifelsfall nicht daran kleben wird, sondern dass es ihm in Wirklichkeit um Vertrauen geht; weil er natürlich sagt, er kann diese Arbeit nur tun, wenn gerade in der Außen- und Sicherheitspolitik seine Abgeordneten und die Abgeordneten in der Koalition ihm wirklich vertrauen und es ist natürlich schon so, hätte die Bundesregierung in anderen politischen Feldern auch immer so gut gearbeitet wie in der Außen- und Sicherheitspolitik. Es ist unstrittig, dass sie hier einen guten Job gemacht haben der Kanzler und der Außenminister, dann

stunden wir noch viel besser da, deshalb habe ich das Thema Vertrauen in dieser Frage sehr ernst genommen und ich sage mal am Schluss sehr salopp. Es wäre natürlich auch ein Treppenwitz der Geschichte, es kann ja heute noch passieren, ich weiß ja nicht was in Rostock passiert, wenn die Terroristen und wenn Bin Laden sein Ziel erreicht, er weiß doch dass er unsere Demokratie nicht zerstören kann, er will sie aber destabilisieren. Er will Unsicherheiten reinkriegen. Und natürlich wäre es wirklich verheerend wenn er gerade bei uns in der Bundesrepublik dieses Ziel erreicht, in dem die Regierung, die demokratisch gewählt wurde, in dieser Frage interveniert wie humanitär, militärisch robust es notwendig ist in Afghanistan, wenn daran eine Regierung zerbrechen würde.

Ich habe es selbst auch so empfunden als Abgeordneter und so diskutiert auch mit meinen Freunden, die da kritisch waren und ich habe auch nicht drum herum geredet. Natürlich haben in meiner Partei ein paar ein Problem, nämlich diejenigen die beim Mazedonienereinsatz „nein“ gestimmt haben. Es war falsch dort nein zu stimmen. Es war nun wirklich alles unter der Überschrift Prävention das brauche ich in dieser Runde hier gar nicht zu erklären. Aber klar ist doch, wer damals nein gestimmt hat, der kann doch eigentlich in seinem Wahlkreis und in der Gesellschaft keine Diskussion mehr bestehen, wenn er jetzt „ja“ stimmt. Das ist die Tragik und das Dilemma. Aber ich kann doch niemanden rauslassen, weil ich schon der Meinung bin, jeder der ins Deutsche Parlament kommt, weiß dass er diese Arbeit unter bestimmten Rahmenbedingungen tut. Und eine dieser Rahmenbedingungen ist, wir sind Partner in der NATO mit allen wechselseitigen Verpflichtungen. Deshalb darf es zum Schluss nicht sein, dass sich Einzelne zurück ziehen und sagen „ich kann nicht“. Sie haben politisch diskutiert, sie haben gemerkt, dass ihre Argumente nicht tragen und zum Schluss sagen sie „ich kann nicht“. Da muss ich dann schon sagen, ich habe Respekt vor Gewissensentscheidungen auch vor fundamentalen pazifistischen Ansätzen. Aber ich habe dann erst den richtigen Respekt, wenn das Gewissen dann tatsächlich bis zu Ende gedacht wird. Niemand muss den Job in der Bundestagsfraktion tun, und es darf nicht sein, dass wir dort nur abstimmen mit dem Gefühl. Ich will abends in den Spiegel schauen und mit mir selbst im Reinen sein. Es ist nicht unsere Aufgabe, wenn ich abstimme im Parlament, möchte ich mit meiner Stimme etwas bewirken. Und jeder, und da wurde es auch strittig und hart diskutiert, jeder der hier mit „nein“ gestimmt hätte, hätte in der Außenpolitik nichts bewirkt, nicht den geringsten Einfluss auf den Fortgang des Krieges gehabt.

Die Grünen sind keine Weltmacht auch die SPD ist im Zweifelsfall keine Weltmacht, hat Willi Brandt schon ironisch vor Jahren angemerkt. Aber eines hätten sie und würden sie mit ihrer Stimme bewirken, das Projekt dieser Koalition, das wäre aus meiner Sicht auf lange Zeit zerstört. Deshalb plädiere ich sehr auch unter diesem Ansatz humanitärer Interventionen nicht in der Gewissensfrage eindimensional zu urteilen, sondern die Frage, wann sind humanitäre Interventionen legitim, muss natürlich in die gesamte politische Bewertung in das Gesamtspektrum einbezogen werden.

Zum Schluss, es redet sich alles leicht daher, ich weiß aber, was hinter diesen Ansätzen, möglicherweise schon in den nächsten Wochen und Monaten für uns, vor allen Dingen aber für die Frauen und Männer bei der Bundeswehr, steht. Wir sind dabei die Streitkräfte zu reformieren und Sie alle wissen ja, dass gerade die Frage Verantwortung, Verantwortung zusammen in der Bürgergemeinschaft gegen Menschenrechte notfalls auch einzuschreiten, ein Teil dieser Reform ist. Es geht wirklich darum die vernünftige Balance zwischen den Erfordernissen der Landes- und Bündnisverteidigung und der Fähigkeit zur Krisenbewältigung bei dieser Reform zu finden. Ich habe den Eindruck, die Streitkräfte sind hier auf dem richtigen Weg, aber meine Einschätzung ist, wir werden über die Geschwindigkeiten und über die Prioritäten in den nächsten Wochen noch einmal miteinander diskutieren müssen. Wir werden auch noch darüber diskutieren müssen, welche finanziellen Mittel zur Verfügung stehen und wie die 1½ Milliarden wie bereits beschlossen, sinnvoll eingesetzt werden können. Ich selbst bin der Auffassung, dafür werde ich auch streiten, Ausrüstung ist ganz wichtig, aber die eigentliche Fähigkeit bei der Bundeswehr, die stärker gefordert wird in den nächsten Jahren ist die Fähigkeit der Menschen. Deshalb bin ich der Auffassung, ein Teil des Geldes muss auch dafür eingesetzt werden, dass dort wo wir besonders viel von den einzelnen Soldaten verlangen werden in Zukunft, dass hier auch materiell gezeigt wird, dass dies einen Stellenwert in unserer Gesellschaft hat. Dies alles werden wir in den nächsten Monaten zu diskutieren haben.

Und ich weiß abschließend, dass wir auch nicht nur hartes Training von den Soldaten verlangen, sondern dass auch die Soldaten diese geistige Auseinandersetzung in der Welt, jeder für sich beantworten muss und sie auch führen muss. Wenn eine der Kenntnisse und eine der Fähigkeiten, die bei diesen Einsätzen immer ganz oben stehen wird, oben stehen muss ist mit ethnischen Konflikten nicht nur militärisch umzugehen, sondern auch eine große interkulturelle Kompetenz zu haben. Und es zeichnet im übrigen ja die deutschen Soldaten, die im Balkan gerade ihre Arbeit sehr gut tun, aus. Ich sage deutlich, da sind sie auch eher besser, andere haben andere Fähigkeiten, da sind die Deutschen

Ü^ä^Á FÄÖ[\^ { ^} œä } Á ÉS[} *!^••

aber eher besser, als unsere Verbündeten und Partner. Das ist eine Komponente die wir also außerordentlich stärken wollen und weil ich weiß, dass dies alles schwierig wird, möchte ich an dieser Stelle Ihnen allen, die an diesem Prozess ja zum Teil sehr maßgeblich mit beteiligt sind, auch den Dank unserer Partei, den Dank der Bundestagsfraktion aussprechen.

Osterweiterung der NATO und PfP - Rezept zur Stabilisierung Südosteuropas oder Schwächung des Bündnisses?

Generalleutnant Götz F.E. Gliemeroth
Befehlshaber Joint Command Centre Heidelberg



Es gilt das gesprochene Wort

Herr Oberst Schmeja!
Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich danke für die wohlmeinende Einführung, und füge an, dass ich mich über die Gelegenheit zum Vortrag freue - noch dazu vor diesem von mir sehr geschätzten Auditorium. Angesichts des in Rede stehenden Themas mag jemand annehmen, da wird er sich als „NATO-General“ ja bestens auskennen. Doch hier ist sogleich anzumerken, dass es für vielerlei Teilaspekte weit sachkundigere Experten gibt und dass die anstehende NATO-Erweiterung nicht unbedingt das tägliche Brot des Befehlshabers selbst eines größeren NATO-Hauptquartiers ist.

Doch der Tatsache, dass ich dem Vortrags- „Auftrag“ Folge leiste, wollen Sie bitte entnehmen, dass ich mir alle Mühe geben werde, Ihr diesjähriges Seminar sachdienlich anzureichern.

Meine Damen und Herren!

Bereits gestern hat Herr Oberst Schmeja dankenswerterweise zu den Risikofaktoren im Südosten Europas vorgetragen, so dass ich hier anknüpfen und mich zugleich aber kurz fassen kann.

Fest steht:

Seit Ende des Kalten Krieges steht die NATO vor neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen, wie sie sich nicht zuletzt in ethnisch begründeten Konflikten und bürgerkriegsähnlichen Szenarien, insbesondere auf dem Balkan während der letzten 10 Jahre sattsam manifestiert haben.

Und wir alle haben erkennen müssen, dass nach Wegfall der hochgerüsteten globalen Konfrontation der Frieden in vielen Regionen gefährdeter denn je ist - wenn er denn dort überhaupt mehr ist als nur die Abwesenheit von Krieg.

Die NATO hat sich diesen neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen gestellt, und sie hat ihr strategisches Konzept entsprechend angepasst. Und auch die Bedrohung durch Terror wurde dabei ausdrücklich mit einbezogen. Neben der Bündnisverteidigung - also der unverbrüchlichen wechselseitigen Beistandsverpflichtung - gelten inzwischen Krisenprävention, Krisenmanagement und vor allem auch Partnerschaft und Dialog als ganz wesentliche neue Kernfunktionen zur Stärkung von Stabilität und Sicherheit im europäisch-atlantischen Raum und darüber hinaus.

Warum über die altvertrauten Grenzen hinaus?

Nun, weil Krisenprävention und Friedensstiftung ohne weitreichende Voraussicht im zeitlichen wie geographischen Sinne kaum tragfähig sein können, wenn langfristig Sicherheit gewährleistet bleiben soll.

Und gerade erst vorgestern hat hier in Karlsruhe das Bundesverfassungsgericht die Zustimmung der Bundesregierung zu der vorwärtsgewandten Strategie als rechtens befunden - auch ohne vorausgegangene Beteiligung des Bundestages.

Fest steht:

Eine Krisenregion wie der Südosten Europas kann uns keinesfalls unberührt lassen. Dortige Instabilität beeinträchtigt unser aller gemeinsames Ziel, nämlich ein friedliches und prosperierendes Europa zu gestalten. Regionale Konflikte wie dort oder eben auch deutlich entfernteren Ortes können sich durch eine Vielzahl von Faktoren auf uns auswirken. Und massive Migrationen von Bürgerkriegsflüchtlingen mögen da nur Beispiel sein.

Fest steht:

Mit dem Engagement in Bosnien-Herzegowina Mitte der neunziger Jahre hat dieser neue sicherheitspolitische Ansatz der NATO erstmals zu greifen vermocht.

Dies ist, zugegeben, eine schnell daher gesagte Feststellung, die uns aber nicht darüber hinwegtäuschen darf, was alles dem damaligen Eingreifen der NATO vorausgegangen war.

Doch ich fürchte, es sprengte den heute gestellten Rahmen, wollte man in der gebotenen Gründlichkeit das damals weitgehende hilflose Agieren der UN, vor allem aber auch der europäischen Staaten aufzeigen.

Gerade letztere haben, so meine ich, durch ihr oft allzu zögerliches und offenkundig unabgestimmtes Verhalten beträchtliche Schuld auf sich geladen. Vor allem, weil man sich denn vielerorts noch in den außenpolitischen Denkmustern des ausklingenden 19. Jahrhunderts gefiel. Fest steht, erst die Entschlossenheit der USA und das Einbinden der NATO hat jener fürchterlichen Entwicklung Einhalt geboten.

Doch, um nicht missverstanden zu werden: dies ist nicht etwa Fundamentalkritik an den Vereinten Nationen oder an der politischen Bündelung Europas, es ist vielmehr das Aufzeigen äußerst schmerz-

licher Lektionen, die uns heute um so dringlicher auf die Stärkung beider Instanzen hinwirken lassen müssen, womit wir, so meine ich, mitten im Thema Ihres diesjährigen Seminars stehen.

Meine Damen und Herren!

Auch eine andere Lektion darf keinesfalls aus den Augen verloren werden: Nach dem jeweiligen militärischen Eingreifen in Bosnien, wie im Kosovo wurde überdeutlich, dass all solche Ansätze stets zu kurz greifen werden, die nach der erfolgreichen militärischen Intervention die gebotenen umfassenden Folgeanstrengungen allzu rasch erlahmen lassen. Um erst später dann - nach meist verheerendem Wiederaufbrechen des Konfliktes - sich der gebotenen Nachhaltigkeit und Umfänglichkeit unterschiedlichsten Anstrengungen für eine dauerhafte Befriedung zu erinnern. Und dabei wissen wir alle doch längst, auf welchen vielfältigen, vor allem politischen, ökonomischen, Feldern Sicherheitspolitik greifen muss, um erfolgreich zu sein.

Meine Damen und Herren,

das uns heute gestellte Thema wirft die Fragen nach (sogenannten) sicherheitspolitischen Rezepten zur Stabilisierung Südosteuropas auf.

Und in Rede stehen dabei Nutzen und Risiken der im Herbst nächsten Jahres zu entscheidenden

neuerlichen NATO - Erweiterung sowie Sinn und Nutzen des Programms Partnership for Peace.

Der im wahrsten Sinne des Wortes hausbackene Terminus „Rezept“ mag in diesem Zusammenhang vielleicht etwas befremdlich klingen, und doch halte ich ihn für durchaus sachdienlich, denn er provoziert die Schärfung von Konturen: eben weil es keine omnipotenten Rezepte gibt.

Bereits in den vorangestellten Gedanken wollte ich auf die Komplexität sicherheitspolitischer Grundbelange verwiesen haben. Und so, wie Nachhaltigkeit und Vielfalt als wesentliche Faktoren erfolgreicher Stabilisierung zu verstehen sind, so darf sicherlich das Aufwachsen immer neuer sicherheitspolitischer Lösungsansätze und Instrumentarien in den unterschiedlichsten Politikfeldern nicht weiter verwundern.

Gefragt bleibt vielmehr die nüchterne Bewertung ihrer Dienlichkeit.

Auch die NATO hat, wie sie wissen, ein breites Geflecht von Ansätzen, Initiativen und Gremien geknüpft, wobei ich mich heute vornehmlich auf die NATO Osterweiterung und das Programm Partnership for Peace beschränken will. Zudem gilt es, Südosteuropa als Krisenregion bereits eingangs einzugrenzen.

Ich werde die Länder Türkei und Griechenland in meine Betrachtungen nicht einbeziehen, denn sie sind voll etablierte NATO Mitglieder; zugleich haben wir bereits die detaillierten Einschätzungen von Herrn Kossendey gehört.

Die übrigen Staaten ließen sich mit grober Elle vielleicht wie folgt kategorisieren: Da wären zunächst die weit vorangeschrittenen, beitriffsinteressierten Staaten Slowenien und Slowakei, wobei ich die Slowakei wiederum nicht zuletzt aufgrund ihrer bevorzugten geographischen Zuordnung zum mitteleuropäischen Raum außer Betracht lassen werde.

Sodann haben wir die selbsterklärten weiteren möglichen Beitrittskandidaten Bulgarien, Kroatien und Rumänien und als eine dritte Gruppe erkennen wir schließlich jene Staaten, die wir nach herkömmlicher Sicht als Krisenregion im engeren Sinne bezeichnen: Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Albanien, die Bundesrepublik Jugoslawien mit den Teilrepubliken Serbien und Montenegro und schließlich das unter UN-Verwaltung stehende Kosovo.

Unsere Zielrichtung ist klar, es gilt diese Region dauerhaft zu stabilisieren und ihr ähnliche Entwicklungsmöglichkeiten zu verschaffen, wie sie uns Deutschen vor mehr als fünfzig Jahren durch kluge und langfristig angelegte Politik eröffnet wurden. Aber mit welchen Ansätzen kann dies gelingen?

Fest steht:

Singuläres Einwirken verliert sich in den vielfältig gegliederten Räumen und Strukturen. Statt dessen müssen politische, ökonomische, finanzielle, soziale und nicht zuletzt militärische Mittel ineinander greifen und sich gegenseitig abgestimmt ergänzen, um überhaupt realistische Stabilisierungschancen aufwachsen zu lassen.

Ich werde mich im Folgenden - wie eingangs erwähnt - auf die sicherheitspolitischen und militärischen Ansätze konzentrieren, denn für ökonomische und finanzielle Fragen gibt es wahrscheinlich weit kompetentere Sachverständige als mich.

Meine Damen und Herren,

die NATO war bis zum Beginn ihrer Transformierung im Jahre 1991 ein geografisch eher klar begrenztes Verteidigungsbündnis. Heute sieht die NATO ihr Interessengebiet deutlich weiter gefasst und sieht ihre Aktionsmöglichkeiten nicht nur auf etablierte Strukturen wie den NATO-Rat beschränkt. Statt dessen hat das Bündnis eine Vielzahl zusätzlicher Gremien und Foren geschaffen, in denen Lösungsan-

Ü^äÁíÄÖ[\^ }ää }ÁÉS] *!^••

sätze zur sicherheitspolitischen und militärischen Stabilisierung im konkreten Gefahrenkontext entwickelt, diskutiert und letztlich implementiert werden sollen.

Eines der wichtigsten Konzepte mit bislang sehr beträchtlichen Erfolg ist dabei das sog. Partnership for Peace-Programm, das seit 1994 Staaten auch außerhalb des NATO-Vertragsgebietes in die Gestaltung der Sicherheit Europas mit einbezieht. Und darüber hinaus bietet sich als in der Tat weitgreifendster Schritt natürlich auch die Ausdehnung der krisenbewährten „Sicherheitszone NATO“ an - in der täglichen politischen Tagesdebatte „NATO -Osterweiterung“ genannt.

Der Frage, inwieweit nicht solch zunehmende Erweiterungsschritte letztlich zu einer Schwächung des Bündnisses führen werden, will ich mich wie folgt nähern:

Ich denke, unstrittig ist:

Die Mitgliedschaft in einem solchen Sicherheitsbündnis, das sich ja nicht von ungefähr vor allem auch als ein Bündnis von Staaten gemeinsamer Grundüberzeugungen und Werte wie Demokratie, Marktwirtschaft und soziale Sicherheit, und anderem versteht, muss zwangsläufig an Voraussetzungen gebunden sein. Voraussetzungen, die von den potenziellen Kandidaten erfüllt sein müssen, wenn das Bündnis handlungsfähig und werteorientiert bleiben soll.

In der anhaltenden Diskussion über eine zunehmende Öffnung für weitere Mitglieder wurden und wird denn auch immer wieder vor einer Schwächung des Bündnisses gewarnt. Es gilt diese Argumente sehr ernst zu nehmen, denn in der Tat ist weder die Vergrößerung des Bündnisgebietes noch das Wachsen der Mitgliederzahl ein Selbstzweck.

Im folgenden will ich einige dieser Argumente aufgreifen und zu bewerten versuchen.

Meine Damen und Herren,

Gewiß:

Erweiterung ist gleichbedeutend mit einer Erhöhung der Mitgliederzahl und erschwert zwangsläufig die Beibehaltung des bislang bewährten sogenannten Konsensprinzips, also des Grundsatzes der einvernehmlichen Entscheidung aller Mitglieder ohne Gegenstimmen in den entsprechenden Gremien der NATO.

Neue Mitglieder mögen neue und/oder andere Interessen mitbringen und von daher das Bündnis mit Erwartungen anreichern oder gar zu überfrachten drohen. Und haben nicht gerade die zurückliegenden EU-Erweiterungen ähnliche Gefahren sehr deutlich werden lassen, betrachtet man beispielsweise Fehlentwicklungen im Bereich der unausgewogenen und sehr kostenträchtigen Agrarpolitik. Stellt sich angesichts solcher Erfahrungen also nicht auch für uns die Frage, ob zunehmende Erweiterungsschritte nicht möglicherweise zur Funktionsschwächung oder gar Verschiebung der Wertekoordinaten der Allianz führen könnten. Oder anders ausgedrückt: wäre die Aufnahme aller möglichen Staaten, auch außerhalb Europas wie beispielsweise Aserbeidschan und Armenien, die ein grundsätzliches Interesse an einer Mitgliedschaft mehrfach bekundet haben, gar der Anfang vom Ende des Bündnisses.

Meine Damen und Herren,

ich denke, ein kurzer Rekurs auf die jüngst zurückliegende NATO-Erweiterung im Jahre 1999, ist hier allemal dienlich.

Fest steht:

Die Aufnahme Polens, Ungarns und Tschechiens war einer längerer politischer Prozeß. Er ist von beiden Seiten, sowohl von der NATO als auch von den „New Members“ sehr aktiv gestaltet worden ist.

Wir erinnern uns:

Bereits zu Beginn der 90er Jahre haben alle drei Staaten, zunächst noch unter Beteiligung der Slowakei, die sog. „Visegradgruppe“, gegründet, innerhalb derer sie ihre Aktivitäten bündeln und koordinieren konnten, um so deutlich fundierter und schneller die Beitrittsvoraussetzungen zu erfüllen. Sowohl auf militärischem, wie auch auf ökonomischem und politischem Gebiet (Soll heißen: der rechtsstaatlichen Verfasstheit) waren die Anstrengungen enorm und führten innerhalb der einzelnen Länder ja auch immer wieder zu heftigen Debatten. Wobei der jeweilige politische Grundkonsens, die NATO-Mitgliedschaft zu erwerben, niemals zur Gänze umstritten war, sondern nur Fragen der Schnelligkeit, Intensität sowie der Finanzierung des Prozesses Gegenstand politischer Auseinandersetzungen waren.

Grundlegend gilt, dass derart enorme politische, ökonomische, soziale und militärische Herausforderungen den potenziellen Beitrittskandidaten keinesfalls überfordern dürfen, denn jedes Übermaß schlägt später schwächend auf das Bündnis zurück. Und, um eben dieses im konkreten Fall der drei

Ü^æÁîÄÖ[\^ { ^} ææ } Á ÉS[] * !^••

damaligen Beitrittsländer zu vermeiden, hatte die NATO ihrerseits ein Instrumentarium entwickelt, das den Beitrittskandidaten die erforderlichen Maßnahmen, Schritte und Bedingungen für eine Aufnahme in die NATO unmissverständlich aufzeigt.

Dieser sogenannte „Membership Action Plan“ (MAP) wurde im Rahmen des Programmes Partnership for Peace als ein - wie ich meine - sachdienlicher Kriterienkatalog für beitriffsinteressierte Staaten entwickelt, ohne allerdings - und dies möchte ich sehr deutlich unterstreichen - etwaige Garantien für eine endgültige Mitgliedschaft in der NATO abzugeben.

Denn die Aufnahme neuer Mitglieder muß und wird eine zutiefst politische Entscheidung bleiben, die nach vielfältigen Gesichtspunkten zu treffen sein wird. Ich will hier nur auf die umfänglichen Sicherheitsinteressen Russlands hinweisen. Hier ist sorgsames Abwägen geboten, zumindest solange wir Russland noch nicht zur Gänze davon überzeugen konnten, dass anstehende Erweiterungen nicht gegen Russland gerichtet sind. Sondern, dass die Ausdehnung einer Zone der Stabilität in Europa vielmehr auch im Sinne russischer Sicherheitsinteressen ist.

Aber zurück zur damaligen NATO-Erweiterung. Die konzentrierte Zusammenarbeit beider Seiten hat auch deswegen zu einer schnellen und tiefgreifenden Integration geführt, weil alle drei Staaten nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime in den Schoß der europäischen Familie zurückgekehrt sind - oder um es weniger altdeutsch auszudrücken - sie sind in die europäische Wertegemeinschaft zurückgekehrt.

Bemerkenswert war eben,

dass in diesen Staaten das Aufbrechen der ideologischen Vereisung den starken Wunsch nach umfassender europäischer Reintegration und nicht etwa partikulare oder ethnische Konflikte wie in anderen Regionen freigesetzt hat. Befördert wurde jener Prozess zudem durch die damals enorme ökonomische Entwicklung der drei Beitrittsländer, welche die der vergleichbaren Staaten bei weitem übertraf. Hinzu kam die Stabilität ihrer Regierungen und, nicht minder wichtig, der ausschließliche Gebrauch demokratischer Konfliktlösungsmodelle. - wie etwa bei strittigen Fragen der jüngsten Annäherung Polens an Rußland oder die vorbildliche ungarische Haltung in der Minderheitenfrage gegenüber der Slowakei.

Meine Damen und Herren,

Ich denke all dies belegt hinlänglich, wie sehr eine sachgerechte Bündniserweiterung der Allianz zur Stärke und Europa zur Stabilität gereichen kann.

Wir alle wissen:

Im Herbst des nächsten Jahres wird auf dem NATO-Gipfel in Prag konkret über eine neuerliche Erweiterung der NATO zu sprechen sein. Noch gibt es hierzu unterschiedliche Ansichten innerhalb des Bündnisses. Läßt man sich jedoch von Verlautbarungen des amerikanischen Präsidenten sowie des NATO-Generalsekretärs leiten, so wird es in Prag keine sogenannte Nulloption geben, d.h., es wird zumindest eine, wenn nicht mehrere Einladungen zum NATO-Beitritt geben.

Auch die deutsche Bundesregierung, die mit besonderem Blick auf die sicherheitspolitischen Interessen Russlands einer raschen umfänglichen Erweiterung bislang eher skeptisch gegenüberstand, betont die „Offenheit der Allianz für alle europäischen Demokratien“.

In der gegenwärtigen Debatte wird von bis zu neun möglichen Kandidaten gesprochen. Doch gilt es zügelloser Spekulationen zu wehren. Bei kritischem Blick auf die einschlägige Diskussion, allerdings, drängen sich einige Länder vorzugsweise auf. Ich nenne beispielsweise Slowenien, das diesbezüglich bereits sehr weit fortgeschritten scheint. Ich persönlich freue mich ganz besonders, unseren slowenischen Gästen auch aus eigener Ansicht und Erfahrung bei gemeinsamen Aktivitäten versichern zu können, dass sie in ihren Anstrengungen sehr weit vorangekommen sind und ihr Einsatz sehr vorbildlich ist.

Ich persönlich wünschte mir schon einen schnellen Beitritt Sloweniens zur NATO. Aber die liegt eben weit jenseits meiner Einflussmöglichkeit. Auch andere Staaten der zu stabilisierenden Südosteuropäischen Region gehören in diesen Kandidatenkreis, so etwa Bulgarien oder Rumänien. Doch die endgültigen Entscheidungen bleiben abzuwarten. Eines ist jedoch bereits hier und heute eindeutig festzustellen: Nicht alle Staaten, die an einem NATO-Beitritt interessiert sind, werden bereits beim Prager Gipfel eine entsprechende Beitritts - Einladung hierzu erhalten.

Andererseits gilt auch:

Selbst jene Staaten, die in der nächsten Erweiterungsrunde dabei sein werden, bedürfen unabweislich längerer Zeit, um alle Voraussetzungen für den endgültigen Beitritt zu erfüllen.

Übersicht über die Aufgaben der NATO-Partnership for Peace-Übungen

Darüber hinaus gilt:

weder gegenüber den in der nächsten Runde noch nicht berücksichtigten Staaten, noch gegenüber den anderen Ländern der Region dürfen unsere stabilisierenden Anstrengungen erlahmen.

Im Klartext:

Es bedarf der verstärkten Nutzung und Fortentwicklung gerade jener Konzepte und Instrumentarien, die gerade auch Nicht-NATO-Mitglieder und deren jeweilige sicherheitspolitischen Interessen berücksichtigen und einbeziehen, um so letztlich alle interessierten Staaten an die westliche Staatengemeinschaft und deren wichtigstes Bündnis binden.

Meine Damen und Herren,

und in genau diese Grundfunktionen des Heranführens und Einbindens ist das bereits eingangs erwähnte „Partnership for Peace“-Programm gestellt.

Wenn ich nun im Folgenden näher darauf eingehe, so bin ich mir sehr wohl bewusst, dass ich Ihre geschätzte Aufmerksamkeit nicht durch ein Übermaß an Details verzetteln darf.

Auch ich habe eine Abneigung gegen „Institutionenkunde“. Doch einige Grundsätzlichkeiten erachte ich im Lichte des gestellten Themas doch als aufzeigenswert.

Ursprünglich hatte das „Partnership for Peace“-Programm bei seinem Start 1994 das Ziel, zunächst mehr Transparenz in der nationalen Verteidigungsplanung und -politik zu schaffen, die demokratische Kontrolle von Streitkräften zu verstärken und schließlich gemeinsame Operationen zur Krisenbewältigung durchzuführen.

Heute ist das „Partnership for Peace“-Programm aufgrund seiner bereits frühzeitigen Erfolge sehr viel umfangreicher und detaillierter geworden. Mit der Schaffung des „Europäisch-Atlantischen Partnerschaftsrates“ im Jahre 1997 wurde Partnership for Peace zu einem permanenten Konsultations- und Kooperationsforum erweitert. Diesem Forum gehören zwischenzeitlich immerhin 47 Staaten an, darunter alle NATO-Staaten und zudem auch alle Staaten der heute näher betrachteten Krisenregion Südosteuropas. Längst ist Partnership for Peace ein unverzichtbarer Pfeiler der europäischen Sicherheitsarchitektur geworden. Angereichert mit mehr als 2000 Aktivitäten, die auf so unterschiedlichen Feldern wie etwa Sprachtraining, gemeinsame Katastrophenschutzplanung und Übungen bis hin zum Krisenmanagement reichen.

Wichtig vor allem:

Partnership for Peace steht für konkrete Zusammenarbeit.

Da ist zum einen das sehr vielen von Ihnen seit Jahren vertraute Übungsgeschehen.

Ich benenne die

□ gemeinsame NATO/Partnership for Peace-Übung COOPERATIVE LANTERN 2000, an der 11 Partnership for Peace-Nationen, u.a. Bulgarien, Rumänien, Mazedonien, die baltischen Staaten, Slowenien und die Slowakei teilnahmen. Augenfällig war der große Einsatzwille der beitragenden Staaten in einer gemeinsamen Aufgabenstellung (NATO-geführte Friedenssicherungsmission).

Besonders deutlich war trotz unterschiedlicher Ausgangslage das zunehmende Selbstbewußtsein der teilnehmenden Partnership for Peace-Nationen sowie deren Bereitschaft und Fähigkeit, NATO-Prozesse aufzugreifen, zu erlernen und auch im eigenen Führungsprozeß anzuwenden.

Und die von meinem HQ im kommenden Jahr in den Niederlanden zu leitende Übung COOPERATIVE LANTERN 2002 wird ebenso wie die großrahmige Übung STRONG RESOLVE im kommenden Frühjahr gewiß neuerliche Fortschritte verzeichnen lassen.

□ Eben zurück aus Polen von der 14-tägigen NATO-Peace for Partnership - Übung „ALLIED EFFORT“ kann ich feststellen, die Soldaten unserer „Partnernationen“ haben erneut bewiesen, dass sie nach entsprechender Vorbereitung und angemessener Anlaufphase in der Lage sind, ihren Beitrag in der Stabsarbeit einer NATO-geführten Friedensmission sehr wohl zu leisten. Immerhin waren an dieser Übung insgesamt 31 Nationen beteiligt; davon elf Partnership for Peace-Nationen; in toto ca. 2.300 Soldaten. Erneut hat sich gezeigt, dass unser Partnership-for-Peace Instrumentarium nicht unbeträchtliche Früchte trägt.

□ Zudem werde ich im Dezember diesen Jahres Chairman einer Konferenz mit den militärischen Spitzenvertretern verschiedener Partnership for Peace-Nationen sein. Auf dieser Konferenz werden wir insbesondere über notwendige Anpassungen des gemeinsamen NATO/Partnership for Peace-Planungsprozesses für gemeinsame Aufgaben, Übungen und Operationen sprechen.

Meine Damen und Herren!

Lassen Sie mich deutlich sagen:

Übersicht über die NATO-Rates und die Partnerschaft für den Frieden (PfP) im Rahmen der NATO-Strategie für die Sicherheit und Stabilität in Europa.

All diese gemeinsamen Aktivitäten erfolgen nicht l'art pour l'art - sie sind kein sicherheitspolitischer Aktionismus. Vielmehr geht es um das Schaffen verlässlicher Grundlagen für gemeinsames Handeln. Und ich denke, nichts macht die bisher gemachten Fortschritte deutlicher als unsere Zusammenarbeit im Rahmen der NATO-geführten Einsätze bei SFOR und KFOR. Sie sind wohl der überzeugendste Beleg für die sachgerechte Zusammenarbeit auf operativ/taktischem Gebiet. Zugleich werden aus diesen Einsätzen wichtige Erkenntnisse für die zukünftige Kooperation gewonnen. Denn neben sicherheitspolitischer Einbindung und Abgleich geht es vor allem um eine frühzeitiges Heranführen an NATO-Führungssysteme und Entscheidungsprozesse.

Meine Damen und Herren!

Ich denke, die gemeinsame Ausbildung und Übungen, insbesondere aber das Zusammenwirken von NATO und Partnership for Peace-Nationen bei SFOR und KFOR unterstreichen den fachlichen Wert dieses Instruments: Wir stehen in engem Kontakt, tauschen Erfahrungen aus, suchen gemeinsam nach Lösungen und fördern zugleich die nicht gering zu schätzende Möglichkeit, sozusagen interaktiv, unser westliches Werteverständnis im Dialog, zu transportieren. Und dieser politische Transfer reicht nicht von ungefähr bis in die Textinhalte der von uns betriebenen Fremdsprachenausbildung hinein.

Vor allem aber wird gegenseitiges Vertrauen geschaffen; ein unverzichtbares Element für ein stabiles sicherheitspolitisches Umfeld. Und nicht zuletzt beweisen wir in Übungen und Einsatz die Leistungsfähigkeit demokratisch kontrollierter Streitkräfte.

Meine Damen und Herren!

Ergänzend lassen Sie mich aber noch zwei besonders wichtige Vorzüge des „Partnership for Peace“-Programmes hervorheben.

Da ist zunächst das Grundprinzip der „Selbstdifferenzierung“, d.h., der Teilnehmer entscheidet selbst nach den von ihm gesetzten politischen Prioritäten, ob, wo und wie stark er sich in den Partnership for Peace-Aktivitäten engagiert. Dies verhindert womöglich Überforderung des Teilnehmerstaates durch eine zu zeitige Aufnahme als NATO-Mitglied, die für das betroffene Land innenpolitisch womöglich auch gar nicht durchsetzbar wäre. Somit kann eine Partnership for Peace-Nation gegebenenfalls langsam, aber kontinuierlich an unabdingbare NATO-Standards und Wertüberzeugungen herangeführt werden, ohne vorschnell die Gesamtabligation einer Mitgliedschaft übernehmen zu müssen. Und genau dies macht das Partnership for Peace-Programm zu einem vorzüglichen Vehikel für die Annäherung interessierter Staaten an das Bündnis und dessen Grundprinzipien.

Ein weiterer Vorzug dieses Programmes ist die grundsätzliche Einbindung Rußlands. Wir alle wissen um die zwischenzeitlich gottlob fast trivial anmutende Formel: Es gibt keine Sicherheit für Europa gegen Rußland sondern nur mit Rußland.

Um so mehr kommt es im Falle einer fortschreitenden NATO-Erweiterung darauf an, Rußland nachhaltig davon zu überzeugen, dass es weder politisch noch strategisch herausgefordert werden soll, geschweige denn isoliert werden soll.

Andererseits, „mit Rußland“ heißt beileibe nicht zwingend, dass Rußland die NATO-Mitgliedschaft erwerben sollte. Und Repräsentanten der russischen Administration sehen dies nicht wesentlich anders. So auch der Chef der Hauptverwaltung für internationale Zusammenarbeit des russischen Verteidigungsministeriums, General Mazurkowitz, der im Rahmen des gerade zuende gegangenen „Berliner Dialogs“ feststellte, er wolle nicht so weit gehen, sein Land bereits als künftiges Mitglied der NATO zu sehen. Und wörtlich anfügte:

„Wir sind eine europäisch-asiatische Macht und von daher mit einem anderen Blick ausgestattet, als die NATO ihn hat.“ (Zitat Ende)

Ergänzend riet er an, die Einbindung Rußlands im Rahmen des NATO-Rußland-Rates sowie im Partnership for Peace effektiver auszugestalten. Dass nach unserer Bewertung tatsächlich Rußland selbst bisher zurückhaltend mitgewirkt hat, ist im heutigen Zusammenhang weniger entscheidend. Wichtiger ist: Rußland hat Anteil an Partnership for Peace. Und das es vermehrt Einflussnahme auf das Bündnis sucht, darf nicht verwundern.

Ich denke, durch die Beteiligung dieses gerade im südosteuropäischen Raum traditionell bedeutender politischen Akteurs erhöht sich die Akzeptanz aller Sicherheits- und stabilitätspolitischer Maßnahmen des Bündnisses signifikant. Und je höher die Akzeptanz, um so mehr werden sich langfristige Erfolge unserer stabilitätsfördernden Schritte einstellen.

Die gleiche Intention unterliegt, wie Sie wissen, neben der NATO-Rußland-Grundakte, gleichermaßen der NATO-Ukraine-Rat oder dem Mittelmeerdiallog.

Fest steht: Das Bündnis widmet der Krisenregion Südosteuropa besondere Aufmerksamkeit und hat insbesondere mit der auf dem Washington-Gipfel von 1999 beschlossenen Südosteuropa-Initiative (SEEI) einen weitergehenden Ansatz zur Verbesserung der regionalen Kooperation sowie der Förderung langfristiger Stabilität und Sicherheit auf den Weg gebracht.

Gestatten Sie mir, diese Initiative etwas ausführlicher darzustellen. Im Kern geht es um vier Elemente:

1. Ein grundlegendes Konsultationsforum für Sicherheitsfragen in Südosteuropa
2. Eine Ad-Hoc Arbeitsgruppe für regionale Zusammenarbeit unter der Schirmherrschaft des europäisch-atlantischen Partnerschaftsrats
3. Ein gezieltes Maßnahmenbündel aus dem bestehenden Partnership for Peace-Programm
4. und schließlich ergänzende Sicherheits- und Kooperations-Programme für die Länder in der Region.

Zunächst zum sogenannten „Konsultationsforum“. Es schließt alle NATO-Staaten, sowie die südosteuropäischen Staaten Albanien, Bulgarien, Kroatien, Rumänien, Mazedonien, Slowenien und Bosnien-Herzegowina ein. Ebenso nimmt die Bundesrepublik Jugoslawien seit Juli dieses Jahres daran teil. Dieses Forum liegt auf der Botschaferebene im NATO-Hauptquartier in Brüssel und dient in erster Linie dem Abbau von Missverständnissen und Fehleinschätzungen sowie dem Schaffen wechselseitigen Vertrauens.

Die „Ad-Hoc Arbeitsgruppe“ besteht aus militärischen und zivilen Experten der Teilnehmestaaten. Sie entwickelt und fördert Ansätze zur Verbesserung regionaler Zusammenarbeit und greift dabei auf praktische Erfahrungen aus den Partnership for Peace-Programmen zurück. Durch die Einrichtung von Unterarbeitsgruppen können ganz spezielle Segmente wie Transparenz von Verteidigungsplanung und Streitkräften, Reduzierung von Streitkräften und Überführung von Soldaten in ein ziviles Arbeitsleben, aber auch Krisenmanagement unter den jeweils regionalen Besonderheiten tiefgreifend betrachtet werden.

(Verweis auf Rußlands förmliche Bitte, die NATO möge bei der Konzipierung einer Streitkräftereduzierung behilflich sein.)

Zur Vertrauensbildung trägt zudem bei, dass einige dieser Workshops von teilnehmenden Ländern der Region geführt werden, unterstützt durch Vertreter des Bündnisses, andere Workshops wiederum durch die NATO selbst angeleitet werden.

Meine Damen und Herren!

Um keinen Zweifel aufkommen zu lassen: Selbst dieser so breit gefächerte streitkraftbezogene Ansatz wird nie und nimmer alleine für eine nachhaltige Stabilisierung der in Rede stehenden Region ausreichen.

Denn wir alle wissen:

Solche Ansätze müssen ergänzt und vertieft werden durch weitere ökonomische, politische sowie finanzielle Maßnahmen, für die andere Institutionen und Organisationen auch entsprechende Mittel, Fähigkeiten und Spezialisten bereithalten. In Rede stehen alle wesentlichen Organisationen der westlichen Welt wie NATO, EU, Weltbank, OSZE und andere, um gemeinsam den Stabilisierungsprozess voranzutreiben. Und ich bin sehr froh, dass nach beträchtlichen Unterlassungen in den zurückliegenden Jahren ein solch ganzheitlicher Ansatz für die südosteuropäische Region nunmehr Anwendung findet.

Neben der Südosteuropa-Initiative der NATO trägt, wie Sie wissen, vor allem die EU durch den Balkan-Stabilitätspakt insbesondere auf ökonomischem und finanziellem Gebiet zum Aufbau und Entwicklung dieser Region bei und wirkt so grundlegend auf politische und wirtschaftliche Stabilität hin. Erwähnen will ich auch die Zusammenarbeit zwischen NATO und der Weltbank bei der Reduzierung von Streitkräften, beispielsweise durch Aus- und Fortbildungsprogramme für Offiziere und Soldaten, um andere, zivile Berufe zu erlernen. Auch dies ist eine Konsequenz der Erfahrungen auf dem Balkan. Denn gerade das Fehlen einer sachgerechten und materiell unterfütterten Demobilisierung von Soldaten hat nachweislich den militanten Auseinandersetzungen immer wieder neue Nahrung gegeben und die Instabilität verstärkt bzw. verlängert. Hier ist allein schon der Weg der UCK und ihrer Kämpfer eine verheerende Lektion.

Übersicht über die Entwicklung der Sicherheit in Südosteuropa

Meine Damen und Herren!

Angesichts der Vielfalt der Ansätze fällt es schwer, eine ausgewogene Zwischenbilanz zu ziehen. Vielleicht ist es dienlicher, wenn ich abschließend auf nur einen, jedoch überaus wichtigen Indikator für die bislang erzielten Fortschritte zur Stabilisierung verweise:

Es ist die gemeinsame Bewertung der sicherheitspolitischen Grunderfordernisse seitens aller Staaten der Südosteuropa-Initiative unter Einschluss der Bundesrepublik Jugoslawien im sogenannten SEE-CAP (South East Europe Common Assessment Paper). In dieser Deklaration vom 30. Mai ist folgende Erklärung enthalten:

Ich zitiere: „Wir erklären, dass kein Staat im Südosten Europas eine militärische Bedrohung für einen anderen darstellt. Wir versichern, dass wir die staatliche Souveränität und territoriale Integrität respektieren werden. Wir bekennen uns zu der Regierungsform, basierend auf der Herrschaft des Rechts und der Gewährleistung der individuellen Rechte und Freiheit aller Menschen innerhalb des europäischen-atlantischen Raumes, in der die politische Führung demokratisch bestimmt wird und der Krieg als Mittel nicht akzeptiert wird.“ Ende des Zitats.

Gewiss, dies sind nur Worte und doch stehen sie für einen enormen Fortschritt in der Rezeption der regionalen Sicherheitsbelange und der gemeinsamen Interessen. Und an dieser Stelle lassen Sie mich meinen Vortrag beenden. Denn diese Erklärung gibt zugleich, wie ich meine, eine sehr klare Antwort auf die mir heute gestellte Themenfrage.

Ich danke Ihnen für Ihre Geduld.

Ist das Deutsche Heer interventionsfähig?

Generalmajor Jan Oerding
Kommandeur 10. Panzerdivision Sigmaringen



Es gilt das gesprochene Wort

Übersicht über die Themenfelder

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herzlichen Dank für die Einladung, vor diesem fachlich verzierten Publikum zu sprechen.

Man hatte mich gebeten zum Thema "Ist das deutsche Heer interventionsfähig?" vorzutragen.

Ein nicht einfaches Thema, das sich auch aufgrund der politischen Ereignisse in den letzten Wochen einer „gewissen“ besonderen Aufmerksamkeit erfreut.

Und Ihr zahlreiches Kommen und auch das allgemeine Interesse der Medien an dieser Thematik zeigen, dass ich mit meiner Bewertung gar nicht so falsch liege. Und dennoch steile ich mich dem Thema gerne, nicht zuletzt auch deshalb, weil ich damit auch Ihr Engagement für Sicherheits- und verteidigungspolitische Themen würdigen möchte.

Was aber macht dieses Thema so interessant, und warum wird es so heftig diskutiert und entzweit auch die Gemüter?

Sicherlich liegt dies mit an unserer eigenen historischen Erfahrungen und letztlich am Begriff selbst.

Denn Intervention in Verbindung mit dem Einsatz von Streitkräften bedeutete im Allgemeinverständnis

- vereinfacht ausgedrückt - immer die Beschneidung eines an sich souveränen Staates durch einen vermeintlich stärkeren, um eigene, das heißt nationale Interessen zu sichern.

Das Stichwort „Kanonenbootpolitik“ ist Ihnen allen bekannt und sagt hier mehr aus als weitschweifige Analysen.

Im klassischen Sinn ist also militärische Intervention die Fähigkeit, eigene Interessen mit militärischen Mitteln außerhalb des eigenen Landes durchzusetzen.

Hierzu waren früher eigentlich nur die klassischen Seemächte befähigt.

Sie besaßen jeder für sich die Fähigkeit zur globalen Machtprojektion und haben diese auch genutzt.

Aber auch Regionalmächte haben bis in die jüngste Zeit dieses Instrument genutzt, um ihren Interessenbereich abzusichern.

Und weil das so ist, ist auch gut nachvollziehbar, warum der Begriff "Intervention" heutzutage negativ besetzt ist.

Und das, obwohl, nimmt man den Duden zu Hilfe, Intervention nichts anderes bedeutet als "vermittelndes Eingreifen".

In der von mir skizzierten Darstellung widerspricht der Begriff jedoch unserem demokratischen rechtsstaatlichen Verständnis und ist damit auch in der Debatte um sicherheitspolitische Zielsetzungen und deren militärstrategische Umsetzung nicht hilfreich. Die Welt hat sich eben verändert.

Was heute gefragt ist, ist internationales Konflikt- bzw. Krisenmanagement mit dem Ziel, Konfliktpotential dort zu befrieden, wo es entstanden ist und zu verhindern, dass die globale und auch regionale sicherheitspolitische Balance wesentlich beeinträchtigt wird.

Oder Sie können es auch profaner und auch egoistischer ausdrücken, nämlich dass Konfliktpotential nicht auf Europa und letztlich auf Deutschland ausstrahlen oder besser gesagt wirken kann.

Wie will ich das Thema angehen?

Zunächst möchte ich mit einer Kurzdarstellung der veränderten sicherheitspolitischen Lage und den daraus zu ziehenden militärischen Konsequenzen beginnen. Dann werde ich die grundsätzlichen Voraussetzungen für die Fähigkeit von Streitkräften im Rahmen des internationalen Krisenmanagements vorstellen. Anschließend will ich Ihnen aufzeigen, was die Bundeswehr und das Heer im Besonderen bisher zu leisten hatte, wie sie sich mit Einnahme der neuen Struktur verändern wird und welches neue Fähigkeitsprofil daraus erwächst.

Ich bin mir sicher, dass sich für Sie nach dem Vortrag der Sinn, der Frage nach der Interventionsfähigkeit des Heeres verschoben haben wird und Sie sie vielleicht auch nicht mehr so stellen würden.

Denn was zu fragen ist, ist, ob das Heer mit seiner neuen Struktur unter den gravierend geänderten Rahmenbedingungen seinen von der Politik neu erteilten Auftrag erfüllen kann.

Und darauf versuche ich primär eine Antwort.

Meine Damen und Herren!

Zunächst gilt es die Kernfrage zu beantworten, wie sich die sicherheitspolitische Lage verändert hat und wozu wir Streitkräfte heute und künftig noch benötigen?

Übersicht über die Änderungen in der NATO-Struktur

In Zeiten des "Kalten Krieges" waren die Antworten auf diese Grundsatzfragen relativ einfach, Sie kennen sie. Ich rufe sie deshalb nur noch einmal in Erinnerung, um die Dimension der Veränderungen noch einmal zu verdeutlichen. Was war das Wesentliche?

1. Deutschland war geteilt und war potentielles Kriegsgebiet und
2. die beherrschende Bedrohung war deutlich sichtbar.

Es ging damals um die glaubwürdige, konventionelle Verteidigung Deutschlands gegen einen militärischen Angriff nach kurzer Vorwarnzeit.

Und genau auf diesen **eindimensionalen** Auftrag haben wir unsere Streitkräfte optimiert.

Unsere Divisionen hatten deshalb in der Konsequenz alle die gleiche Struktur. Sie wurden durch Ausbildung und Übungen darauf vorbereitet, aus dem Stand heraus rasch in ihre lange bekannten, und oftmals in unmittelbarer Nähe befindlichen Einsatzräume zu verlegen und sich dort für einen Einsatz bereit zu halten.

Und zum strategischen Konzept gehörte auch, dass unsere Verbündeten in Deutschland stationiert waren. Deutschland war so zu sagen Importeur von Sicherheit; nur so war die militärische Bedrohung durch den Warschauer Pakt einzudämmen.

Heute haben sich die politischen und damit auch strategischen Rahmenbedingungen grundlegend gewandelt.

Wir sind, wie heißt das so einprägsam aber in seiner Wirkung auch ein wenig verführerisch, von Freunden und Verbündeten umgeben, d.h.: Wir leben in einer prosperierenden, in sich stabilen Zone West- und Mitteleuropa.

Allerdings, und auch das müssen wir nüchtern zur Kenntnis nehmen, haben die latenten Regionalkonflikte an den Randzonen die Tendenz zur Ausstrahlung auf Europa und damit auch auf Deutschland.

Sie sind also für uns von Interesse oder anders ausgedrückt, diese Bereiche liegen in unserem Interessengebiet.

Die Folge ist: Hier können sich NATO und EU sicherheitspolitisch wie strategisch keine Abstinenz leisten.

Nur durch eine international getragene, zunehmend globaler sich verknüpfende Sicherheitsarchitektur kann auf diese - zunehmend asymmetrisch werdenden - Bedrohungen und Risiken reagiert werden.

Wichtig bei dieser Feststellung ist mir das Attribut „international“.

Denn eines wird wohl jedem zunehmend deutlich, nämlich, dass dem Risikospektrum, egal wie und wo es sich zeigt, nur im Rahmen internationaler Kooperation und Allianzen effektiv begegnet werden kann.

Auch eine Weltmacht kann sich dieser Tatsache nicht verschließen.

Und wenn das so ist, muss dies konzeptionelle und auch strukturelle Konsequenzen auch für die Streitkräfte haben.

Unser Bündnis, die NATO, hat auf diese Veränderungen rasch reagiert und die entsprechenden Konsequenzen gezogen. Sie lassen sich unter dem Aspekt „Was bedeutet dies für uns?“ wie folgt zusammenfassen:

1. Hauptaufgabe der NATO bleibt auch heute die kollektive Verteidigung, dazu tritt aber verstärkt die internationale Krisenbewältigung.
2. Für Deutschland bedeutet dies: Landesverteidigung als unmittelbare Verteidigung des eigenen Territoriums ist unter den aktuellen Bedingungen recht unwahrscheinlich.
3. Für uns heißt kollektive Verteidigung in überschaubarem Zeitraum Bündnisverteidigung - also die Unterstützung eines Bündnispartners **außerhalb** Deutschlands. Landesverteidigung geht also auf in Bündnisverteidigung.

Internationale Krisenbewältigung, in erster Linie in Form des gesamten Spektrums von Friedensmissionen, findet ebenfalls außerhalb Deutschlands statt. Und dies ist unser derzeit wahrscheinlichster Auftrag.

Das bedeutet aber auch: Deutschland wird vom Importeur zum Exporteur von Sicherheit.

Dieser Rollenwandel, nämlich der Wandel vom Importeur zum Exporteur von Sicherheit und Stabilität, ist auch der Grund dafür, dass wir in der neuen Struktur zum Beispiel die Einsatzkräfte deutlich von heute 60.000 auf 150.000 erhöhen.

Für das Heer bedeutet das, dass unsere schnell verfügbaren Reaktionskräfte von derzeit 37.000 auf 60.000 anwachsen.

Aber nicht nur dies ist folgerichtig.

In der Konsequenz erfordern die neuen Aufgaben, dass wir insbesondere auch im strategischen Bereich grundsätzlich neue Kapazitäten schaffen müssen für zum Beispiel

- o Aufklärung
- o Lufttransport oder generell Verlegfähigkeit und
- o Führungsfähigkeit.

Was heißt das im einzelnen?

Es geht vorrangig darum, dann, wenn Krisenmanagement außerhalb des eigenen Landes gefordert ist, Streitkräfte

1. in ausreichender Zahl einzusetzen und dazu gegebenenfalls über sehr weite Entfernungen möglichst schnell zu transportieren.
2. Das erfordert ausreichende Transportkapazität, die sowohl Truppe als auch ihr gesamtes Material von der Schraube bis zum Kampfpanzer aufnehmen und verbringen kann, konkret also eine entsprechende See- und Luftflotte.
3. Sie für einen längeren Zeitraum abseits der logistischen Basis im Heimatland zu unterhalten, d.h. ihre Durchhaltefähigkeit vor Ort zu gewährleisten. Das erfordert eine ausreichende Zahl von Soldaten, um beispielsweise in ein Kontingentsystem einzusteigen, und es bedingt vor allem ausreichend logistische Kräfte, um den Einsatz vor Ort autark zu unterfüttern.
4. Eigene Streitkräfte wirksam und dauerhaft zu schützen. Das ist neben der Frage des individuellen Schutzes auch eine Frage der Konzeption, der für den Schutz verfügbaren Kräfte und der strategischen Ressourcen im Bereich der Nachrichtengewinnung und Aufklärung und
5. Eigene Streitkräfte außerhalb des eigenen Landes und der technologischen Infrastruktur moderner Kommunikationsnetze sicher zu führen.

Das erfordert leistungsfähige, global vernetzte und gesicherte Führungsverbindungen, die heutzutage lediglich über Nachrichtensatelliten sichergestellt werden können.

Soweit zum strategischen Bereich.

Im operativ taktischen Bereich erfordert dies die rasche Verfügbarkeit von entsprechend ausgebildeten und ausgerüsteten Land-, See- und Luftstreitkräften.

Nur wenn wir dann beide Bereiche, den strategischen wie den operativ taktischen auch mit den unserem Land angemessenen Fähigkeiten unterlegen, tragen wir dem politischen Gewicht Deutschlands Rechnung und nur so lassen sich die internationalen Verpflichtungen im Rahmen der NATO und der EU erfüllen.

Und dies ist auch deshalb notwendig, weil unser Beitrag auch Voraussetzung dafür ist, um im wohlverstandenen Sinne Einfluss zu nehmen auf die Definition von Aufgaben und dann auch in der letzten Konsequenz auf die Entscheidung zum Einsatz.

Allerdings bedeutet die Erhöhung der Einsatzkräfte und die Ausrichtung auf rasche Reaktion nicht, dass wir auf die Fähigkeit der Landesverteidigung nach Mobilmachung verzichten.

Denn dieser Auftrag für die Streitkräfte hat Verfassungsrang.

Aufwuchsfähigkeit ist im übrigen auch die Rückversicherung gegen Wechselfälle der Geschichte, und niemand kennt die Entwicklung der nächsten 20 Jahre (Heer, F 134 000, V ca. 200 000).

Setzt man die politischen Vorgaben des den veränderten Rahmenbedingungen angepassten NATO-Konzeptes in allgemeine militärische Fähigkeiten um, so bedeutet dies für das deutsche Heer die Wahrnehmung und Beherrschung des gesamten erweiterten Aufgabenspektrums, nämlich die Teilnahme an:

- o mechanisierten Operationen oder anders ausgedrückt: klassischen Operationen

Übersicht über die Aufgaben des Heeres

- o Friedensmissionen
- o Spezialoperationen und das gemeinsam mit anderen Teilstreitkräften und vor allem immer im multinationalen Rahmen.

Dies sind die Herausforderungen von heute und morgen.

Eine ganz erhebliche Erweiterung der Aufgaben im Vergleich zum eindimensionalen Auftrag bis 1990.

Hinzu treten die im Anforderungsfall überall zu leistenden Aufgaben, die sich aus den Zusagen der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den Vereinten Nationen vom November des letzten Jahres ergeben. Auf der Übersicht sehen Sie diese sogenannten "Stand-By-Arrangements" einmal dargestellt.

Ich will nun nicht weiter im Allgemeinen bleiben, sondern die zwei Sie besonders interessierenden Fragen beantworten:

- o Was bedeutet die Reform konkret für die Fähigkeit zur Durchführung von Einsätzen im Heer und
- o was genau können wir mit der neuen Struktur leisten?

Die militärstrategischen Vorgaben für die Fähigkeit der **Bundeswehr** allgemein ohne Mobilmachung sind:

- o Führen einer sogenannten **großen** Operation bis zu einem Jahr zur Unterstützung eines Bündnispartners
- oder
- o Führen von zwei mittleren Operationen über einen längeren Zeitraum (Typ SFOR/KFOR) und zeitgleich
- o Führen von mehreren kleineren Operationen (Evak oder Hilfeinsätze humanitärer Art)

Umgesetzt für das Heer bedeutet dies:

- o Teilnahme im Rahmen der großen Operation mit einer verstärkten Mechanisierten Division (1 5.000 - 35.000). Diese käme dann im Rahmen der Bündnisverteidigung außerhalb Deutschlands zum Einsatz,
- oder
- o Alimentierung von Friedensmissionen über einen längeren Zeitraum in zwei Einsatzräumen und dies in einer Stärke bis zu 8.000 Mann
- und gleichzeitig
- o die Fähigkeit mit Spezialkräften deutsche Staatsbürger im Ausland aus Krisenregionen zu retten oder sich an anderen Einsätzen wie humanitären Hilfeleistungen oder Katastrophenhilfe zu beteiligen.

All diese Fähigkeiten wird die neue Heeresstruktur abbilden und damit das gesamte Aufgabenspektrum ausgewogen widerspiegeln.

Diese sehr komplexen Forderungen strukturell zur Deckung zu bringen, war natürlich nicht leicht und hatte auch divergierende Tendenzen.

Schließlich werden für die „klassischen, mechanisierten“ Operationen im Rahmen der Bündnisverteidigung andere Kräfte und Zusammensetzungen von Truppen benötigt als für Friedensmissionen.

Eine Operation zum Beispiel in Nordnorwegen erfordert andere Kräfte als der Einsatz auf dem Balkan oder an der Südflanke der NATO.

Oder anders ausgedrückt: Es gibt eben für das deutsche Heer keinen Standardauftrag mehr.

Wir haben in der neuen Struktur deshalb auf die Standarddivision bisheriger Prägung mit fest zugeordneten Unterstützungstruppenteilen verzichtet, obwohl sie einer langen und bewährten Tradition im deutschen Heer entsprochen hat.

Nur so war es möglich, die nötige Flexibilität für die heute erforderliche rasche modulare Zusammenstellung von maßgeschneiderten Truppenkörpern für jeden möglichen Einsatz zu erreichen.

Übersicht über die Fähigkeiten des Heeres im Detail eingehen, über die wir in der neuen Struktur verfügen werden.

Natürlich haben wir uns bei der Konzipierung und Neustrukturierung des Heeres auch von den derzeitigen Friedensmissionen auf dem BALKAN leiten lassen. Denn derartige Einsätze sind derzeit der am wahrscheinlichste Auftrag.

Und so stellte sich recht schnell die Frage, welchen Umfang an Soldaten wir uns für solche Einsätze eigentlich leisten wollen.

Diesen haben wir definiert und daraus dann die entsprechenden Strukturen abgeleitet.

Die künftige Zahl unserer Divisionen und Brigaden wird deshalb im wesentlichen bestimmt durch den Faktor Durchhaltefähigkeit bei den von mir zuvor beschriebenen Optionen.

Das heißt letztlich benötigen wir fünf Divisionen, um diese Durchhaltefähigkeit des Heeres für die definierte Auftragslage zu gewährleisten.

Nur so können wir zwischen den Einsätzen die dringend erforderliche Einsatzpause für die Truppe garantieren. Und dies gilt nur - und ich betone das ausdrücklich - bei einer Einsatzdauer von sechs Monaten.

Wie wirkt sich dies konkret aus?

Ich will das am Beispiel des Balkan-Einsatzes einmal verdeutlichen.

Jede dieser fünf Division stellt einmal in zweieinhalb Jahren für sechs Monate das Kontingent für den BALKAN.

Während dieser Zeit bereitet sich eine Division auf diese Friedensmission vor, eine weitere bereitet den gerade absolvierten Einsatz nach. Die beiden verbleibenden Divisionen erhöhen ihre Fähigkeit zur Führung von mechanisierten Operationen durch Ausbildung und Übungen.

Also ein Kreislaufsystem, das die Truppenteile möglichst gleichmäßig belastet.

Und Sie sehen schon an dieser Darstellung, dass dem so ist.

Darüber hinaus bestimmt dieser Einsatzrhythmus auch den Ausbildungs- und Übungsrhythmus des Heeres.

Das heißt aber auch, dass sich unsere Truppenteile in einem unterschiedlichen Ausbildungsstand jeweils für unterschiedliche Aufgaben befinden.

Somit steht das Heer nicht zeitgleich für alle Aufgaben verfügbar ist. Und dies muss man wissen, wenn man kurzfristig Fähigkeiten abrufen möchte.

Fazit: Im Kern besteht das Heer der Zukunft aus fünf mechanisierten, aufwuchsfähigen Divisionen, von denen jede für den Einsatz einem multinationalen Korps zugeordnet wird.

Diese Grundgliederung des Heeres mit fünf Divisionen wirkt natürlich auf den ersten Blick recht konventionell - aber eben nur auf den ersten Blick.

Lassen Sie mich darum nun die neuen Fähigkeiten des Heeres etwas näher beschreiben. Denn das deutsche Heer hat weit mehr zu bieten als diese fünf mechanisierte Divisionen.

Neu konzipiert und besonders auf das erweiterte Aufgabenspektrum zugeschnitten, sind:

- o die Division Spezielle Operationen,
- o die Division Luftbewegliche Operation und das sogenannte
- o Heerestruppenkommando.

Die wohl bedeutendste Neuerung stellt dabei das Heerestruppenkommando dar. Hier sind die bisherigen Divisionstruppen zusammengefasst.

Wir haben dadurch die Fähigkeit erworben, den Einsatzdivisionen optimal und lageorientiert maßgeschneiderte Module für Kampf- und Einsatzunterstützung zur Verfügung zu stellen.

Dieses Prinzip der „Modularität“ ist sowohl für Friedensmissionen als auch für Kampfeinsätze anwendbar. Oder anders ausgedrückt: Das Heerestruppenkommando ist ein Force Multiplier auf Heerebene.

Übersicht über die Aufgaben der Division für spezielle Operationen

In der Division für spezielle Operationen sind die leichten, luftlandefähigen, spezialisierten Kräfte des Heeres unter einheitlicher Führung zusammengefasst:

- o zum einen das Kommando Spezialkräfte und
- o zum anderen die beiden noch verbliebenen Luftlandebrigaden.

Ihre Aufgabe in der Zukunft ist vor allem der Kampf gegen verdeckt operierenden Gegner. Sie sind auch befähigt zum Kampf in der Tiefe. Sie bilden den Kern der spezialisierten Infanterie des deutschen Heeres.

2004 wird diese Division voll einsatzbereit sein.

Hier sind wir dabei, eine Fähigkeit zu erwerben, die vor allem bei Einsätzen eigener Kräfte außerhalb Deutschlands immer wichtiger wird: die Fähigkeit uns insbesondere vor verdeckt operierenden Kräften zu schützen und ihnen die Initiative zu nehmen.

Lassen Sie mich das kurz erläutern:

Bei unseren bisherigen Einsätzen haben wir festgestellt, dass das Bedrohungspotential für unsere Kräfte auch bei Friedensmissionen sehr hoch und sehr vielfältig sein kann. Es kann sich u.a. darstellen als

- o Überfälle auf Konvois und Einrichtungen
- o Bombenanschläge
- o Selbstmordkommandos
- o Handstreichs und Hinterhalte.

Ich will diese Gefährdungen hier nicht im Detail weiter beschreiben, sondern als Oberbegriff dieses Bedrohungspotential als "verdeckt operierenden Gegner" bezeichnen.

Diesen Gefährdungen, die häufig durch unkonventionelle Kampfweisen gekennzeichnet sind, kann die Truppe meist mit ihren originären, herkömmlichen Mitteln nicht begegnen.

Sie muss sich schließlich auch auf die Durchführung ihres Hauptauftrages im Rahmen der Gesamtoperation konzentrieren und kann nicht eine weitere komplexe und sehr anspruchsvolle, weil spezialisierte Aufgabe übernehmen.

Denn der wirksame Schutz der eigenen Truppe kann oft nur durch das Beherrschen eines Raumes sichergestellt werden. Im Ergebnis heißt das für uns: wir brauchen eine Truppe, die darauf spezialisiert ist, einen verdeckt kämpfenden Gegner abzuwehren.

Anders ausgedrückt: Sie muss wirkungsvoll und dauerhaft verhindern, dass sich gegnerischer Kräfte im Raum festsetzen, dass der Gegner unbeobachtet einen Raum nutzt und ihn damit dauerhaft auf Distanz zur eigenen Truppe halten.

In der Regel müssen dazu spezialisierte Kräfte der Infanterie eingesetzt werden. In der neuen Konzeption werden gerade die Fallschirmjäger für diese Aufgabe „Schutz“ spezialisiert und sind daher besonders geeignet für diese Einsätze.

D.h.: Sie benötigen neben ihrer ohnehin schon umfangreichen und intensiven Schulung darüber hinaus eine spezielle Ausbildung, eine besondere Ausrüstung und das Einüben neuer Einsatzverfahren, um den schnellen Zugriff in den Raum hinein durchführen zu können.

Voraussetzung dafür ist, dass ein leistungsfähiger Verbund von Aufklärungsmitteln die Entwicklung der Lage in den relevanten Räumen kontinuierlich überwacht und die entscheidenden Aufklärungsergebnisse in Echtzeit übermittelt.

Zu dieser präzisen und aktuellen Lageaufklärung tragen eine Vielzahl von Aufklärungsmitteln bei. Genau diese Fähigkeiten werden in der Division Spezielle Operationen abgebildet.

Ich komme dann nun zu einer weiteren besonderen operativen Fähigkeit des deutschen Heeres. Die neue Division für Luftbewegliche Operationen ist nicht nur eine einfache organisatorische Zusammenfassung der Heeresfliegerkräfte.

Übersicht über die Struktur der 10. Panzerdivision

Mit dem NH 90 und dem Kampfhubschrauber Tiger erhalten wir neue operative Fähigkeiten und steigen in die sogenannte Luftmechanisierung ein.

Denn diese Kräfte sind befähigt zum schnellen, selbständigen und durchsetzungsfähigen Einsatz in der Tiefe und nutzbar für Einsätze im gesamten Aufgabenspektrum.

Meine Damen, meine Herren!

Mit diesen neuen Strukturen sind wir in der Tat konzeptionell auf der Höhe der Zeit.

Aber auch die klassischen Divisionen werden sich von ihrem Gesicht her verändern. Lassen Sie mich das am Beispiel der von mir geführten 10. Panzerdivision kurz erläutern.

Die 10. Panzerdivision wird von einer schweren, mechanisierten Division zu einem Großverband mit einem ausgewogenen Mix an schweren mechanisierten, mittleren sowie leichten Kräften umgegliedert.

Wir nennen dies „Medium Force“.

Verfügte sie in der bisherigen Struktur noch über zwei starke mechanisierte Brigaden und den Deutschen Anteil an der Deutsch/Französischen-Brigade, so bilden in der Zielstruktur die Gebirgsjägerbrigade, eine Panzergrenadierbrigade und unverändert die deutschen Verbände der Deutsch/Französischen-Brigade die operativen Kernelemente.

Dadurch werden wir die 10. Panzerdivision mit ehemals sechs schweren, mechanisierten Bataillonen und nur einem leichten Bataillon durch Halbieren der Anzahl der schweren Verbände und Erhöhen der Zahl der mittleren Verbände auf vier sowie der leichten auf zwei in die Zielstruktur überführen.

Aber wir werden uns nicht nur in unserer Grundstruktur verändern, sondern auch teilweise in unserem Grundverständnis.

Vor allem an der Gebirgsjägerbrigade wird diese Konsequenz der Neuausrichtung der Division deutlich. Während die Gebirgsjäger früher mit Schwerpunkt für den Kampf im alpinen Gelände vorgesehen waren, so sind sie künftig als spezialisierte Infanterie zum Kampf in anderem schwierigen, auch urbanen Gelände unter widrigsten Witterungs- und extremen klimatischen Bedingungen befähigt.

Sie müssen also mehr können.

Meine Damen, meine Herren!

Kern der Reform der Bundeswehr und damit auch des Heeres ist seine strukturelle Ausrichtung auf den Einsatz. Ich habe das eingangs bereits erwähnt.

An der künftigen Zahl der sogenannten Reaktionskräfte wird diese neue Einsatzorientierung des Heeres auch in der neuen 10. Panzerdivision deutlich.

Wir werden künftig über 57 Einheiten mit sogenannten Reaktionskräften verfügen.

Das bedeutet gegenüber den bisherigen 43 Einheiten der Krisenreaktionskräfte (aus 10. Panzerdivision und 1. GD zusammen) eine Steigerung um 30%.

Zudem erweitert sich durch die Umgliederung auch die multinationale Einbindung der Division: Neben der unveränderten Assignierung zum EUROMOBIL und der Unterstellung des deutschen Anteils der Deutsch/Französischen-Brigade tritt künftig der AMF(L)-Auftrag und der Auftrag, den deutschen Anteil zu NCF zu stellen.

Ich möchte es bei diesen Betrachtungen der Struktur bewenden lassen und ein erstes Fazit zu den Fähigkeiten des Heeres ziehen.

- o Wir bewahren unsere bisherigen Fähigkeiten zu mechanisierten Operationen und zur klassischen Landesverteidigung.
- o Die neue Heeresstruktur verbindet bewährte Elemente mit innovativen Strukturelementen und

Übersicht über die Fähigkeiten des deutschen Heeres

o wir schaffen neue Fähigkeiten für ein größeres Aufgabenspektrum, ohne auf bisherige zu verzichten.

Mit diesem erweiterten Spektrum an militärischen Fähigkeiten und der Möglichkeit mit dem Prinzip der Modularität Einsatzverbände rasch bilden zu können, wird der Politik eine große Vielfalt an Handlungsmöglichkeiten gegeben.

Ich komme damit zu meinem zweiten Punkt der Darstellung der Fähigkeiten des deutschen Heeres am Beispiel des aktuellen Einsatzes auf dem BALKAN.

In diesem Einsatz zeigt sich im Übrigen, dass das Heer sich gut bewährt.

Wir haben uns strukturell auf den langandauernden Einsatz auf dem Balkan eingerichtet und sind in der Lage, Stäbe und Truppe aufgabenorientiert zusammenzustellen.

Die Soldaten ertragen Härten ohne Klagen, sie gehen an die Grenze der Belastbarkeit. Sie sind sich bewusst, für Menschenrechte und Menschenwürde einzutreten

Sie sind robust und sensibel zugleich.

Dies ist eine wichtige Voraussetzung um den Herausforderungen der Zukunft gerecht zu werden.

Insgesamt hat der Einsatz den Charakter des Heeres verändert. Mental haben wir den Wandel von der Ausbildungs- zur Einsatzarmee vollzogen:

Das Heer ist erwachsener geworden.

Natürlich hat diese Leistung ihren Preis. Und dieser Preis ist hoch und umfasst mehrere Bereiche:

o Erstens: Ein permanent hohes Einsatzprofil vor allem des Führungspersonals im In- und Ausland.

o Zweitens: Eine lang andauernde Phase der personellen Aufstellung des Kontingentes. Die 10. Panzerdivision stellt das 6. Einsatzkontingent SFOR / KFOR im ersten Halbjahr 2003 und hat bereits jetzt schon mit der Benennung der Leitverbände und der namentlichen Festlegung des Personals für den Einsatz begonnen.

o Drittens: Eine sehr präzise, umfangreiche und inhaltlich sehr intensive einsatzvorbereitende Ausbildung, die ständig lageorientiert aktualisiert wird.

o Ich will diese Faktoren am Beispiel der 10. Panzerdivision für das 6. Einsatzkontingent konkretisieren.

o Wir haben die Einsatzaufgaben innerhalb der Division aufgeteilt:
die Deutsch-Französische Brigade wird den SFOR-Auftrag übernehmen,

o die Gebirgsjägerbrigade 23 den KFOR-Auftrag,

o die Panzergrenadierbrigade 30 ist im wesentlichen für die Ausbildung der Kontingente verantwortlich.

Von den insgesamt bis zu 6.300 Soldaten für den Einsatz wird die Division mit etwa 4.500 die Masse des Kontingentes stellen. Die noch fehlenden Soldaten werden durch andere Dienststellen des Heeres aber auch aus der Luftwaffe, der Streitkräftebasis und dem Zentralen Sanitätsdienst ergänzt.

Viele der Soldaten sind bereits mehrfach im Einsatz gewesen.

Die vorbereitenden besondere Ausbildung umfasst sowohl die Ausbildung der Kontingente an den zentralen Ausbildungseinrichtungen des Heeres als auch die Truppenübungsplatzaufenthalte, die wir selbst gestalten müssen.

Allein die hier dargestellte geographische Verteilung der Ausbildungsstätten vermittelt einen Eindruck von der Dimension der Vorbereitung.

Noch deutlicher wird dieser Umfang der Vorbereitungen, wenn man die zeitliche Abfolge der Ausbildungsschritte bis zur Verlegung des Kontingentes in den Einsatz betrachtet: wir benötigen ein halbes Jahr intensiver Vorbereitungen. Rechnet man den planerischen Vorlauf dazu, ist man rasch bei 9 -12 Monaten angelangt.

Meine Damen und Herren!

Lassen Sie mich nach der Betrachtung der neuen Struktur und des Einsatzbeispiels BALKAN nun die Fähigkeiten beschreiben, die sich strukturell kaum erfassen lassen:

- o Führungsleistung
- o Ausbildungsstand der Truppe
- o Motivation und
- o Ausrüstung

Hinsichtlich Führungsleistung, Ausbildungsstand und Motivation der Truppe gehört das deutsche Heer zur internationalen Spitze. Nicht nur auf dem BALKAN im Rahmen der dort durchgeführten Friedensmissionen zeigt die Truppe täglich ihre außerordentlich hohe Leistungsfähigkeit.

Auch bei mechanisierten Operationen haben wir im Heer noch immer einen Leistungsstand, der hohen Ansprüchen genügt. Diese Qualität liegt vor allem in der Systematik und der Methodik unserer Ausbildung begründet.

Die Qualität der Truppenausbildung wird insbesondere durch die verantwortlichen Bataillonskommandeure und Kompaniechefs sowie ihre Zug- und Gruppenführer geschaffen. Daher ist die Ausbildung gerade dieses Schlüsselpersonals unsere entscheidende Investition in die Zukunft.

Bereits 1997 haben wir im Heer dazu die entscheidenden Grundlagen gelegt. Die Steigerung des Führungskönnens - damals kurz als Leadership -Training bezeichnet - ist mit großem Erfolg angelaufen.

Ein wesentliches Mittel, um das Führungspersonal unter realistischen, harten psychischen und physischen Bedingungen zu schulen, sind die mit erheblichem organisatorischen und finanziellen Aufwand neu aufgebauten zentralen Ausbildungseinrichtungen des Heeres.

Das Heer verfügt für die Ausbildung von Führungspersonal und Truppe bis einschließlich der Bataillonsebene über:

- o Das Regionale Übungszentrum Nord in Munster
- o Das Regionale Übungszentrum Infanterie in Hammelburg und
- o Das Gefechtsübungszentrum (GÜZ) in Altmark

Diese modernen Gefechtsübungszentren werden noch weiter ausgebaut. Sie sind besonders wegen der Systematik der Ausbildung und Unbestechlichkeit der Dokumentation einzigartig. Sie entlasten die Truppe ganz wesentlich vom Vorbereitungs- und Organisationsaufwand, der mit Ausbildungs- und Übungsvorhaben verbunden ist.

Jede Kampfkompanie der Reaktionskräfte des Heeres soll einmal jährlich im GÜZ (wenn vollständig ausgebaut) Übungen durchlaufen. Weitere Kampfkompanien der Verstärkungskräfte sollen in drei Jahren zwei Durchgänge im GÜZ und im RÜZ absolvieren.

Der Kompaniechef führt dabei seine verstärkte Kompanie in einer Gefechtsübung mit zwei Parteien und grundsätzlich einer anschließenden Gefechtsübung mit Gefechts- bzw. Übungsmunition (in den RÜZ).

Vergleichbares kannten wir in der Vergangenheit nicht.

Die hohe Zahl der Ausbildungsabläufe liegt auch darin begründet, dass nur die Wiederholung eine Steigerung in Führungsverhalten und fachlicher Kompetenz ermöglicht. Und nur die Wiederholung schafft Verhaltenssicherheit und damit einen dauerhaft hohen Standard in den Führungsqualitäten.

Übersicht über die Aufgaben der verschiedenen Einheiten des Heeres.

Die Führer und Stäbe der Bataillone und Brigaden werden in den SIRA Stützpunkten des Heeres (Simulation Rahmenübungen) in der Taktik gefordert.

Das Heeressimulationszentrum (GUPPIS) in Wildflecken dient in erster Linie der Schulung in der Operationsführung auf Divisions- und Korpsebene. Diese zentralen Ausbildungseinrichtungen des Heeres vervollständigen die Umsetzung des Leadership-Trainings.

Wir haben mit der 10. Panzerdivision gerade gestern eine Übung eine computerunterstützte Übung am Übungszentrum in WILDFLECKEN beendet. Ich habe mich dort aus eigener Anschauung vom Ausbildungserfolg und von der Verbesserung der Fertigkeiten bei der Übungstruppe überzeugen können.

Meine Damen und Herren!

Lassen Sie mich zu meinem letzten Punkt, dem Material kommen.

Die Materialausstattung des Heeres liegt natürlich genau wie die allgemeine Finanzlage außerhalb meines Verantwortungsbereiches. Ich werde mich daher nur sehr zurückhaltend äußern.

In einigen Bereichen unserer Ausrüstung sind wir internationale Spitze; Beispiele sind der Kampfpanzer, die Artillerie, die Drohnenaufklärung, aber auch die Ausstattung unserer ABC-Abwehrtruppe.

Für unsere Einsätze auf dem Balkan sind wir - auch mit speziellem Gerät - international vergleichbar gut ausgestattet. Hier ist auch durch die Politik kurzfristig reagiert worden, wenn es um die Nachbesserung von Material oder um dessen Beschaffung ging.

Ich erinnere beispielsweise an unsere neuen Patrouillenfahrzeuge ATF 2, besser bekannt als DINGO oder an die Zusatzpanzerung für Schützenpanzer und Lkw; ebenso die Einführung des Aufklärungssystems LUNA, mit dem wir die Aufklärungsfähigkeit im Nahbereich deutlich verbessert haben.

Für die KRK/RK-mechanisierten Kräfte gilt:

Auch heute sind diese Kräfte in Stärke einer verstärkten Division bereits recht modern ausgestattet. Sie werden hoffentlich in den kommenden beiden Jahren durch weitere Maßnahmen auf gutem internationalen Niveau sein.

Aber auch dies hat seinen Preis - nämlich die Notwendigkeit, in den letzten fünf bis sechs Jahren immer stärker zu priorisieren, führte dazu, dass der Großteil des Heeres, nämlich die HVK in ihrer zwingend notwendigen Modernisierung immer stärker ins Hintertreffen geraten sind.

Dies müssen wir nüchtern feststellen.

Das fällt auch unter die Beratungspflicht gegenüber der politischen Führung.

Zum Stand der Ausrüstung ergibt sich aber dennoch insgesamt ein deutlich differenzierteres Bild als es gelegentlich gezeichnet wird.

Und weil Sie heute hier als Experten zusammen gekommen sind, kann ich dies auch so feststellen. Denn Ihnen ist nur mit "grobem Strichen" nicht gedient.

Unbestreitbare Tatsache ist aber auch, es besteht Handlungsbedarf bezüglich der entsprechenden finanziellen Unterfütterung der neuen Struktur.

Wenn dies nicht kommt wird es schwierig.

Damit will ich meine Ausführungen zu den Fähigkeiten des Heeres abschließen.

Ich fasse zusammen:

Die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen haben sich im letzten Jahrzehnt grundlegend verändert. Die Bundeswehr und damit auch das Heer haben sich den sicherheitspolitischen Erfordernissen unter Berücksichtigung unserer Verfassung und unserer politischen Interessen ebenfalls gewandelt:

o Bis 1990 hatten wir eine Armee der Vorneverteidigung.

Übersicht über die Entwicklung der Armee der Einheit

- o In den Jahren 1990 - 1995 haben wir die Armee der Einheit geschaffen.
- o Seit 1995 haben wir durch ein neues Ausbildungskonzept eine neue Qualität des Heeres erreicht.
- o Parallel dazu haben wir seit 1996 die Einsätze auf dem Balkan durchgeführt und uns zu einer Einsatzarmee gewandelt.
- o Wir befinden uns im Heer in einem kontinuierlichen Transformationsprozess von der eindimensionalen Ausrichtung bei Struktur und Material zum ausgewogenen Mix an Kräften, moderner Ausrüstung und folgendem Fähigkeitsprofil:
- o Mit gepanzerter Kampftruppe als Rückgrat (wir behalten einen "schweren Kern") und spezialisierter Infanterie für die gesamte Breite der Spezialoperationen.
- o Wir verbessern unsere Präzisions- und Abstandsfähigkeit vor allem mit neuen Aufklärungssystemen und steigen in die Luftmechanisierung ein.
- o Wir entwickeln die Fähigkeit, Kräfte der Kampfunterstützung und der Logistik nach dem Prinzip der Modularität maßgeschneidert zuzuordnen.
- o Wir werden unsere Fähigkeiten zum Schutz der eigenen Truppe sowie unsere Aufklärungs- und Reaktionsfähigkeit im Einsatz erweitern
- o Wir werden neben dieser strukturellen Innovation hoffentlich unsere Ausrüstung schrittweise modernisieren und an unserer bewährten Ausbildungssystematik festhalten.

Alles in allem kann ich abschließend sagen:

Wir wissen, was man von uns erwartet und was wir können.

Wir haben noch immer eine recht gute personelle Substanz und materielle Basis, auf die wir aufbauen können. Wir brauchen den internationalen Vergleich auch unter den neuen Gegebenheiten nach wie vor nicht zu scheuen, auch wenn es unabwiesbare Defizite gibt, die es zu bereinigen gilt.

Und dies nicht zuletzt deshalb, weil wir es unseren Soldaten schuldig sind, die dann in den Einsatz gehen. Sie haben ein Anrecht auf bestmögliche Alimentierung.

Alles in allem bin ich aber recht zuversichtlich, dass wir uns mit Einnahme der neuen Struktur, den Herausforderungen der Zukunft - national wie auch international - stellen können und diese erfolgreich meistern werden.

Dies gilt aber nur dann, wenn die dazu notwendigen Ressourcen bereitgestellt werden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V.
Landesgruppe Baden-Württemberg

Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik
Landesbereich Baden-Württemberg

8. internationaler Sicherheit- und Verteidigungspolitischer Kongress
23./24. November 2001 in Karlsruhe, Queens Hotel

Resolution

Die 300 Teilnehmer des 8. Internationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitischen Kongresses der Landesgruppe Baden-Württemberg im Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V. und der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik, Landesbereich Baden-Württemberg, erklären einmütig ihre Zustimmung zum Kampf der Vereinigten Staaten von Amerika gegen den Internationalen Terrorismus, den sie - gestützt auf die Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates und des Nordatlantikrates der NATO - für die gesamte zivilisierte Welt führen. Es wird ausdrücklich begrüßt, dass Deutschland die Vereinigten Staaten von Amerika bei der Bekämpfung des Terrorismus, solidarisch mit den anderen Verbündeten, in jeder Beziehung unterstützt und hierzu auch Einheiten der Bundeswehr bereitstellt und einsetzt. Die Teilnehmer hoffen im Interesse der Soldaten und ihrer Angehörigen, wie der Bevölkerung im Kampfgebiet, dass die militärischen Einsätze schnell und erfolgreich zu Ende geführt werden können.

Der Kongress ist sich bewusst, dass dieser Kampf nicht nur mit militärischen Mitteln geführt werden kann. Es bedarf der Anstrengung verschiedenster gesellschaftlicher Gruppierungen, um die finanziellen Quellen der terroristischen Vereinigungen zum Versiegen zu bringen und ihre Organisationen zu zerschlagen.

Es gilt die Unterstützung, die diese Gruppen von manchen sympathisierenden religiösen Vereinigungen und Staaten erhalten, zu unterbinden. Die Kongressteilnehmer wissen sehr wohl zu unterscheiden zwischen den Staaten und Vereinigungen, die offen oder heimlich die verbrecherischen Organisationen des Terrorismus unterstützen, und jenen, die solidarisch gegen den Terror und eklatante Verletzungen der Menschenrechte kämpfen. Der Kongress ruft deshalb Christen und Muslime in Deutschland auf, Terror und Hass gemeinsam und konsequent zu bekämpfen. Der Terror darf keine Gräben zwischen friedliebenden Menschen unterschiedlicher religiöser Überzeugungen ziehen.

Die Kongressteilnehmer fordern alle politischen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen in Deutschland auf, auch über eine mögliche Zusammenarbeit zwischen Polizei und Bundeswehr im Innern zu beraten. Die Bundeswehr und die speziell hierfür ausgebildeten Reservisten können im Bereich Raum- und Objektschutz, nicht zuletzt im Bereich der Luftüberwachung, die Innere Sicherheit erheblich stärken. Wenn hierfür zusätzliche Mittel für Ausstattung und Ausbildung erforderlich werden, dienen diese der Sicherheit aller Bürger. Auch eine Prüfung, ob der Personalumfang der Streitkräfte für solche Aufgaben erhöht werden muss, sollte im Interesse der vorbeugenden Gefahrenabwehr auch im Inneren unseres Landes vorbehaltlos erfolgen.

Ü^æÁÄÖ[\^}æä}ÄË[}*!^••



Vollbesetztes Haus



auch in den hinteren Reihen

ÜãÁÍÄÖ[\^}œ}ÄË[}*!^••



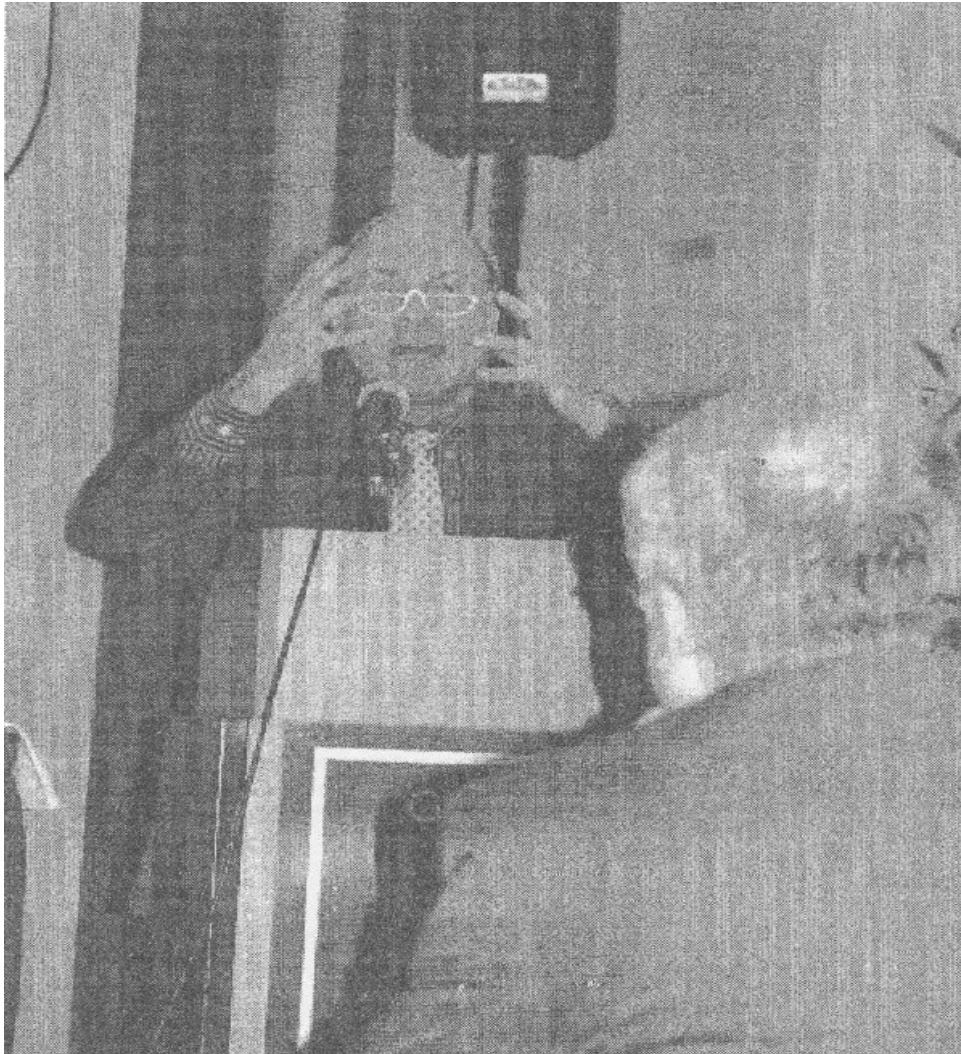
Allgemeine Erheiterung (v.l.):
GenLt a.D. Wolfgang Odendahl, Gerd Teßmer MdL, GenLt Götz F. E. Gliemerth und Rainer Arnold MdB
zweite Reihe: Burkhard Ehrlich, Hiltrud Thaysen-Schmeja und Gertrud Eitze

Ach ja, die „Achillesverse“



Landesvorsitzender Oberst d.R. Peter Eitze und Professor Dr. Udo Steinbach

Ü^ä^ÁîÄÖ[\^ { ^} caä } Á ÈS [} * ! ^ ••



Spannung pur beim Vortrag Professor Dr. Steinbach
Leider hat er den ausgezeichneten und von uns aufgezeichneten Vortrag nicht freigegeben



Teilnehmer aus der Kreisgruppe Rhein-Neckar (v.l.):
Karlheinz Würz, Gerhard Zimmermann, Dieter Püschel und Erich Wolf

Ü^æ^ÄïÄÖ[\^}æä}ÄÉS[}*!^••

Qualifizierte Beiträge aus dem Plenum:



Ersin Ugursal



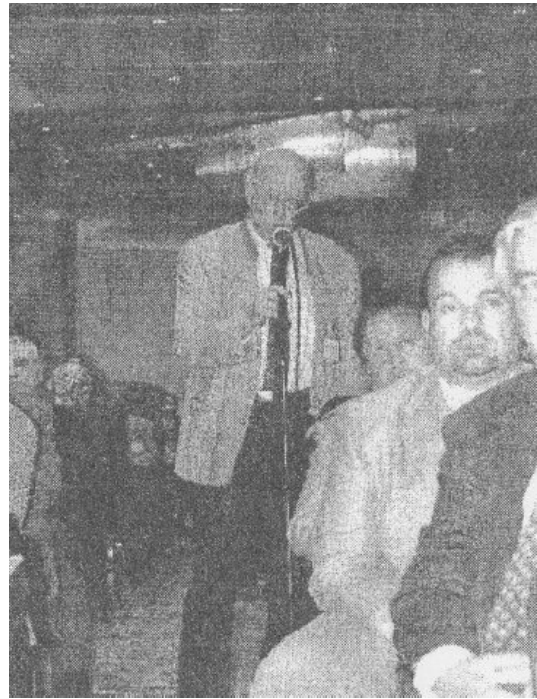
Leutnant a.D. Eberhard Knönagel



Ehrenlandesvorsitzender Niedersachsen
Oberstlt d.R. Horst Hagemann

Ü^ä^ÁìÄÖ[\^}œä}ÄÉS[}*!^••

Qualifizierte Beiträge aus dem Plenum:



Dr. Waldis Greiselis



Col (R) Dr. Stephen T. Cochrane



Karl-Heinz Flach

vorne Brigadegeneral Jürgen Knoppe, dahinter Oberst d.R. Dr. Manfred Walz

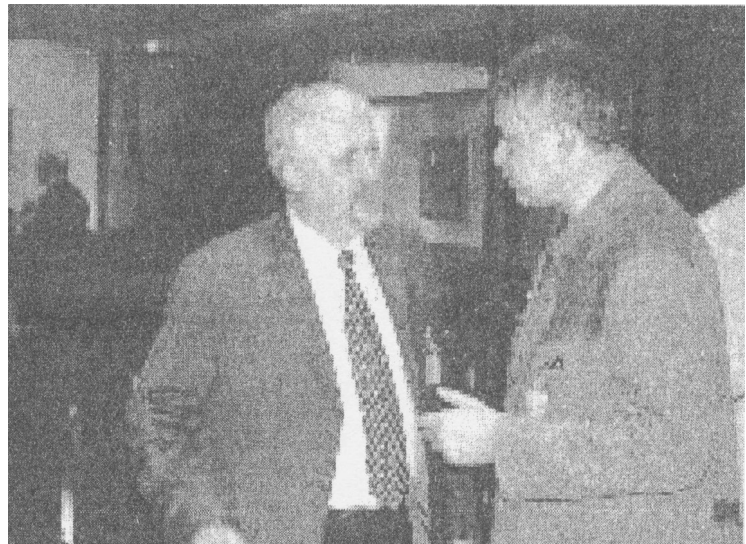
Ü^æ^Á JÄÖ[\^ { ^} æä } Á ÉS[] * !^••



Auch während der Pause rege Diskussionen:
Im Vordergrund General a.D. Wolfgang Odendahl und HptFw Karl-Heinz Bög,
ä Ää ö !*!~) äÖä æ^*^)^!æR-!*^)^S)[] ^Á) äÜæ^!ÁE)[läT áÓ



Burkhard Ehrlich, Michael Sihler, Frau Ehrlich



Gerd Teßmer MdL und Oberst d.R. Hermann Letschert

„Das deutsche Heer ist erwachsen geworden“

Reservisten diskutierten über den Einsatz von Soldaten zur Erhöhung der Inneren Sicherheit

Von unserem Mitarbeiter
Johannes Leclerque

Karlsruhe. „Das Heer ist erwachsen geworden“: Mit diesem Satz kommentierte Generalmajor Jan Oerding, der Kommandeur der 10. Panzerdivision in Sigmaringen, den „Wandel der Bundeswehr von der Ausbildungs- zur Einsatzarmee“. Die Bundesrepublik Deutschland habe sich vom „Importeur von Sicherheit“ zum Exporteur entwickelt, bilanzierte der Kommandeur der größten deutschen Felddivision die Einsätze der Bundeswehr auf dem Balkan und demnächst bei der Terrorbekämpfung.

Generalleutnant Götz Gliemeroth, der deutsche Befehlshaber des Natostabes »Joint Command Centre« in Heidelberg forderte, die Nato müsse „handlungsfähig und wertorientiert bleiben“. Unterschiedliche Noten verteilte Oerding bei der Bewertung der Bundeswehr:

Die Ausrüstung sei teilweise „international spitze“, die deutschen Soldaten auf dem Balkan seien gut ausgestattet, die Hauptverteidigungskräfte seien dagegen „ins Hintertreffen geraten“. Handlungsbedarf sieht der General jedoch bei der „finanziellen Unterfütterung der neuen Bundeswehrstruktur“.

Beide Generäle, die Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold (SPD) und Thomas Kossendey (CDU) sowie Staatssekretär Heribert Rech (CDU) sprachen am Wochenende in Karlsruhe auf dem achten Internationalen Sicherheitspolitischen Kongress des Reservistenverbandes und der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik, der sich schwerpunktmäßig mit der Südosflanke der Nato befasste.

Kossendey beschrieb den Wandel der Türkei vom Eckpfeiler der Nato zum Mittler zwischen Europa und dem Nahen Osten. „Wer solche Nachbarn hat, braucht keine Feinde“, erklärte

Kossendey zur Grenze der Türkei mit dem Iran, dem Irak und Syrien. Arnold verteidigte die „kollektive Nothilfe bei schweren Menschenrechtsverletzungen“, forderte aber klare internationale Regelungen dafür. Angesichts der aktuellen Ereignisse müsse man „über Prioritäten und Zielrichtung (der Bundeswehrreform) noch mal reden“, sagte er.

Oberst d.R. Peter Eitze, der Landesvorsitzende des Reservistenverbandes in Baden-Württemberg, verwies darauf, dass ausgebildete Reservisten für den Raum- und Objektschutz sowie für die Luftraumüberwachung zur Verfügung stünden. In einer Resolution forderte der Kongress eine sachliche Diskussion über die Zusammenarbeit von Polizei und Bundeswehr bei der Abwehr terroristischer Bedrohungen. Der Kongress begrüßte es, dass die Bundesrepublik in Solidarität mit den USA Truppen zur Terrorbekämpfung bereitstellt.

Beid. Neueste Nachrichten, KA, v. 26.11.01



»Das Heer ist erwachsen geworden«

Beim 8. Sicherheitspolitischen Kongress Information über Südostflanke der NATO

KARLSRUHE (LPR/jol.) - Auch der 8. sicherheitspolitische Kongress der Landesgruppe der Reservisten in Baden-Württemberg und der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik unter ihren Vorsitzenden Oberst d.R. Peter Eitze und Oberst a.D./d.R. Nikolaus Schmeja Ende November in Karlsruhe spiegelte mit rund 300 Reservisten und Gästen aus allen Teilen der Gesellschaft das starke Interesse für ausgewogene Sicherheitspolitik wider.

In den in Karlsruhe erscheinenden »Badische Neueste Nachrichten« resümiert der Journalist und Beauftragte der Landesgruppe für Sicherheitspolitik, Dr. Johannes Leclerque, u.a.: Mit dem Satz: »Das Heer ist erwachsen geworden« unterstreicht Generalmajor Jan Oerding, Kommandeur 10. Panzerdivision (Sigmaringen), den »Wandel der Bundeswehr von der Ausbildungs- zur Einsatzarmee«. Deutschland habe sich vom »Importeur von Sicherheit zum Exporteur« entwickelt, bis »ins Hintertreffen geraten«. Handlungsbedarf sieht der General jedoch bei der »finanziellen Unterfütterung der neuen Bundeswehrstruktur«.



lanziert der Kommandeur der größten deutschen Felddivision die Einsätze auf dem Balkan und demnächst in der Terrorbekämpfung.

Generalleutnant Götz Gliemeroth, der deutsche Befehlshaber des NATO-Stabes »Joint Command Centre« in Heidelberg, forderte, die NATO müsse »handlungsfähig und wertorientiert bleiben«. Unterschiedliche Noten verteilte Oerding bei der Bewertung der Bundeswehr: Die Ausrüstung sei teilweise »international spitze«, die deutschen Soldaten auf dem Balkan seien gut ausgestattet, die Hauptverteidigungskräfte seien dagegen

zwischen Europa und dem Nahen Osten. »Wer solche Nachbarn hat, braucht keine Feinde«, erklärte Kossendey zur Grenze der Türkei mit dem Iran, dem Irak und Syrien. Arnold verteidigte die »kollektive Nothilfe bei schweren Menschenrechtsverletzungen«, forderte aber klare internationale Regelungen dafür. Angesichts der aktuellen Ereignisse müsse man »über Prioritäten und Zielrichtung (der Bundeswehrreform) noch mal reden«, sagte er.

In seinem engagierten und von den Gästen viel beachteten Beitrag mit der Frage, ob der vordere Orient ein Krisenherd vor



REDE UND ANTWORT in Fragen der NATO: Generalleutnant Götz F.E. Gliemeroth (r.), Befehlshaber Joint Command Centre Heidelberg. Links im Bild Landesvorsitzender Oberst d.R. Peter Eitze.

dem Nebeneingang zu Europa sein könnte, setzte sich Professor Dr. Udo Steinbach vom Deutschen Orient-Institut auseinander. Dabei erwies er sich als profunder Kenner vor allem der gegenwärtigen Situation.

HERVORRAGENDER KENNER des Vorderen Orients: Prof. Dr. Udo Steinbach, Deutsches Orient-Institut.

Oberst d.R. Peter Eitze, der Landesvorsitzende des Reservistenverbandes in Baden-Württemberg, verwies darauf, dass ausgebildete Reservisten für den Raum- und Objektschutz sowie für die Luftraumüberwachung

zur Verfügung stünden. In einer Resolution forderte der Kongress eine sachliche Diskussion über die Zusammenarbeit von Polizei und Bundeswehr bei der Abwehr terroristischer Bedrohungen. Der Kongress begrüßte es, dass die Bundesrepublik in Solidarität mit den USA Truppen zur Terrorbekämpfung bereitstellt.

Mit dieser viel beachteten Veranstaltung setzten die Landesgruppe der Reservisten und die Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik ihre erfolgreiche Serie sicherheitspolitischer Foren fort, die weit über die Grenzen Baden-Württembergs hohe Kompetenz ihrer Referenten und einen aufgeschlossenen Teilnehmerkreis garantieren.



AUFGESCHLOSSEN und interessiert an Sicherheitspolitik: Reservisten und Gäste aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Fotos (3): Trzetzziak

Lfd. Nr.	Name	Vorname	Straße	PLZ	Ort	DstGrd
1	Abrecht	Marco	Ritterstr. 2	75181	Pforzheim	Lt d.R.
2	Achterberg	Klaus-Jürgen	PF 10 52 61	70045	Stuttgart	Präs WBV V
3	Aigner	Josef	Ebratsweiler 2	88634	Herdwangen	OGefr d.R.
4	Amann	Hans-Jo.	Heidenheimer Straße 95	89075	Ulm	OSTFw d.R.
5	Amende	Reinhard	Brenzstr. 5	72766	Reutlingen	OSTFw d.R.
6	Arnold	Rainer	Platz der Republik 1	11011	Berlin	MdB
7	Aust	Enrico Joachim	Lachentalstr. 20	71093	Weil im Schönbuch	OLt d.R.
8	Baier	Peter	Am Mühlbach 3 B	79238	Ehrenkirchen	HptFw d.R.
9	Balkheimer	Klaus	Fraidelweg 8	89077	Ulm	Oberstlt d.R.
10	Baron	Rolf	In den Gänsäckern 10	77656	Offenburg	Hptm d.R.
11	Bartz	Georg	Lindenstr. 2	79809	Weilheim Rohr	StFw d.R.
12	Bauer	Dr. Florian	Forchenweg 7	78549	Spaichingen	OSTA d.R.
13	Baur	Erwin	Hüttenseestraße 13	88099	Neukirch	OGefr d.R.
14	Bayer	Andreas	Nelkenstraße 3	88094	Oberteuringen	Lt d.R.
15	Benedikt	Rolf	Jägerhausstr. 72	74074	Heilbronn	Oberst d.R.
16	Benner	Hartmut	Kälberwasen 1	74586	Frankenhardt-Honhai	Hptm d.R.
17	Bernhard	Michael	Zuckerbergstr. 153	70378	Stuttgart	Hptm d.R.
18	Blersch	Ulrich	Lichtenwiesen 5	88709	Meersburg	KptLt d.R.
19	Blersch	Edelgard	Lichtenwiesen 5	88709	Meersburg	
20	Blümlein	Hans-Jürgen	Kolpingstr. 3	88069	Tettngang	StFw d.R.
21	Bodamer	Ralf Alexander	Tauchenweilerstr. 20/1	73457	Essingen	Maj d.R.
22	Bög	Karl-Heinz	Waldstraße 80	76661	Philippensburg	StFw (akt)
23	Böhme	Klaus	Einsteinstr. 40	88471	Laupheim	OLt d.R.
24	Bohms	Uwe	Gartenstr. 10	88441	Mittelbiberach-Reute	OLt d.R.
25	Böhnlein	Dieter	Corelliweg 4	70195	Stuttgart	Hptm d.R.
26	Boil	Robert	Aschen 5	88260	Argenbühl	HptFw d.R.
27	Bonde	Uto R.	Schulstr. 21	79111	Freiburg-St. Georgen	Oberstlt d.R.
28	Bönsch	Joachim	Wolfackerweg 3	72213	Spielberg	
29	Borgmeyer	Wolfgang	Helenkellerweg 1	69151	Neckargemünd	Hptm d.R.
30	Borutta	Peter	Hegeweg 5	79312	Emmendingen	Gefr d.R.
31	Bowitz	Dr. Hans-Hermann	Bayernstr. 39	67061	Ludwigshafen	
32	Brand	Dieter	Grüner Weg 54	59556	Lippstadt	GfW NRW
33	Brandt	Reinhold	Konstanzer Straße 62	78315	Radolfzell	Staatsanwalt
34	Breska	Ulli				
35	Bröckel	Roiand	Riedstr. 4	71711	Murr	OFw d.R.
36	Brönnimann	Adrian	Dienstchef TerrDiv 4(CH)			Oberstlt
37	Bruhn	Johann Michael	Lembergerweg 23	74329	Freudental	HptFw d.R.
38	Buckermann	Hans-Georg	Drosselweg 8	78647	Trossingen	Oberstlt d.R.
39	Bühier	Manfred	Alemannenweg 4	88512	Mengen	HptGefr d.R.
40	Buob	Armin	Schwenninger Straße 9	78083	Dauchingen	StUffz d.R.
41	Burkhardt	Michael	Limpurgerweg 14	74423	Obersontheim	Oberstlt d.R.
42	Burr	Manfred	Schubartstr. 33	89134	Blaustein	StFw d.R.
43	Büttler	Heinz	Stabschef TerrDiv 4 (CH)			Oberst iGst

Ü ã Ä HÄÖ [\ ^ } œ ã } Ä ÈS [] * ! ^ ••

Reservistenverband
Landesgeschäftsstelle
Baden-Württemberg

Teilnehmer 8. Kongress
I_n alphabetischer Reihenfolge

44	Cunitz	Bernd	Bismarckstr. 83	73433	Aalen	OFw d.R.
45	Dauven	Ottmar	Sonnenbergstr. 49	71120	Grafenau	Hptm d.R.
46	Degler	Philipp	Friedr.-Ebert-Str. 2/2	76437	Rastatt	OFw d.R.
47	Dettinger	Dr. Hellmuth	Am Schloßpark 21	79252	Freiburg-Stegen	Oberstlt d.R.
48	Diestel-Feddersen	Lennart	Pfaffenwaidring 42 E 302	70569	Stuttgart	Lt z.S.d.R.
49	Drützer-Heilgeist	Marthamaria	(Wie Ehrhardt)			
50	Duttlinger	Friedrich	Im Hardt 22	79777	Ühlingen-Birkendorf	Hptm d.R.
51	Eben	Heinz	Martinstr. 14	88214	RV-Oberhofen	Fwd.R.
52	Eberhardt	Ingo	Breslauerstr. 7	73072	Donzdorf	HptGefr d.R.
53	Ehrhardt	Dieter	Auf der Klamm 14	76646	Bruchsal	Hptm d.R.
54	Ehrlich	Burkhart	Blauenweg 4	79379	Müllheim	Oberstlt d.R.
55	Eitze	Peter	Burgunderweg 6	78464	Konstanz	Oberst d.R.
56	Eitze	Gertrud	Burgunderweg 6	78464	Konstanz	Richterin
57	Eppler	Rudi	Heubergstr. 2	78554	Aldingen	StFw d.R.
58	Fallert	Joachim	Weinstr. 40	76534	Baden-Baden	OLt d.R.
59	Fautz	Thomas	Am Gärtlesberg 25	88718	Daisendorf	Oberstlt d.R.
60	Fehren	Ulrich	Maienwafferstr. 25	73733	Esslingen	Oberstlt d.R.
61	Feil	Bernd	Reuchlinstr. 8	75181	Pforzheim	StFw d.R.
62	Feyen	Ferdi	Eichenstr. 17	69502	Hemsbach	Oberstlt d.R.
63	Fießer	Horst	Joh.-Strauß-Str. 5	68723	Plankstadt	Gefr d.R.
64	Fink	Hugo	Im Laichle 32	73527	Schwäbisch Gmünd	Hptm d.R.
65	Fitz	Erwin Ritter von	Arlbergstr. 113a	A-6900	Bregenz	Oberstlt
66	Flach	Karl-Heinz	Kasernenweg 2	74821	Mosbach	Oberstlt a.D.d R.
67	Föll	Falk W.	Burgstr. 69 /111	60389	Frankfurt/M.	OLt d.R.
68	Freiberg	Klaus	Kranichweg 23	68307	Mannheim	Oberstlt d.R.
69	Froschauer	Rudolf	Adolf-Ruth-Str. 5 a	79143	Waldkirch	Oberstlt d.R.
70	Gabriel	Martin	Torstr. 15	74343	Sachsenheim	OGefr d.R.
71	Gail	Rüdiger	Wolfackerweg 3	72213	Spielberg	HptGefr d.R.
72	Gärtner	Bruno	Rathaus	69234	Dielheim	Oberst d.R.
73	Gehrmann	W.H.	Schulerstr. 6	72379	Hechingen	OFw d.R.
74	Gentner	Richard	Siessener Straße 2	88348	Bad Saulgau	HptFw d.R.
75	Gläser	Wolf-Dieter	Alte Hohle 11	76703	Kraichtal	Hptm d.R.
76	Gliemeroth	Götz F.E.	JHQC, Römerstr. 138	69126	Heidelberg	GenLt
77	Gnan	Franz	Uffhauser-Str. 38	79115	Freiburg	Oberstlt d.R.
78	Göckel	Christoph	Panoramastr. 27	79312	Emmendingen	Maj d.R.
79	Göhringer	Peter S.	Leibnitzstr. 2 A	75210	Keltern-Dietlingen	StFw d.R.
80	Gölz	Werner	Schillerstr. 9	74847	Obrigheim	HptFw d.R.
81	Görög	Uwe	Meisenstr. 2a	77731	Willstätt	Fw d.R.
82	Greiner	Dr. Gottfried	Peter-von-Schnellbach-Str 39	69151	Neckargemünd	GenMaj a.D.
83	Greiselis	Dr. Waldis	Umlandstr. 9	76698	Ubstadt-Weiher	Oberstlt d.R.
84	Griesinger	Jochen	Auf dem Haigst 22	70597	Stuttgart	Oberstlt d.R.
85	Gundlach	Rudolf	Rintheimer Querallee 11	76131	Karlsruhe	Oberst
86	Gutsche	Wolfgang	Stifterstraße 6	67065	Ludwigshafen	HptGefr d.R.
87	Haas	Kurt	Tannenbergr. 38	88214	Ravensburg	HptFw d.R.

Ü ã Á | Ä Ö [\ ^ } œ ä } Á Ě Š [] * ! ^ • •

Reservistenverband
Landesgeschäftsstelle
Baden-Württemberg

Teilnehmer 8. Kongress
j_n alphabetischer Reihenfolge

88	Hägele	Udo	Tannenweg 26	72654	Neckartenzlingen	Oberstlt d.R.
89	Hagemann	Horst				Oberstlt d.R.
90	Haigis	Lothar	Sägegasse 5	78369	Wellendingen	Maj d.R.
91	Harr	Siegfried	Forchen weg 1	78658	Zimmern-Horgen	FKpt d.R.
92	Haug	Josef	Hohenbodmann	88696	Owingen	Uffz d.R.
93	Heidenreich	Lothar	Eichenweg 14	76337	Waldbronn	Oberstlt d.R.
94	Helbig	Jochen	Fichtenstr. 16	71088	Holzgerlingen	Hptm d.R.
95	Helriegel	Rolf	Augustenburger Str. 8	24860	Böklund	Oberstlt a.D. d.R.
96	Hennemuth	Wilfried	Hohlengrabengasse 1	78628	Rottweil	
97	Hepperle	Georg R.	Friedrichstr. 44	88045	Friedrichshafen	Maj d.R.
98	Herrling	Berthold	Finkenweg 38	88097	Eriskirch	HptGefr d.R.
99	Hintz	Dr. Joachim	Neu-Breisacher-Str. 1	79206	Breisach	OstVet d.R.
100	Hipp	Reinhard	Franz-Schubert-Str. 2	88213	Ravensburg	StUffz d.R.
101	Hocker	Patrick	Hartmannsdorfer Str. 9	71101	Schönaich	Hptm d.R.
102	Hofmeyer	Manfred	Graf-Stauffenberg-Kas.	72483	Sigmaringen	Oberst i.G.
103	Hogmann	Dr. Manfred	Bussardweg 2	76275	Ettlingen	
104	Horsch	Rudolf	Körnerstr. 7	76571	Gaggenau	Oberstlt d.R.
105	Hotz	Karl-Friedrich	Bauernwaldstr. 98	70195	Stuttgart	Oberstlt d.R.
106	Hübbe	Bernd	Albert Hugard Str. 36	79219	Staufen	Hptm d.R.
107	Huber	Markus	Dr. H. Köhler Str. 58	74731	Walldürn	Fwd.R.
108	Hundt	Roland	Hohenneuffenstr. 45	72666	Neckartaiflingen	OLt d.R.
109	Hutsch	Dietmar	Otto-Berthold-Str. 2	88255	Baienfurt	StFw d.R.
110	Insam	Rolf	Reute 5	88279	Amtszell	Lt d.R.
111	Irmer	Thomas	Mannheimer Str. 65	78467	Konstanz	OBtsm d.R.
112	Iwanczuk	Thomas	Hardtstr. 294	72510	Stetten a.k.M.	Hptm
113	Jaffke	Edward-Errol	Im Hangelstein 2/1	73730	Esslingen-Zell	Oberstlt d.R.
114	Jodat	Peter	Platanenweg 5	73333	Giengen / Fils	HptFw d.R.
115	Josuweit	Hermann	Matstall G8	71634	Ludwigsburg	Oberstlt d.R.
116	Kasper	Manfred	Sulzgrieser Str. 71	73733	Esslingen	OLt d.R.
117	Kaupa	Dr. Ing. Herbert	Badenwerkstr. 3	76137	Karlsruhe	Oberst d.R.
118	Kaupisch	D.	Maisenbachstr. 11	76359	Marzell	Oberstlt d.R.
119	Keiler	Anton	Würzburger Str. 81	97950	Großrinderfeld-G.	Fw d.R.
120	Kellermann	Gerold	Kleinbärenweiler 7	74575	Schrozberg	Maj d.R.
121	Klemme	Rudolf	Birkenstr. 3	74924	Neckarbischofsheim	Oberstlt d.R.
122	Klink	Eckart	Kinzigstr. 1	79379	Müllheim	Oberst
123	Klöpfer	Holger	Hegefstraße 46	73431	Aalen	HptFw d.R.
124	Klug	Hans-Dieter	Schwetzingenstr. 10	69181	Leimen	Hptm d.R.
125	Knäble	Ulrich	Lucas-Cranach-Str. 11	69190	Walldorf	Maj d.R.
126	Knauer	Max	Lilienstr. 11	76703	Kraichtal	StFw d.R.
127	Kniege	Gerhard	OrgLtr Ulm			OstFw d.R.
128	Knodel	Rudi	Bürgermeisteramt	76307	Karlsbad	
129	Knönagel	Eberhard	Steubenstr. 12	71638	Ludwigsburg	Lt a.D.
130	Knoppe	Jürgen	PF 45 06 61	80906	München	BrigGen
131	Kobes	Rolf-Dieter	Hansjakobstr. 27	77871	Renchen	StFw d.R.

132	Kohout	Gerhard	Spechtstr. 10	97877.	Wertheim-Grünenwöi	Oberst i.G. d.R.
133	Kolpatsch	Michael	Rudoif-Diesel-Str. 6	76351	Linkenheim	Hptm d.R.
134	König	Siegfried	Rathaus		Karlsruhe	1. BM
135	Kopp	Bernhard	Kirchdörfer Str. 31	78052	VS-Marbach	Maj d.R.
136	Kortt	Ulrich	Öhringer Str. 18	74189	Weinsberg	FKpt d.R.
137	Kossendey	Thomas	Platz der Republik 1	11011	Berlin	MdB
138	Kraft	Kai	Heinrich Lanz Straße 18	69502	Hemsbach	
139	Krause	Andreas	Gelber Kreidebusen 6	72108	Rotten bürg / N.	Oberstlt a.D.
140	Krayer	Wolfgang	Erlenstr. 8	97941	Tauberbischofsheim	Oberstlt a.D.
141	Krug	Horst-Hubertus	Mainastr. 49	78464	Konstanz	Oberstlt a.D.
142	Kubitschek	F.	Josef-Priller-Str. 6	86159	Augsburg	Hptm d.R.
143	Kück	Herbert	Alban-Stolz-Str. 22	79108	Freiburg	HptFw d.R.
144	Kuhn	Dr. Claus	Wilhelm-Pfoh-Str. 37	74706	Osterburken	OstA d.R.
145	Kunczier	Otto	Arlbergstr. 113a	A-6900	Bregenz	Oberst
146	Kunert	Jürgen	Fliederweg 5	78357	Mühlingen	Hptm d.R.
147	Lämmerzahl	Norbert	Schelmenstr. 26	73035	Göppingen	Maj d.R.
148	Lasi	Michael	Danziger Str 9	88361	Altshausen	Fw d.R.
149	Lauster	Siegfried	Kornbeckstr. 8	71640	Ludwigsburg	OstFw d.R.
150	Leclerque	Dr. Johannes	Steinbügelstr. 9	76228	Karlsruhe	Oberstlt d.R.
151	Letschert	Hermann	Südstr. 11	55483	Heinzenbach	Oberst d.R.
152	Link	Egon	Wiesenstr. 8	CH 9220	Bischofszell	Gefr d.R.
153	Lochmann	Gerhard	Theodor-Ludwig-Str. 26	79312	Emmendingen	HonKon Schweiz
154	Loppacher	Heinz	PCC PLT Switzerland	B-7010	SHAPE	Col (GS)
155	Lorek	Hartmut	Forlenweg 11	76149	Karlsruhe	Oberstlt a.D.
156	Lust	Werner	Bahnhofstr. 105A	79618	Rheinfelden	HptFw d.R.
157	Luxemburger	Richard	Zur Öle 29	88682	Salem	Oberstlt d.R.
158	Luz	Eberhard	Mühlberg 25	72116	Mössingen	OGefr d.R.
159	Maier	Gerhard	Seelenbachweg 11	73525	Schwäbisch Gmünd	Oberstlt a.D.
160	Malirs	Hans-Jürgen	Hoppegartener Str. 70	15866	Hönow	Oberstlt d.R.
161	Masuch	Lutz-Hennig	Großriedgasse 32	77743	Neuried	Hptm d.R.
162	Maurer	Anton A.	Neuweg 41	79365	Rheinhausen	Hptm d.R.
163	Mehr	Klaus Dieter	Reinhardt-Kaserne	73477	Ellwangen	Oberstlt
164	Meichsner	Manfred	Sonnenweg 9	88097	Eriskirch	Oberstlt d.R.
165	Meier	Bodo	Steigstr. 31	72820	Sonnenbühl-Erpfinge	KptLt d.R.
166	Meschenmoser	Konrad	Meretsreute 22	88273	Fronreute	StFw d.R.
167	Mezger	Jürgen	Schubertstr. 4	88085	Langenargen	StFw d.R.
168	Mickel	Hubert	Adlerstr. 16	74889	Sinsheim-Hoffenheirr	Lt d.R.
169	Mika	Franz	Stiegelenweg 20	79219	Staufen	Hptm d.R.
170	Möcklin	Manfred	Kolpingstr. 14	77855	Achern	StUffz d.R.
171	Mohr	Karl	Mozartstr. 3	76831	Billigheim	Oberstlt d.R.
172	Molsberger	Philipp	Ammertalstr. 5	72108	Rottenburg	Olt d.R.
173	Molt	Matthias	Salamanderweg 5	70499	Stuttgart	Maj d.R.
174	Mommendey	Hans-Jürgen	Gerokweg 6/1	73779	Deizisau	Fw d.R.
175	Much		Bildechinger Str. 62	72160	Hurb	Oberstlt (akt.)

176	Müller	Stephan	Stefan-Zweig-Str. 9	70469	Stuttgart	Maj d.R.
177	Münch	Peter	Stuttgarter Str. 154	71732	Tamm	Oberstlt d.R.
178	Niemeyer	Klaus	PF 10 52 61	70045	Stuttgart	Vizeprärs WBV V
179	Noft	Hans-Georg	Hindenburgstr. 6/1	74343	Sachsenheim	StFw d.R.
180	Notheis	Bernd	W.-Dachstein-Str. 15	77654	Offenburg	Uffz d.R.
181	Odendahf	Wolfgang	Kelternweg 13	89075	Ulm	GenLt a.D.
182	Oerding	Jan	Graf-Stauffenberg-Kas.	72483	Sigmaringen	GenMaj
183	Ott	Dr.	La Gardenia	CH-6921	Vico Morcote	Oberst iGst
184	Otto	Dr. Wolfgang	Gartenstr. 1	68782	Brühl-Rohrdorf	OFArzt d.R.
185	Pastor		(Fahrer Malirs, Reservist)			
186	Peltier	Jean-Francois	Renchener Str. 22	77704	Oberkirch	LtCol
187	Popp	Werner	Schönwälder Str. 6	78098	Triberg	Oberstlt a.D.
188	Poppenberger	Willi	Geleener Str. 51	71034	Böblingen	
189	Poser	Dieter	Römerstr. 19	67166	Otterstadt	Hptm d.R.
190	Potz	Josef Georg	BGM-Jäger Str. 2 A	69214	Eppelheim	OLt d.R.
191	Prade	Wolfgang	Limesring 48	73560	Böbingen	Oberstlt d.R.
192	Puschel	Dieter	Karlsbader Str. 51	67065	Ludwigshafen	StFw d.R.
193	Quast	Klaus	Rockenauer Pfad 45	69190	Walldorf	OLt d.R.
194	Racko	DI Dusan	Sokolska 6	SL-81104	Bratislava, Slowakei	OLt d.R.
195	Rapp	Horst	Combургweg 3	71686	Remseck	HptFw d.R.
196	Rau	Peter	Wiesenstr. 75	79312	Emmendingen	OFw d.R.
197	Räuber	Adalbert	Dekan-Hoefler-Str. 2 a	68723	Baden-Baden	Oberstlt d.R.
198	Rauscher	Jörg	Appenmühlstr. 8	76185	Karlsruhe	Oberstlt d.R.
199	Rautenkranz	Norbert	Im Zwischenhofen 1	76709	Kraichtal	OLt d.R.
200	Reeb	Jürgen	Bruchstr. 9	74889	Sinsheim	Maj d.R.
201	Restei	Peter	Frh. von Drais-Str. 26	68535	Edingen-Neckarhaus	Oberstlt d.R.
202	Rinck	Jochen M.	Im Vogelsang	71638	Ludwigsburg	Hptm d.R.
203	Roduch	Lothar	Böhmerstraße 5	73540	Heubach-Lautern	Oberstlt d.R.
204	Rohr	Josef	Berliner Str. 8	74321	Bietigheim-Bissingen	OGefr d.R.
205	Rohr	Andreas	Breslauer Str. 51	74321	Bietigheim-Bissingen	HptGefr d.R.
206	Römer	Toni	Staig 22	88287	Grünkraut	OStFwd.R.
207	Ropertz	Harry-Rolf	Schul-Straße 28	88718	Daisendorf	Oberstlt d.R.
208	Roser	Manfred	Umlandstraße 14	97990	Weikersheim	Hptm a.D.d.R.
209	Rösner	Heinz	Karlstr. 12/1	88074	Meckenbeuren	Fw d.R.
210	Roth	Karl-Otto	Bahnhofstr. 1	77728	Oppenau	Oberstlt d.R.
211	Roth	Thomas	Turnhallenstr. 2	55743	Idar-Oberstein	Maj d.R.
212	Ruppert	Karl-Ludwig	Johannesstr. 5	88410	Bad Wurzach	OFw d.R.
213	Schänzle	Wolfgang D.	Lautergartenstr. 20	73072	Donzdorf	Maj d.R.
214	Schaulinski	Günther	Wilhelmsburg-Kaserne	89033	Ulm	Oberst i.G.
215	Scheibler	Jörg	Hohermuthstr. 3	76698	Ubstadt-Weiher	StUffz d.R.
216	Schelleis	Norbert	PF 10 21 35	78421	Konstanz	Präs Volksbund
217	Schick	Werner	Am Heudorfer Kreuz 3	72516	Scheer	Oberstlt d.R.
218	Schick	Rudi	Kuckucksweg 2	74847	Obrigheim	Hptm d.R.
219	Schild	Frank	Görltzer Str. 25	71701	Schwieberdingen	GenMaj a.D.

220	Schlindwein	Fred	Karlstr. 65	76137	Karlsruhe	Hptm d.R.
221	Schmeja	Nikolaus	Vischerstr. 13	72072	Tübingen	Oberst a.D.
222	Schmelz	Wolfgang	Merianstr. 17	69168	Wiesloch	HptFw d.R.
223	Schmid	Rainer	Florianstr. 34	72555	Metzingen	OGefr d.R.
224	Schmidt	Heinz F.	Karl-Braun-Weg 1	70771	Leinfelden-Echterd.	Oberstlt d.R.
225	Schmieder	Egon M.	Im Weidenbusch 6	78247	Hilzingen	Oberst d.R.
226	Schmieder	Richard	Jahnstr. 6	79336	Herbolzheim	StFw d.R.
227	Schneider	Josef	Kantstr. 8	88213	Ravensburg	OFw d.R.
228	Schneider	Harald	Römerstr. 14	69198	Schriesheim	Maj d.R.
229	Scholl	Markus	Zwerggewann 21	69124	Heidelberg	
230	Schöndorf	Paul W.	Sundgauallee 15	79114	Frei bürg	Oberst d.R.
231	Schreiber	Jürgen	Allmannsdorfer Str. 50	78464	Konstanz	StBtsm d.R.
232	Schröder	Thorsten	Talgartenstr. 7	78462	Konstanz	Hptm d.R.
233	Schulenburg	Werner	Hermann-Hesse-Str. 10	70734	Fellbach	Oberstlt d.R.
234	Schürger	Michael-Stefan	Finkenweg 8	88085	Langenargen	Maj d.R.
235	Schwarz	Fritz-Peter	Rhönweg 8	74736	Hardheim	Oberstlt a.D.
236	Schweickart	Robert	25A route de Saverne	F-67205	Straßburg-Oberhausl	Col
237	Schweikart	Harald	Rotenbergstr. 85	70190	Stuttgart	StFw d.R.
238	Schweinbenz	Benno	Uhlandweg 2	88239	Wangen i. A.	Oberstlt d.R.
239	Seeh	Werner	Schwandorfer Str. 15	78579	Neuhausen	Gefr d.R.
240	Seitz	Bernhard	Gaisbergring 24	78086	Brigachtal-Klengen	Lt d.R.
241	Selg	Heinz-Jürgen	Schlossbergstr. 3	88348	Bad Saulgau	OGefr d.R.
242	Semmler	Heinz O.	Langenbergstr. 35	75031	Eppingen	StFw d.R.
243	Sickel	Günter	Blumenstr. 3	71686	Remseck	OBtsm d.R.
244	Siegfried	Werner	Oberhaldenstr.	CH 9223	Halden	Wm
245	Sihler	Michael	Kappel 16	97944	Boxberg	Oberstlt d.R.
246	Slawik	Werner	Pullastr. 7	76646	Bruchsal	Hptm a.D.
247	Sorge	Jörg	Neue Siedlung 40	72525	Münsingen	StFw d.R.
248	Spohn	Rudolf	Kesselbronn 1	89081	Ulm	OFw d.R.
249	Sprecher	Dirk	Taubenweg 6	75180	Pforzheim	Lt d.R.
250	Stein	Prof. Dr. Torsten	Ludolf-Krehl-Str. 1 B	69120	Heidelberg	Oberst d.R.
251	Steinbach	Prof. Dr. Udo	Neuer Jungfernstieg 21	20354	Hamburg	
252	Steinbeck	Raimund	Ulrichstr. 16	89250	Senden	Oberstlt
253	Steinhauer	Joachim	Grabenstr. 6	88069	Tettnang	StUffz d.R.
254	Sterk	Michael	Wagnerstr. 24	88250	Weingarten	Oberstlt d.R.
255	Strasser	Manfred	Untere Breite 5	88693	Deggenhausertal	Maj d.R.
256	Straub	Uwe	Hermannsdorfer Straße 1	72475	Bitz	HptFw d.R.
257	Straub	Ernst	Schafwiesenweg 22	69412	Eberbach	StUffz d.R.
258	Stumpe	Christian	Dietersklingenweg 1	69469	Weinheim	Lt d.R.
259	Stumpf-Kaiser	Wilhelm	Georg-Blasel-Straße 5	76275	Ettlingen	OFw d.R.
260	Teßmer	Gerd	Lindauer Str. 20	74862	Binau	Oberstlt d.R.
261	Thaysen-Schmeja	Hiltrud	Vischerstr. 13	72072	Tübingen	
262	Tiedtke	Uwe i	Am Oberen Schiossberg	71686	Remseck	HptBtsm d.R.
263	Trinkner i	Gerhard <	Mbrecht-Dürer-Str. 42	75015	Bretten	FKpt d.R.

264	Trzetzia	Georg A.	Durlacher Str. 14	76229	Karlsruhe	Oberstlt d.R.
265	Tscharntke	Claus-Jürgen	In der Au 9	72488	Sigmaringen	Maj d.R.
266	Ugursal	Ersin	Marienstr. 24	70178	Stuttgart	
267	Vetter	Günter	Wagnerstr. 68	89077	Ulm	OGefr
268	Vieczn	Karin	Borrenstr. 3	72488	Sigmaringen	
269	Wagner	Klaus	Hohenneuffenstr. 42	72488	Sigmaringen	OSTFw d.R.
270	Wagner	Helmut	Vordere Str. 5	73230	Kirchheim u.T.	StFw d.R.
271	Wagner	Markus	Krickentenweg 19	70378	Stuttgart	Hptm d.R.
272	Walter	Rudi				
273	Walz	Dr. Manfred	Moltkestr. 50	76133	Karlsruhe	Oberst d.R.
274	Wannenwetsch	Prof. Dr. Helmut	Dr. Hepp-Str. 7	67434	Neustadt/W.	Maj d.R.
275	Weber	Norbert	Kaiserstr. 13	72805	Lichtenstein	Oberstlt d.R.
276	Wenning	Walter	Breslauerstr. 7	79576	Weil a.Rh.	Oberst d.R.
277	Weste	Florian	Werderstr. 61	68165	Mannheim	OLt d.R.
278	Widmaler	Peter	Im Eckfeld 6	79379	Müllheim	OLt d.R.
279	Widmer	Herbert	Bitteischießer Str.	72488	Sigmaringen	StFw d.R.
280	Wilczek	Dr. Ing. Elmar	Spiegelberg 3	88090	Immenstaad	KKpt d.R.
281	Wilkens	Willibert	Im Hellersgrund 12	77974	Meißenheim	Hptm d.R.
282	Winkler	Hanspeter	Dresdener Weg 3	74189	Weinsberg	Oberstlt a.D.
283	Winnes	Claus	Am Kehler Tor 10	76437	Rastatt	Hptm d.R.
284	Winterroth	Gisbert	Hermann-Löns-Weg 59	69207	Sandhausen	Oberstlt d.R.
285	Winterroth, jun.	Bodo			Heidelberg	
286	Wistuba	Manfred	Wenzelgasse 42	53111	Bonn	
287	Wolf	Erich	Franz-Schubert-Str. 4	69190	Walldorf	StFw d.R.
288	Wolff	Hans-Rüdiger	Stiftswaldstr. 7	70569	Stuttgart	HptGefr d.R.
289	Wollin	Jürgen	Zähringerstr. 7	79341	Kenzingen	StFw d.R.
290	Würz	Karlheinz Philipp	Max-Planck-Str. 2	69198	Schriesheim	Hptm d.R.
291	Zeumer	Dankmar	Friedrich-List-Str. 18	73249	Wernau / N.	Oberstlt d.R.
292	Zimmermann	Gerhard	Gundolfstr. 1	69120	Heidelberg	HptFw d.R.
293	Zitlmann	Edwin	Hans-Thoma-Str. 2	79336	Herbolzheim	HptGefr d.R.
294	Zöllner	Peter	Alpenstr. 77	87650	Baisweil	Hptm d.R.

P^|~^} ÁÛãÁ ã

Y ^!à^} ÁÛãÁ

^ã Á ã* |ãá

≈!Áá^} Á

Ü^•^!çãç^} ç^!àæ) áÂ

Reservistenverband Baden-Württemberg

**Der 9. Internationale
Sicherheitspolitische Kongress**

findet statt

am 29. und 30. November 2002

**voraussichtlich wieder
im Queens-Hotel in Karlsruhe**

**Reservisten im Internet:
www.reservistenverband.de**

**Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V.
Landesgeschäftsstelle Baden-Württemberg
Graf-Stauffenberg-Kaserne
72483 Sigmaringen
Tel.: 07571/681263
Fax: 07571/681256**